

Biblioteka
Główna
UMK Toruń

033505/
12

033505/12

Osteuropa-Institut in Breslau

Quellen und Studien

Abteilung Wirtschaft

Neue Folge Heft 12:

Die Bilanz des ersten Fünfjahrplanes der Sowjetwirtschaft

von

Otto Auhagen

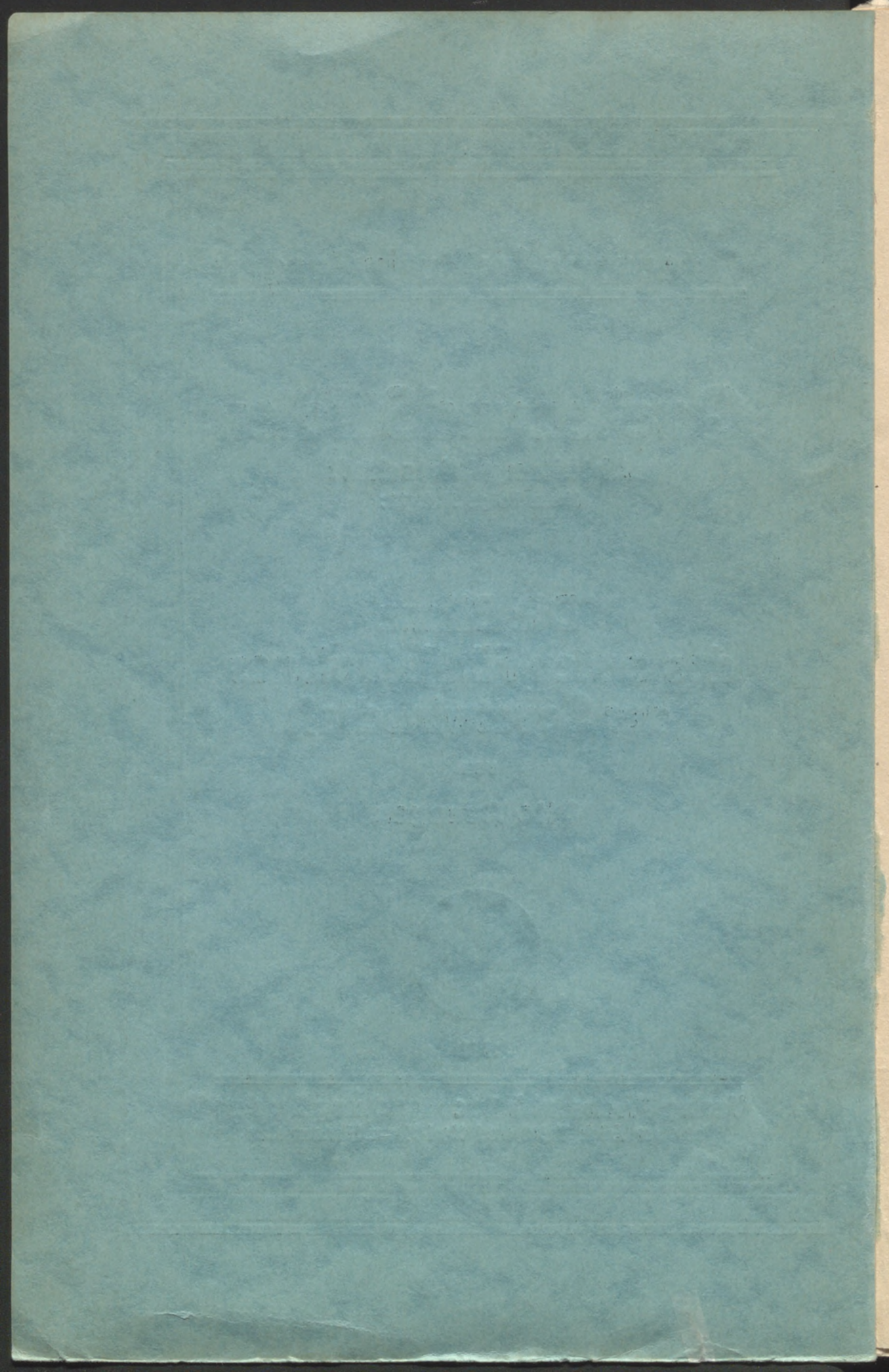


1933

Verlag Priebatsch's Buchhandlung Breslau
Inhaber Erich Thiel und Karl-Hans Hintermeier

24.





II 8 / 224



Nr inwentarza 89

Instytut Geograficzny
Uniwersytetu Mikołaja Kopernika w Toruniu
Zakład Antropogeografii

III 89

1933

VERLAG PRIEBATZSCH'S BUCHHANDLUNG V. BRESLAU
INHABER ERICH THEIL UND KARL HANS HINTERMEIER

OSTEUROPA-INSTITUT

QUELLEN
UND STUDIEN

ABTEILUNG WIRTSCHAFT

NEUE FOLGE HEFT 12

1933

VERLAG PRIEBATSCH'S BUCHHANDLUNG / Breslau
INHABER ERICH THIEL UND KARL-HANS HINTERMEIER

OSTEUROPA-INSTITUT

OTTO AUHAGEN

DIE BILANZ DES ERSTEN
FÜNFJAHRPLANES
DER
SOVETWIRTSCHAFT

Instytut Geograficzny
(Uniwersytetu Mikołaja Kopernika
w Toruniu

1933

VERLAG PRIEBATSCH'S BUCHHANDLUNG / Breslau
INHABER ERICH THIEL UND KARL-HANS HINTERMEIER

INHALT

	Seite
Vorwort	5
Aussichten der Industrialisierung i. J. 1927 und Ziel des Fünfjahrplanes	7
I.	
Quantitative Entwicklung der Industrie (Fragwürdige Berechnung nach dem Geldwert und der Bruttoproduktion. Produktion der einzelnen Industriezweige. Vergleich mit der Entwicklung vor dem Kriege.)	9
Unwirtschaftlichkeit der Industrie und Reformversuche (Qualität der Produktion. Fluktuation der Arbeiter. Arbeitsleistung. Ungünstiger Zustand des Transportwesens. Unwirtschaftliche Kapitalinvestitionen. Produktionskosten.)	17
Finanzierungsschwierigkeiten, Inflation, Bewegung der Preise und Löhne	28
II.	
Beweggründe der landwirtschaftlichen Sozialisierungspolitik	32
Liegen die Voraussetzungen für sozialistische Landwirtschaft günstig?	37
Bekämpfung der bäuerlichen Oberschicht und Massenbewegung in die Kollektive	40
Staatliche Getreidegroßbetriebe und ihre Leistungen	45
Wirtschaftliche Ergebnisse der Kollektivierung. Nahrungsnot	47
Verstärkte Politik des Zwangs und Terrors	58
—	
Einfluß der Weltwirtschaftskrise auf die Durchführung des Industrieplanes	61
Rußland ist noch überwiegend Agrarstaat	
Einfluß der Nahrungsnot auf die Bevölkerungsbewegung	
—	
Statistischer Anhang	63

Copyright 1933 (excepted Sweden) by
VERLAG PRIEBATSCH'S BUCHHANDLUNG, Breslau
Inh.: Erich Thiel und Karl-Hans Hintermeier.

033 505

D. 1035/78



VORWORT

Die Periode des ersten Fünfjahrplanes lief 1932 ab. Die vorliegende Schrift wurde in erster Linie für die Zeitschrift des Osteuropa-Instituts, die „Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven“ geschrieben, deren Herausgabe sich in diesem Jahre wegen der Neuordnung des Instituts verzögerte. Dieser Umstand kam dem Inhalt der Schrift insofern zugute, als noch viele sovietamtliche Zahlen, die erst in den letzten Monaten veröffentlicht wurden, berücksichtigt werden konnten. Im übrigen kommt einer Darstellung der Ergebnisse des Fünfjahrplanes nicht nur vorübergehendes Interesse zu. Die Jahre 1928/29 bis 1932 in der Sovet-Union sind einer der merkwürdigsten Abschnitte menschlichen Wirtschaftens. In der Hungerkatastrophe der letzten Zeit auslaufend, hat diese Periode den Charakter einer in sich geschlossenen Tragödie, in der menschliche Vermessenheit zwar in titanischem Ringen Gewaltiges leistete, aber viele Millionen in Not und Elend führte.

Der mühevollen Ermittlung und Sichtung der Zahlen, die in den beigefügten Tabellen zusammengestellt sind, hat sich vor allem der Wirtschaftsreferent des Osteuropa-Instituts Herr Dr. M. Achmeteli unterzogen.

Breslau, im September 1933.

Prof. Dr. O. A u h a g e n
(künftig Berlin-Schlachtensee, Ernst-Ring-Str. 10).

VORWORT

Die Forderung des ersten Fünfjahresplans für 1928 ab. Die vor-
liegende Schrift wurde in erster Linie für die Zirkulation des Ost-
europäischen, die Jahrbücher für Kultur und Geschichte der
Slawen, Geschichte, deren Herausgabe sich in diesem Jahre wegen
der Neuordnung der Redaktion verzögert. Dieser Umstand kam dem
Inhalt der Schrift insofern zugute, als noch viele unveröffentlichte
Arbeiten in den letzten Monaten veröffentlicht wurden, welche
werden konnten. Im nächsten kommt eine Darstellung der Ergebnisse
des Fünfjahresplans nicht nur vorübergehender Jahre, sondern die Jahre
1928/29 bis 1932 in der Sowjet-Union sind einer der merkwürdigsten
Abschnitte menschlichen Wirtschaftens in der Hungerkatastrophe
der letzten Zeit anzusehen, hat diese Periode den Charakter einer
in sich geschlossenen Epoche in der menschlichen Völkergeschichte
war in hunderttausend Millionen Geestlinge, aber viele Millionen
in Not und Elend führte.

Der unabweislichen Forderung nach Schärfe der Zahlen, die in den
beigefügten Tabellen zusammengefasst sind, hat sich vor allem
der Wirtschaftswissenschaftler des Osteuropäischen Instituts Herr Dr. M. Adamczewski
unterzogen.
Heraus im September 1933.
Prof. Dr. O. Auhagen
(Königliche Preussische Akademie der Wissenschaften, Berlin)

Als ich im Spätherbst 1927 von einer halbjährigen Bereisung der Sowjetunion nach Berlin zurückkehrte, galt ich vielen als optimistischer Beurteiler der bolschewistischen Wirtschaft. Zwar betonte ich in Wort und Schrift¹⁾, daß die Volkswirtschaft der Sowjetunion in ihrer damaligen Lage sich an Produktivität und innerer Kraft bei weitem nicht mit der des Zarenreiches i. J. 1913 vergleichen könnte; wohl aber vertrat ich die Ansicht, daß das bolschewistische Wirtschaftssystem fortschrittsfähig wäre und daß sich tatsächlich seit 1922 sowohl die Industrie wie auch die Landwirtschaft von Jahr zu Jahr gehoben hätte. Weit verbreitet war dagegen die Meinung, daß die bolschewistische Wirtschaft mehr und mehr in die Sackgasse käme; vor allem wurde die industrielle Entwicklungsfähigkeit bezweifelt. Ein bekannter Führer der deutschen Industrie vertrat die Überzeugung, daß die industriellen Pläne der Sowjetregierung scheitern müßten, weil es dem Russen an Fähigkeit zu industrieller Arbeit fehle. Dieser Standpunkt erinnerte etwas an die englische Theorie, die vor hundert Jahren den industriellen Bestrebungen Deutschlands entgegengehalten wurde. Es ist nicht einzusehen, warum es nicht auch dem russischen Volk gelingen soll, die Entwicklungsstufe des reinen Agrarstaates zu überwinden. Dafür spricht schon die Tatsache, daß bereits in zaristischer Zeit in manchen Industriezweigen Gutes geleistet wurde; es sei beispielsweise hingewiesen auf die Baumwollindustrie, die Gummi-Industrie, die Fabrikation von Lokomotiven und Waggonen. Schon vor dem Kriege habe ich immer wieder die Ansicht vertreten, daß Rußland bei der rapiden Vermehrung seiner Bevölkerung ein schnelleres Tempo der industriellen Entwicklung anstreben müßte; die eigentliche Kern- und Schicksalsfrage Rußlands, die Agrarfrage, könne nur dann in Frieden gelöst werden, wenn dem Bevölkerungszuwachs des Dorfes ein stärkerer Abfluß in die Industrie ermöglicht werde. Gegenüber dieser Notwendigkeit ist die Frage, ob die russische Industrie im Vergleich zu der anderer Länder zunächst von minderer Qualität sei, nebensächlich. Warum soll nicht auch Rußland im Laufe der Zeit zulernen? Noch im Jahre 1873 wurden die deutschen Fabrikate

¹⁾ Zum Beispiel in der Zeitschrift „Osteuropa“, 1927/28, S. 119.

auf der Weltausstellung in Philadelphia von Professor Reuleaux als „billig und schlecht“ zensiert. Mag die Qualifikation für die Produktion neuer russischer Industriezweige zunächst auch lauten „teuer und schlecht“, so ist auch dies noch kein entscheidendes Argument gegen eine volkswirtschaftlich notwendige Entwicklung.

Bezog sich jene Einwendung grundsätzlich gegen jede Industrialisierungstendenz Rußlands, so galt eine andere pessimistische Betrachtung im besonderen den Aussichten bolschewistischer Industriepolitik in dem Stadium von 1927. Mit Ausnahme der Eisenindustrie hatte die Industrie der Sowjetunion nach der amtlichen Statistik im Jahre 1927 ungefähr den Vorkriegsstand wieder erreicht; nun sollte die Periode industrieller Neuschöpfung beginnen. Die ausländischen Skeptiker erklärten dies für unmöglich. Die Entwicklung bis 1927 hätte im wesentlichen in der Wiederinstandsetzung der alten industriellen Anlagen bestanden. Zur Schaffung neuer Werke fehle es an Kapital; die Aussichten der russischen Industrie seien um so ungünstiger, als die wiederhergestellten Betriebe in der Hauptsache mit überalterten Maschinen arbeiten; auch zu deren Erneuerung fehle das Kapital, und so werde es voraussichtlich mit der russischen Industrie nicht aufwärts, sondern wieder abwärts gehen. Ich bestritt dies entschieden; wenn auch viele Industriezweige bei dem herrschenden System verlustbringend waren, so ging doch die Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft aufwärts; die Landwirtschaft war in der Lage, die Last der industriellen Entwicklung zu tragen und trotzdem auch selbst von Jahr zu Jahr fortzuschreiten.

So beurteilte ich die Lage und die Aussichten der russischen Volkswirtschaft im Jahre 1927. Damals stand die Sowjetunion noch im Zeichen der NEP; diese war dadurch charakterisiert, daß die Industrialisierungspolitik sich mit einem mäßigen Tempo begnügte und die Agrarpolitik ihre Hauptaufgabe in der Förderung der einzelbäuerlichen Wirtschaft sah und hier im wesentlichen dieselben Methoden anwandte, wie sie sich in anderen Ländern bewährt haben. Gerade aber im Herbst 1927, als ich Rußland für eine Reihe von Monaten verließ, erfolgte das Signal zu einer grundlegenden Änderung der Sowjetpolitik, und im Dezember 1927 wurden vom Parteikongreß die Richtlinien beschlossen, die für die Politik des Fünfjahrplanes maßgebend wurden. Auf den kürzesten Nenner gebracht, strebte der Plan die Industrialisierung der gesamten Volkswirtschaft und des ganzen Volkes an. Es sollte die industrielle Produktion in revolutionärem Tempo entwickelt und die Landwirtschaft durch Sozialisierung und Mechanisierung zu einer Industrie gemacht werden, damit das Bauernvolk sich in ein Proletariat von Landarbeitern verwandle, das sich in seinem Fühlen und Denken nicht vom städtischen Proletariat unterscheide. Die industrielle Produktion sollte im Vergleich zu 1927/28 um 136 v. H., die landwirtschaftliche um 55 v. H. gehoben werden. Das Bruttoeinkommen der Volkswirtschaft sollte sich verdoppeln, der Reallohn der Arbeiter-

schaft um 70 v. H. steigen. Wenn der Plan auch dem Volk erhöhte Anstrengung und viel Entsagung zumutete, so wollte er doch eine beträchtliche Verbesserung der Lebenshaltung für die breite Masse des Volkes erzielen. Der wirtschaftliche Plan wurde durch ein politisches und kulturelles Programm unterbaut. Der Kapitalbedarf für die Durchführung des Gesamtplanes wurde auf 78 Milliarden Rubel veranschlagt (nach der damaligen Kaufkraft des Rubels etwa 78 Milliarden Reichsmark).

Aus dem Fünfjahrplan, der vom 1. Oktober 1928 bis zum 1. Oktober 1933 laufen sollte, wurde bald ein Vierjahrplan oder richtiger — durch den im Jahre 1930 erfolgten Übergang vom Wirtschaftsjahr zum Kalenderjahr — ein Viereinvierteljahrplan. Diese Verkürzung, die die außerordentlichen Anforderungen an das Volk noch in hohem Grade steigerte, war besonders wohl durch politische Erwägungen motiviert; dazu kamen die scheinbar günstigen Erfolge des ersten Jahres der Durchführung und die Hoffnungen, die auf die Wirkung gewisser Faktoren gesetzt wurden, die bei der ursprünglichen Planung noch nicht in Rechnung gestellt waren. Insbesondere wurde von der Einführung der ununterbrochenen Arbeitszeit (Fünftagewoche, Dreischichtensystem) ein großer Erfolg erwartet. So ist die Fünfjahrplan-Periode schon Ende 1932 abgelaufen.

Die nachfolgende Untersuchung befaßt sich lediglich mit der Frage, was der Plan erzielt hat. Über die Politik dieses Planes, über den Stalinismus soll geurteilt werden, nicht über den Sozialismus, nicht auch über den Bolschewismus. Die jüngste Vergangenheit hat von neuem gezeigt, daß der Bolschewismus sehr verschiedene Spielarten aufweist; wenn auch seine letzten Zielsetzungen in allen Fällen identisch sein mögen, so zeigt doch die tatsächliche Politik des Bolschewismus bezüglich des Tempos und der Methoden tiefgreifende Unterschiede. Der Bolschewismus Stalins ist etwas anderes, als der Bolschewismus der Leninschen NEP. Bolschewistische Linksoption und bolschewistische Rechtsopposition stehen dem Stalinismus, der heutigen „Generallinie“, in Wirklichkeit auch nur einer Zickzacklinie, gegenüber.

I.

Wirtschaftlich ist vor allem die Frage von Interesse, wie sich die Produktion entwickelt hat. Wie steht es zunächst mit der Industrie? Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hier Erstaunliches geleistet worden ist. In großer Zahl sind gigantische Werke entstanden, die hinsichtlich ihres Umfanges und ihrer maschinellen Ausrüstung die von Lenin für eine spätere Zukunft geprägte und von Stalin für den Fünfjahrplan aufgestellte Losung — Einholung und Überholung der kapitalistischen Industrie — wahr zu machen scheinen. Ich sehe davon ab, hier ein Verzeichnis auch nur der größten Werke zu geben, die seit 1928 entstanden und in Betrieb genommen worden sind. Das arbeitende Grundkapital der Schwer-

industrie, die jetzt über zwei Drittel der Sovetindustrie darstellt, ist von 5,5 Milliarden Rubel zu Anfang des Fünfjahrplanes auf 14,4 Milliarden Rubel am Schluß d. J. 1932 gestiegen (Bol'sevik, 1933, Nr. 3, S. 9). Die industrielle Neuschöpfung übertrifft bei weitem die alte Industrie. Es ist daher von vornherein wahrscheinlich, daß auch eine gewaltige Vermehrung der industriellen Produktion erfolgt ist.

In den Siegesreden der bolschewistischen Führer nach Ablauf der Planperiode wird zur Charakterisierung des Erfolges besonders gern auf den Generalindex der industriellen Produktionsvermehrung hingewiesen. Einheitlicher Nenner für die Gesamtproduktion der Industrie ist der Geldwert. In dieser Beziehung ist aber die russische Statistik sehr unzuverlässig. Es liegt für viele Betriebe die Versuchung vor, den schwer kontrollierbaren Geldwert zu hoch anzugeben, um Minderleistungen zu verdecken; bei Angaben in Naturalwerten (Gewichts- und sonstige Maßeinheiten) ist diese Gefahr schon deswegen geringer, weil diese Angaben der Kontrolle der Belegschaften unterworfen sind. Zudem unterliegt der Geldwert der zeitlichen Veränderung. Zwar sucht die Statistik diese Fehlerquelle dadurch auszuschalten, daß durch die ganze Periode des Planes die Preise von 1926/27 zugrunde gelegt werden sollen. Praktisch ist dies aber nicht durchführbar, da infolge des industriellen Umbaus immer neue Arten von Fabrikaten entstehen und viele Fabrikate sich in ihrer jetzigen Beschaffenheit von gleichnamigen Erzeugnissen früherer Jahre sehr unterscheiden. Infolgedessen kann bei der Abschätzung der früheren Werte sehr willkürlich verfahren werden. Eine wie große Bedeutung diesem Punkte zukommt, geht aus folgenden Zahlen hervor. Von der gesamten Maschinenproduktion nahmen solche Typen, die während des Fünfjahrplanes zum ersten Mal gebaut wurden, im Jahre 1930 9,2 v. H., 1931 25,5 v. H. und nach dem Plan für 1932 42,3 v. H. ein; die letzte Ziffer entsprach nach dem Plan einem Wert von 3,075 Milliarden Rubel (Bol'sevik. 1932. Nr. 15, S. 42).

Sodann ist jener Generalindex deshalb von geringem wissenschaftlichen Wert, als er sich auf die Bruttoproduktion bezieht. Die Statistik der Bruttoproduktion erstreckt sich auf den Gesamtwert der Produktion einschließlich des Wertes der verwandten Rohstoffe und Halbfabrikate. Daraus ergeben sich nicht nur doppelte, sondern oft drei- bis vierfache Verrechnungen desselben Wertes. Der Wert der Eisenerze kehrt in dem Wert der Produktion der Hochöfen wieder, der Wert von Eisen und Stahl in der Statistik der Maschinenfabriken. Die Leistung der Industrie kann nur an der Nettoproduktion ermessen werden, die sich auf den in den einzelnen Betrieben erzielten Wertzuwachs bezieht. Die Größe des Unterschiedes ergibt sich aus der Gegenüberstellung im Fünfjahrplan für das ihm vorausgehende Wirtschaftsjahr 1927/28. Für die gesamte Industrie wurde in den Preisen von 1926/27 die Bruttoproduktion auf 18,3 Milliarden, die Nettoproduktion auf 6,6 Milliarden Rubel beziffert. Der

Begriff der Nettoproduktion ist aus der Statistik der Durchführung des Fünfjahrplanes verschwunden; in welchem Verhältnis die Netto- zur Bruttoproduktion im Verlauf der folgenden Jahre gestanden hat, ist fraglich. Nur mit großem Vorbehalt sind daher die folgenden Zahlen über die Entwicklung der industriellen Bruttoproduktion aufzunehmen.

Für die staatliche Großindustrie (oder für die von dem früheren Obersten Volkswirtschaftsrat geleitete Industrie) sah der Fünfjahrplan für die einzelnen Jahre folgende prozentuale Steigerung (jeweils im Verhältnis zum vorhergehenden Jahre) vor:

1928/29	21,4 v. H.
1929/30	21,5 v. H.
1930/31	22,1 v. H.
1931/32	23,8 v. H.
1932/33	25,2 v. H.

1928/29 wurde der Plan mit einer Produktionsvermehrung um 23,7 v. H. übertroffen. Um schon in vier Jahren das Ziel zu erreichen, wurde die Planziffer des folgenden Jahres durch die maßgebliche Kontrollziffer von 32,1 v. H. ersetzt; erzielt wurden aber nur 22,4 v. H. In dem sogenannten „entscheidenden“ Jahr 1931 wurde die Kontrollziffer auf 44,3 v. H. emporgeschaubt. Es trat aber ein empfindlicher Rückschlag ein; mit 21,7 v. H. wurde nicht einmal die ursprüngliche Planziffer erfüllt. Eine noch viel größere Enttäuschung brachte das Jahr 1932, das sehr starke Hemmungen in der Entwicklung offenbarte. Statt der Kontrollziffer von 36 v. H. wurde nur eine Zunahme von 8,5 v. H. erzielt. Das Schlußergebnis lautet nach der amtlichen Statistik, daß die Bruttoproduktion der „Zensusindustrie“²⁾ 1932 den Fünfjahrplan zu 93,7 v. H. erfüllt hat. In absoluten Zahlen hat sich nach dieser, wie gesagt sehr fragwürdigen Berechnung die Bruttoproduktion der Zensusindustrie folgendermaßen entwickelt (Preise von 1926/27):

1913	10,25 Milliarden Rubel
1928	15,66 „ „
1932	34,30 „ „ ³⁾

Wertvoller ist die Statistik der industriellen Produktion nach naturalen Mengeneinheiten. Vorweg ein Wort zur allgemeinen Wür-

²⁾ Ein weiterer Begriff als die vom Obersten Volkswirtschaftsrat geleitete Industrie; er umfaßt die Betriebe mit mindestens 16 Arbeitern bei motorischem Antrieb und mit mindestens 30 Arbeitern ohne solchen.

³⁾ Eine gründliche und einleuchtende Kritik der auf die industrielle Planerfüllung bezüglichen Zahlen gibt Prof. Prokopovič-Prag in seinem ausgezeichneten Aufsatz über die Ergebnisse des Fünfjahrplanes (Bjulleten' Nr. 102, Februar/März 1933). Die amtlichen Zahlen der einzelnen Jahre sind infolge Veränderung des durch die Statistik erfaßten Umfanges der Industrie nicht genügend vergleichsfähig. Bei den oben angeführten Schlußzahlen ist insbesondere zu berücksichtigen, daß die Produktionsziffern der Zensusindustrie teilweise dadurch gestiegen sind, daß ältere Betriebe durch Vermehrung ihres Personals oder durch Übergang zu motorischem Antrieb in die Kategorie der Zensusindustrie hineingewachsen sind.

digung dieser Statistik. Ich bin der Ansicht, daß diese Statistik in rein quantitativer Beziehung nicht etwa als wertlos beiseite geschoben werden darf. Tatsache ist, daß in keinem anderen Land eine so genaue Übersicht über die industrielle Produktion gewonnen werden kann wie in der Sowjetunion, wo die Industrie fast gänzlich verstaatlicht ist. Wohl ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die einzelnen Werke nicht selten zu hohe Ziffern angeben; die Zentrale aber ist nachdrücklich bemüht, die Meldungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, und wenn auch bei ihr schönfärberische Tendenzen vermutet werden, so dürften sich diese auf die rein quantitative Seite weniger beziehen. Für einzelne Produktionszweige besteht die Möglichkeit, die Gesamtziffer für die Union an der Produktion der einzelnen Werke nachzuprüfen; durch Stichproben habe ich die Richtigkeit der Summierung festgestellt. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Zahlen keineswegs immer günstig lauten, sondern vielfach eine sinkende Bewegung erkennen lassen, manchmal in sehr bedenklichem Grade, z. B. im Januar und Februar 1933 hinsichtlich der Eisenproduktion. Mögen aber auch die absoluten Zahlen über die Wahrheit um 10 oder 15 v. H. hinausgehen, so wird doch jedenfalls die Tendenz der Entwicklung durch sie im allgemeinen richtig beleuchtet.

Im Verhältnis zum Fünfjahrplan weist die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen große Verschiedenheiten auf. Was zunächst die energetischen Quellen betrifft, so ist die Erzeugung elektrischer Kraft zwar sehr gestiegen, aber doch hinter dem Plan bedeutend zurückgeblieben. Die Stromerzeugung stieg 1928—1932 von 5,09 auf 13,5 Milliarden kwh, während der Fünfjahrplan als Endziel 22,0 Milliarden anstrebte.

Noch störender war das Zurückbleiben der Steinkohlenförderung hinter dem Plan. In dem genannten Zeitraum hob sie sich von 35,8 auf 64,4 Mill. t, während der Plan für 1932/33 75,0 Mill. t forderte. Hierbei ist zu bedenken, daß die Spannung zwischen den maßgebenden Kontrollziffern und der Durchführung in den beiden letzten Jahren noch viel größer war.

Viel günstiger ist das Ergebnis der Erdölproduktion. 1928 betrug sie 12,3 Mill. t, und bereits 1931 hatte sie mit 22,3 Mill. die Endziffer des Fünfjahrplanes — 21,7 Mill. — übertroffen; 1932 sank sie indessen auf 21,4 Mill. t. Die Hebung der Produktion und der Verarbeitung von Naphtha wurde auch aus handelspolitischen Gründen mit besonderem Nachdruck betrieben. Die Erdölerzeugnisse sind zu einem der wichtigsten Ausfuhrzweige der Sowjetunion geworden. Während diese Ausfuhr 1913 nur 947 028 t betrug, entwickelte sie sich im Zeichen des Fünfjahrplanes folgendermaßen:

1928	3 004 995 t
1929	3 858 222 t
1930	4 712 437 t
1931	5 224 302 t
1932	6 011 301 t

Das Schmerzenskind der Sowjetwirtschaft ist die Eisengewinnung, also gerade derjenige Zweig, dem an erster Stelle grundlegende Bedeutung zukommt. Vor dem Fünfjahrplan hatte die Eisenindustrie den Umfang der Vorkriegszeit noch bei weitem nicht wieder erreicht. An Roheisen wurden 1913 4,2 Mill. t erzeugt, 1928 dagegen nur 3,38. Bis zum Jahre 1931 ging es nur langsam vorwärts. 1931 brachte sogar mit 4,9 Mill. t einen kleinen Rückschlag gegen 1930 (5,0 Mill. t); erst 1932 brachte dank einer beträchtlichen Zahl neuer Hochöfen einen großen Fortschritt; aber auch die Produktion dieses Jahres — 6,2 Mill. t — ist hinter der Endziffer des Fünfjahrplanes — 10,0 Mill. t — weit zurückgeblieben. Noch ungünstiger steht es mit dem Stahl; der Fünfjahrplan wollte die Erzeugung auf 10,4 Mill. t bringen, statt dessen hob sich die Produktion 1928—1932 von 4,25 nur auf 5,9 Mill. t.

In auffallendem Gegensatz dazu steht die Entwicklung der Maschinenindustrie. Zu den Hauptzielen des Fünfjahrplans gehört es, die Industrie unabhängig von der Einfuhr ausländischer Maschinen zu machen, und so wagt sich Rußland auch an die Erzeugung der allerschwierigsten Arten des Maschinenbaues heran; nicht nur der Bau von Automobilen und Traktoren wurde in Angriff genommen, sondern auch z. B. von riesigen Turbogeneratoren, Textilmaschinen, Werkzeugmaschinen, Schreib- und Rechenmaschinen. Die Statistik muß sich auf diesem Gebiete naturgemäß wieder des Generalnenners des Rubels bedienen, der gerade bei der Maschinenindustrie angesichts ihrer gewaltigen Entwicklung aus dem oben dargelegten Grunde von besonders zweifelhaftem Werte ist. Bewertet nach den Preisen von 1926/27, stieg die Maschinenproduktion von 1382 Mill. Rubel i. J. 1928 auf 5330 Mill. Rubel i. J. 1932, womit die Endziffer des Planes — 4351 Mill. — weit übertroffen wurde. Da die Maschinen zum wesentlichsten Teile aus Stahl und Eisen bestehen, so erscheint diese Statistik gegenüber den obigen Zahlen der Eisenerzeugung nicht sehr wahrscheinlich. Allerdings wird das Mißverhältnis zu gewissem Teil dadurch ausgeglichen, daß in den letzten Jahren die Einfuhr von Eisen aus dem Ausland sehr gestiegen ist. Sie betrug:

	t	Mill. Rubel
1927/28	113 982	16,758
1928/29	250 112	29,402
1929	290 531	33,726
1930	607 333	70,777
1931	417 952	124,560
1932	893 497	76,660

Dem Werte nach fällt die Mehreinfuhr gegenüber der von der Statistik behaupteten Zunahme der Maschinenproduktion kaum in die Wagschale. Mengenmäßig wird die Minderproduktion an Roheisen gegenüber dem Fünfjahrplan nur zu 20 v. H. ausgeglichen.

Von den einzelnen Gattungen der Maschinen seien die Traktoren herausgegriffen, deren Produktion im Rahmen der landwirtschaftlichen Sozialisierungspolitik mit ganz besonderem Nachdruck betrieben wird. Es ist gelungen, die Produktion im Laufe weniger Jahre von einigen Hundert auf 45 000 Stück zu bringen und damit 82 v. H. von der Endziffer des Fünfjahrplanes — 55 000 — zu erreichen. Hinter der Kontrollziffer für 1932 — 82 000 Stück — bleibt die Durchführung jedoch weit zurück. Das Mißverhältnis zwischen dem Bedarf und der Erzeugung ist aber noch viel größer. Der Fünfjahrplan für die Traktoren rechnete damit, daß bis 1933 nur 14 v. H. der bäuerlichen Wirtschaften kollektiviert werden sollten. Durch die Stalinsche Bauernpolitik ist jedoch die Kollektivierungsbewegung in ein viel rapideres Tempo geraten. Die mit der Kollektivierungspolitik aufs engste zusammenhängende Absicht weitestgehender Mechanisierung ist infolgedessen nur zu geringem Teile gelungen, was um so empfindlicher ist, als der Bestand an tierischen Zugkräften sich außerordentlich vermindert hat. Rücksichten auf die Zahlungsbilanz verboten es 1932, den Mangel an Traktoren durch Einfuhr zu begleichen. Während 1930 an Traktoren 63 458 t im Werte von 56 788 000 Rubel und 1931 76 134 t i. W. von 69 047 000 Rubel eingeführt wurden, waren es 1932 nur noch 246 t i. W. von 293 000 Rubel. Auf die Bedeutung dieser Tatsachen wird bei der Besprechung der Landwirtschaft zurückzukommen sein.

Unbefriedigend steht es auch mit der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie im allgemeinen. Die Statistik bringt hierüber widersprechende Nachrichten. Der Produktionswert ist von 191,6 Mill. Rubel i. J. 1928 nach einer Mitteilung der Pravda (6. 1. 1933) auf 412,0 Mill. Rubel i. J. 1932 gestiegen, — weniger als 1931 (nach Angabe von Ordžonikidze 441 Mill. Rubel) und weit hinter der Endziffer des Fünfjahrplanes (610 Mill. Rubel) zurückbleibend. Dabei hat sich die Erzeugung der landwirtschaftlichen Arbeitsgeräte nicht genügend auf die Änderung des Verhältnisses zwischen tierischer und mechanischer Zugkraft umgestellt. Auch die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen im allgemeinen ist 1932 auf unbedeutende Mengen zurückgegangen. Sie betrug ohne Traktoren 1930: 52 067 t i. W. von 30 159 000 Rubel, 1931: 23 453 t i. W. von 17 907 000 Rubel, 1932: 245 t i. W. von 227 000 Rubel. Auch hier hat die Verminderung der Einfuhr nicht in der erzielten Autarkie, sondern im Valutamangel ihren Grund.

Die Statistik der Maschinenproduktion umfaßt auch den Bau von Lokomotiven und Waggons. Die Herstellung von Lokomotiven hatte 1928/29 mit 548 Stück die Vorkriegsmenge (654) noch nicht erreicht. Die Produktion stieg bis 1932 auf 844 und erreichte damit voll den Fünfjahrplan (825), blieb aber hinter der Kontrollziffer (1300) weit zurück. Auch hier steht die Produktion trotz ihrer bedeutenden Vermehrung in sehr empfindlichem Mißverhältnis zum Bedarf. Ich werde weiter unten bei der Erörterung des Verkehrsproblems darauf zurückkommen.

Die Kupfererzeugung hat den Fünfjahrplan bei weitem nicht erfüllt. Sie stieg von 28 300 t i. J. 1927/28 auf 47 200 t i. J. 1932, während der Fünfjahrplan 84 700 t forderte.

Noch unbefriedigender war die Entwicklung der Zementindustrie; auch aus diesem Grunde mußten die Baupläne der Regierung grobenteils liegen bleiben. Die Produktion stieg von 12,7 Millionen Faß i. J. 1928 auf 22,5 Mill. i. J. 1932, während der Fünfjahrplan 41,0 Mill. Faß anstrebte.

Die Produktion der chemischen Industrie, die i. J. 1913 einen Wert von 522,1 Mill. Rubel darstellte, stieg (nach dem zweifelhaften Rubelmaßstab!) von 678 Mill. Rubel i. J. 1927/28 auf 1103,4 Mill. Rubel i. J. 1932. Die Endziffer des Fünfjahrplanes lautete dagegen 2368 Mill. Rubel. An Superphosphat, dem wichtigsten Düngemittel der russischen Landwirtschaft, stieg die Produktion von 151 400 t i. J. 1928 auf 612 800 t i. J. 1932; der Fünfjahrplan, dessen Endziffer 3 400 000 t lautete, wurde nur zu kleinem Teile erfüllt.

Angesichts des Umstandes, daß die naturalen Erzeugungsmengen bei einer ganzen Reihe der wichtigsten und teilweise grundlegenden Zweige der Schwerindustrie den Fünfjahrplan bei weitem nicht erfüllt haben, ist es schwer begreiflich, daß nach der amtlichen Statistik in Rubeln ausgedrückt die Produktion der Schwerindustrie die Schlußziffer des Fünfjahrplanes mit 108,4 v. H. erreicht haben soll.

Bei der Leichtindustrie kann noch viel weniger von einer Erfüllung des Fünfjahrplanes gesprochen werden. Selbst nach der amtlichen Rubelrechnung hat diese (Gruppe B der Zensus-Industrie) den Fünfjahrplan nur zu 84,9 v. H. erfüllt. Ich greife die Baumwollindustrie heraus. Die Produktion des wichtigsten russischen Kleiderstoffes, von Baumwollgeweben, stieg von 2871 Mill. m i. J. 1928 auf 3068 Mill. m i. J. 1929, fiel dann 1930 auf 2161 Mill. m, um sich 1932 auf 2540 Mill. m wieder zu heben. Statt einer Hebung auf 4700 Mill. m, wie sie für das Schlußjahr des Fünfjahrplanes vorgesehen war, ist somit gegen 1928 ein Rückgang eingetreten. Auch die Entwicklung der Schuhfabrikation war sehr unbefriedigend. Die diesbezügliche Statistik ist wertlos, da sie die Arten nicht unterscheidet; minderwertige Fußbekleidungen, wie Sandalen, sollen heute einen bedeutend größeren Teil der Produktion bilden als früher.

Die Sovet-Presse berichtet fortgesetzt von unzureichender Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung an den wichtigsten Gebrauchsartikeln industrieller Herkunft, und Sachverständige, die seit Jahren bis in die letzte Zeit im Lande die Entwicklung verfolgt haben, vertreten in der Regel die Ansicht, daß sich die Verhältnisse in dieser Beziehung im Zeichen des Fünfjahrplanes entschieden verschlechtert haben. Wenn auch der Fünfjahrplan von vornherein darauf eingestellt war, vor allem die Produktionsmittel-Industrie zu heben, so sollte doch auch die Verbrauchsgüter-Industrie derart entwickelt werden, daß die Bevölkerung reichlicher versorgt würde.

Alles in allem ist quantitativ die schnelle Entwicklung der industriellen Produktion nicht zu bestreiten. Man rühmt sich eines

geschichtlich unerhörten Tempos. In einem jungen Industrieland, das so viel nachzuholen hat wie Rußland, ist aber naturgemäß ein schnelleres Wachstum möglich als in hochentwickelten Ländern. Namentlich trifft dies bei der heutigen Technik zu, die ja ein ungleich schnelleres und grandioseres Aufbauen industrieller Werke gestattet. Übrigens bleibt es eine Frage näherer Untersuchung, ob nicht mit dem jetzigen Tempo der russischen Entwicklung sich nicht sehr wohl das schnelle Zeitmaß vergleichen läßt, in welchem die Länder des Westens ihr Eisenbahnnetz schufen und ihre mächtige Industrie entwickelten. Aber auch Rußland selbst hatte unmittelbar vor dem Kriege schon ein schnelles Entwicklungstempo seiner Industrie zu verzeichnen. Der Bolschewismus spricht von dem früheren Rußland nur als einem Lande der Stagnation; von dem Aufschwung nach dem russisch-japanischen Kriege schweigt er. Nach einem im Staatsverlage der Sovets herausgegebenen Werke⁴⁾ stieg die industrielle Produktion des Zarenreiches von 6177,9 Mill. Rubel i. J. 1912 auf 7357,8 Mill. Rubel i. J. 1913, vermehrte sich mithin in einem Jahre um 19,1 v. H. Im Vergleich zu der zweifelhaften Rubelrechnung des Fünfjahrplanes handelte es sich damals um Goldrubel von relativ stabiler Kaufkraft.

Nach einem statistischen Werk von 1914⁵⁾ hob sich die Kohlenproduktion des Donezbeckens in dem Zeitraum 1910—1913 von 16,7 auf 25,6 Mill. t; die Zunahme betrug 53 v. H. Nach derselben Quelle stieg in dem gleichen Zeitraum die Roheisenproduktion von 3,04 auf 4,64 Mill. t, d. h. um 52,6 v. H., und die Kupfergewinnung von 22 590 auf 33 570 t, somit fast um 49 v. H.

Eine Ausnahme bildete in der Schwerindustrie die Naphthagewinnung, die in dem gleichen Zeitraum von 9,65 auf 9,20 Mill. t sank. Vor allem hatten die alten Felder von Baku einen Rückgang zu verzeichnen; das Baku-Gebiet im ganzen verminderte seine Produktion von 7,89 auf 6,69 Mill. t. Der Grund lag teilweise in Erschöpfungsmomenten, teilweise in der Steuerpolitik der Regierung und in der Vorrat-Schonungspolitik der Gesellschaften. Der Fünfjahrplan hat die Produktion der vier alten Felder (Balachany, Sabuntschi, Ramany, Bibi-Ejbat) nicht vermehrt. Gegen 387 Mill. Pud im Jahre 1913 ergaben sie 302,9 Mill. Pud i. J. 1928/29 und im 1. Halbjahr 1931 169,3 Mill. Pud. Die große Zunahme der gesamten Erdölerzeugung während der letzten Jahre ist auf die neuen Felder zurückzuführen, mit deren Erschließung großenteils schon vor dem Kriege begonnen war.

Die chemische Industrie war vor dem Kriege in rapider Entwicklung. 1908 wurde ihre Produktion mit 177,9 Mill. Rubel bewertet⁶⁾; nach der obengenannten sovetrussischen Quelle betrug sie

⁴⁾ Dinamika rossijakoj i sovetskoj promyšlennosti, Bd. I, Teil 3, Moskau-Leningrad 1930, S. 13—177.

⁵⁾ Finansovo - ekonomičeskij ežegodnik. Godovye obzory važnejšich otraslej narodnogo chozjajstva. Petrograd 1914, S. 365.

⁶⁾ Statističeskij ežegodnik na 1913 god. Petersburg, 1913, S. 265.

1912 schon 418,7 Mill. Rubel, und 1913 stieg sie auf 667,2 Mill. Rubel; sie wuchs demnach in dem letzten Jahr vor dem Weltkrieg um 62 v. H.

Die schon seit langem gut entwickelte Baumwollindustrie hatte ein langsames Tempo zu verzeichnen, das sich aber gleichfalls nach 1905 stark beschleunigte. In dem Zeitraum 1910—1913 stieg die Produktion von Rohgeweben von 279,5 auf 321,3 Mill. t⁷⁾; der Zuwachs betrug 15 v. H. Nach der oben genannten Sovetquelle stieg die gesamte Bruttoproduktion der Baumwollindustrie von 1155,9 Mill. Rubel i. J. 1912 auf 1277,7 Mill. Rubel i. J. 1913. Danach wuchs sie in einem Jahr um 10,6 v. H. Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches stieg die Zahl der Baumwollspindeln des Zarenreiches 1907—1914 von 6,5 auf 9,1 Mill., mithin rund um 40 v. H.

Das Eisenbahnnetz erweiterte sich von 49 174 km i. J. 1905 auf 58 821 km i. J. 1913⁸⁾. Zwar war die Jahreszunahme der Betriebslänge in der Fünfjahrplanperiode größer (von 76 800 km i. J. 1928 wuchs sie auf 82 000 km i. J. 1932⁹⁾); der Plan strebte als Endziel 93 700 km an), jedoch waren die Bahnbauten vor dem Kriege durchschnittlich ungleich solider.

Im ganzen ergibt sich bei graphischer Darstellung der Vorkriegsentwicklung der Industrie eine so steile Aufstiegslinie, daß die Entwicklungskurve während des Fünfjahrplanes im wesentlichen nur als Fortsetzung erscheint. Wirtschaftlich war jene Entwicklung der der letzten Jahre weit überlegen, da sie den Charakter organischen Wachstums besaß und infolgedessen in viel höherem Grade als heute nicht nur privat-, sondern auch volkswirtschaftlich dem Postulat der Rentabilität entsprach und vor allem nicht mit so unsagbaren Opfern für die Bevölkerung verbunden war. —

Die Überstürzung der Industrialisierung hat sehr dazu beigetragen, die schon von Anfang an bestehende Unwirtschaftlichkeit der Industrie noch zu erhöhen. Die Grundursachen liegen in der Übertreibung des planwirtschaftlichen Gedankens und in der falschen Einschätzung des Menschen, den der Bolschewismus wie eine feste Rechenheit in seinen Plan einstellen zu können glaubt. Die Entwicklung ist infolgedessen unorganisch. Über den technischen Erfolg wird das Gebot volkswirtschaftlich sinnvollen Schaffens übersehen. Die verschiedenen Produktionszweige und innerhalb eines Betriebes die einzelnen Teile sind oft nicht richtig zueinander abgestimmt; immer wieder treten „Engpässe“ auf, die teilweise zu ständigen Kalamitäten geworden sind. Die Schaffung neuer Werke ist der Heranbildung qualifizierter Kräfte weit voraus geeilt; dieser

⁷⁾ Statističeskij ežegodnik na 1913 god. Petersburg, 1913, S. 215, und Prof. P. I. Ljasčenko „Istorija russkogo narodnogo chozjajstva“, II. Ausgabe, Moskau-Leningrad 1930, S. 476.

⁸⁾ Finansovo - ekonomičeskij ežegodnik. Godovye obzory važnejšich otraslej narodnogo chozjajstva. Petrograd 1914, S. 515.

⁹⁾ Bol'shevik vom 30. November 1932, S. 43.

Fehler ist um so empfindlicher, als die neuen Anlagen bei ihrer Größe und Kompliziertheit besonders hohes organisatorisches und technisches Können erfordern.

Weitere Folgen sind die mangelnde Interessiertheit an dem Erfolg des Betriebes bei dem Gros der Arbeiterschaft und bei einem großen Teile des leitenden Personals, ferner schlechte Arbeitsdisziplin, mit der es besonders seit dem Schachty-Prozeß von 1929 abwärts ging. In gewissem Zusammenhang damit steht die Verantwortungsscheu der leitenden Personen, die der „Kritik von unten“ und der Gefahr der Denunziation ausgesetzt sind und zudem befürchten müssen, für Fehlleistungen, die auf der Unerfüllbarkeit der Aufgaben beruhen oder durch das System verursacht sind, schwer zu büßen. Die durchschnittliche Leistung des Arbeiters hat sich quantitativ unbefriedigend entwickelt. Die Qualität der Produktion hat sich durch das Bestreben, die vorgeschriebenen Planziffern quantitativ zu erreichen, verschlechtert und auch die Produktionskosten sind zu einem immer größeren Gegenstand der Sorge geworden.

Die Verschlechterung dieser sog. qualitativen Faktoren ist zu wesentlichem Teil durch die Ernährungsverhältnisse verursacht, die sich seit 1929 immer ungünstiger gestaltet haben. 1929 wurde das Brot rationiert und dann verschärften sich von Jahr zu Jahr die Wirkungen des Zusammenbruchs der bäuerlichen Viehzucht. Ungenügende und schlechte Nahrung in wichtigen Industrie- und Bergbaugebieten, auch die ungünstigen Wohnungsverhältnisse waren es, die seit 1930 eine außerordentliche Unstetigkeit der industriellen Arbeiterschaft hervorriefen. Die „Fluktuation“, die schon 1930, noch viel stärker aber 1931 auch den älteren Stamm der qualifizierten Arbeiter ergriff, hat sich zu einer starken Hemmung der industriellen Entwicklung ausgewachsen. Selbstverständlich haben die Mißstände auf dem Gebiet der Nahrung und Wohnung auch die Arbeitskraft und den Arbeitseifer stark herabgedrückt.

Die Regierung kämpfte gegen alle diese ungünstigen Faktoren an. Ihre Bemühungen galten aber nur den Symptomen, nicht dem System. Zur Hebung der Disziplin wurde den Direktoren die einheitliche Befehlsgewalt übertragen; der Erfolg war aber unbefriedigend, da die Ursachen der Verantwortungsfurcht bestehen blieben. „Schädlingsprozesse“, die jedenfalls teilweise aus dem Bestreben erwachsen, die Schuld an großen Mißerfolgen vom System abzuwälzen, versetzten die Leiter der Organisationen und Betriebe immer wieder in Schrecken und untergruben zugleich immer von neuem ihre Autorität.

Wirkungsvoller war die Bedrohung schwerer Disziplinwidrigkeiten der Arbeiterschaft mit harten Strafen. Ein besonders empfindlicher Übelstand war massenhaftes unerlaubtes Wegbleiben von der Arbeit. Dekrete vom 23. September und 22. November 1930 bestimmten, daß Personen, die wegen böswilliger Arbeitsversäumnis oder wegen sonstiger Verstöße gegen die Disziplin entlassen



werden, auf 6 Monate den Anspruch auf Arbeit in der Industrie und damit die Arbeiter-Lebensmittelkarte und sonstige Vergünstigungen verlieren. Noch viel schärfer lautet die Verordnung vom 15. November 1932. Danach sind die Leitungen verpflichtet, Arbeiter, die ohne triftigen Grund die Arbeit, wenn auch nur einen Tag versäumt haben, fristlos zu entlassen und die dem Arbeiter ausgehändigten Bezugsscheine außer Kraft zu setzen. Auch können solche Arbeiter aus den Werkwohnungen ausgewiesen werden. Diese drakonische Bestimmung trifft viele, die nicht aus Faulheit, sondern wegen der Nahrungsnot die Arbeit versäumen.

Auch gegen die Fluktuation sind scharfe Verordnungen erfolgt. Besonders wichtig ist das Dekret vom 15. Dezember 1930. Die „Desorganisatoren“ (Störer) der Produktion, die eigenwillig ohne triftige Gründe die Arbeit in einem vergesellschafteten Betrieb verlassen, erhalten im Laufe von 6 Monaten keine Arbeit in der Industrie und im Verkehrswesen zugewiesen. Die Freizügigkeit der Arbeiter ist dadurch gesetzlich aufgehoben. Die Durchführung dieser Bestimmung stößt indessen auf große Hindernisse, weil einmal der Kontrollapparat nicht ausreicht, sodann die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern zu dringend ist. Durch weitere Verordnungen, die Ende 1930 auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes erfolgten, wurde auch dem durch Fluktuation verursachten oder verschärften Mangel an Arbeitern insbesondere an qualifizierten Kräften entgegengewirkt. Nach der Verordnung des Arbeitskommissariats der Sowjetunion vom 23. Dezember 1930 trifft die Maßnahme des Ausschlusses auf 6 Monate auch diejenigen Personen, die ohne triftige Gründe sich weigern, eine ihrer Spezialität entsprechende, von den Arbeitsämtern angebotene Arbeit anzunehmen; Ehemänner müssen sich gefallen lassen, bei Versetzung von ihrer Familie getrennt zu werden.

Der Arbeitseifer sollte durch sozialistische Methoden gehoben werden. 1929 wurden große Hoffnungen auf den sozialistischen Wettbewerb gesetzt, der das Motiv des materiellen Eigennutzes durch sozialistischen Gemeinsinn und Ehrgeiz ersetzen sollte. Der großen Masse der Arbeiterschaft wurden diese Wettbewerbsverträge indessen nur aufgezwungen; für sie stellen sie ein Druckmittel mehr dar, was mit sozialistischer Ethik nichts zu tun hat. Neuerdings ist von dieser Methode nicht mehr viel zu hören. Um so umfangreicher hat sich seit 1930 das Stoßarbeiterwesen entwickelt. Zweifellos gibt es in der Arbeiterschaft, ganz besonders in den jüngeren Altersklassen einen gewissen Bruchteil, der mit besonderem Eifer sich der gestellten Aufgabe annimmt, sei es aus bolschewistischem „Enthusiasmus“ oder aus angeborenem Arbeitsdrang oder aus dem Bedürfnis, sich hervorzutun. In nicht geringem Maße mögen die Stoßarbeiter anfeuernd auch auf andere Arbeiter gewirkt haben. Vor allem war ihre Leistung von Bedeutung für die Aufstellung von Arbeitsnormen, worüber die große Masse der Arbeiter nicht gerade erfreut war. Sehr bald verlor diese Ein-

richtung aber das sozialistische Gepräge. Zu verschiedenen Formen der Ehrung traten materielle Vergünstigungen: höhere Löhne, bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln und sonstigen Bedarfsgütern, bessere Wohnung, bessere Aussichten auf Entsendung in Erholungsheime usw. Es bildete sich eine vom sozialistischen Standpunkt bedenkliche Differenzierung der Arbeiterschaft heraus. Die Materialisierung des Stoßarbeiterwesens hatte aber die weitere Folge, daß sich die Arbeiterschaft immer mehr dazu drängte; am 1. Juli 1932 hatte die Zahl der Stoßarbeiter in der Industrie bereits 67 v. H. der gesamten Arbeiterschaft überstiegen (Ekonom. žizn', 30. 12. 32). Die Wirkung ist dadurch fraglos sehr verwässert.

1931 wurde als weitere sozialistische Methode der „Gegenplan“ erfunden. Der Sinn liegt darin, daß die Arbeitnehmer eines Betriebes oder einer Organisation in bolschewistischer Begeisterung und Opferwilligkeit ein Leistungsprogramm aufstellen, das über die Aufgaben des amtlichen Planes hinausgeht. Die tatsächliche Bedeutung und Wirkung ist ähnlich einzuschätzen, wie die des sozialistischen Wettbewerbs.

Im Grunde genommen sind diese sozialistischen Methoden nur Arabesken um die sehr nüchterne Grundlinie der Arbeiterpolitik, die besonders seit 1931 maßgebend wurde. Der oberste Grundsatz lautet: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, und die Lohnhöhe soll sich nach der Leistung richten. Das System der Akkordlöhne, zu dem man grundsätzlich schon lange vorher zurückgekehrt war, wurde jetzt noch viel stärker entwickelt; die Staffelung des Lohntarifs wurde sehr erweitert.

Der mangelhafte Erfolg aller dieser Maßnahmen geht daraus hervor, daß die bekämpften Erscheinungen immer hinderlicher für die Durchführung des Fünfjahrplanes geworden sind. Die durchschnittliche Qualität der Produktion hat sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Qualität der industriellen Produktion durchweg schlecht ist. Ein Teil ist gut und wird auch den Anforderungen des Auslandmarktes gerecht. Was aber im Lande bleibt, ist zu größerem Teile minderwertig. Die Verluste, die die Industrie infolge schlechter Qualität (Ausschuß und mindere Sorten) erlitten hat, betragen 1930 6,6 v. H. vom Wert der Bruttoproduktion; 1931 stiegen sie auf 10,1 v. H. (Pravda, 11. 8. 32). Der Aschegehalt der Donezkohle betrug 1930 11,9 v. H., 1931 12,9 v. H. (Pravda, 12. 1. 32). Die Kohle zur Verkokung soll einen Aschegehalt von 9,5 v. H., einen Schwefelgehalt von 1,87 v. H. und einen Feuchtigkeitsgrad von 6 v. H. nicht übersteigen. Tatsächlich betrug der Aschegehalt 1931 bis 18 v. H., der Schwefelgehalt bis 2,85 v. H. und der Feuchtigkeitsgrad bis 14 v. H.; auch bei den Kokereien ist der Aschegehalt viel zu hoch (Za industrial., 12. 1. 32). Roheisen zur Herstellung von Martinstahl wies in wichtigen Werken 1930 einen Ausschuß von 6,9 bis 14 v. H. auf, dagegen im 1. Halbjahr 1931 21,5 bis 27,5 v. H. (Izvestija, 2. 2. 32). 1931 betrug die Menge der Eisenbahnschienen II. Sorte 17,5 v. H. der Gesamt-

4
menge (Za industrial., 28. 3. 32). 1931 stellte die Sovet-Presse fest, daß die Qualität der Schienen sich sehr verschlechtert habe; es sei kein Geheimnis, daß die Schienen statt normaler 10 bis 12 Jahre häufig nur 3 bis 5 Jahre aushalten (Za industrial., 15. 7. 31).

Reparaturen von Schiffen des Kaspischen Meeres stehen im Zeichen schlechten Materials und schlechter Arbeit (Pravda, 13. 3. 33). Eine Traktoren- und Reparaturwerkstatt in Sibirien bringt mit 81 Arbeitern in 2½ Monaten nur 12 Maschinen wieder instand (Soc. zemled., 12. 3. 33). Außerordentlich schlecht wird das neue Kraftwagenwerk in Gor'kij (Nishnij-Nowgorod) mit Material beliefert. Von den Stahlblechen sind 60—70 v. H. Ausschuß, vom Glase für die Schutzscheiben 41,3 v. H., für die hinteren Glasscheiben 67,4 v. H., von den Angeln für die Karosserie 55,62, teilweise sogar 68 v. H. 2669 Luftpumpen für die Reifen waren sämtlich Ausschußware (Pravda, 9. 5. 33).

Besonders läßt die Qualität der Textilerzeugnisse zu wünschen. 1931 stellte in der Baumwollindustrie von 2 Milliarden m Geweben 21 v. H. Ausschuß dar (Ekonom. žizn', 19. 11. 31). 1932 betrug der Ausschuß in der Baumwollindustrie sogar 25 v. H., bei einzelnen Trusts 50 v. H. (Izvestija, 10. 2. 33). In der Gluchov'schen Baumwollindustrie-Vereinigung, zu der die ehemaligen Fabriken von Morozov gehören, stieg im Mai 1932 der Ausschuß auf 80 v. H. der Produktion, im Vladimirschen Trust auf 60 v. H. (Ekonom. žizn', 28. 7. 32). In der Wolleindustrie stieg der Ausschuß von 9,8 v. H. im 1. Halbjahr 1931 auf 17,3 v. H. in der ersten Hälfte von 1932 (Bol'shevik, 30. 9. 32).

Sehr zu wünschen läßt auch die Konfektionsindustrie. Durch Einlaufen der Stoffe verwandelt sich die Anzugsgröße Nr. 50 in Nr. 48, Nr. 52 in Nr. 50. Der Ausschuß differierte in dieser Industrie im 1. Halbjahr 1932 zwischen 21 und 50 v. H. (Za industrial., 24. 10. 31). Die Schuhindustrie stellte in demselben Zeitraum an Schuhen I. Sorte statt 90 v. H. nur 75—78 v. H. her (Bol'shevik, 30. 9. 32). Ein Bergwerk erhielt von einer großen Schuhfabrik für seine Arbeiter 700 Paar Stiefel; „2 Stunden nach der Einfahrt begannen die Sohlen sich abzulösen, und die Stiefel zerfielen.“ (Za industrial., 20. 12. 32).

In dem Eisenwerk von Stalino mußten während des ersten Jahres von 5 Hochöfen 2 stillgelegt werden, statt ununterbrochen 3 bis 4 Jahre zu arbeiten. Als Grund wird schlechte Pflege angegeben; vermutlich liegt die Schuld aber auch an schlechter Bauweise (Pravda, 10. 2. und 15. 3. 33).

Daß durch die Mängel der Qualität der quantitative Erfolg neutralisiert zu werden droht, wird in der Sovet-Presse anerkannt. Die Pravda schreibt am 13. März 1933: „Anscheinend sagt man sich wie im vergangenen Jahre, daß es nicht auf die Qualität der Arbeit ankomme, sondern nur darauf, daß die Arbeit rechtzeitig gemacht werde.“ Anfang 1932 (13. Jan.) bezeichnete sie als entscheidende Aufgabe die Hebung der Qualität; die schlechte Be-

schaffenheit entwerte den mengenmäßigen Erfolg. In voller Erkenntnis der nachteiligen Wirkungen der bisherigen Überstürzung stellt der zweite Fünfjahrplan das Ziel auf, bei langsamerem Tempo eine Konsolidierung der Industrie zu erreichen, die auch der Qualität der Produktion zugute kommen soll. Nach dem Plan für 1933 sind die der Industrie gestellten Aufgaben aber immer noch so groß, daß die Betriebsleiter doch genötigt sind, in erster Linie der mengenmäßigen Erfüllung nachzujagen, um sich nicht persönlich in Gefahr zu bringen.

Auch die Fluktuation der Arbeiter hat sich eher verschlimmert als verbessert. 1930 gab sie den Anstoß zur Aufhebung der Arbeitslosenversicherung (Dekret vom 9. Oktober 1930). Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß es eine Arbeitslosigkeit nicht mehr gäbe. Tatsächlich herrschte großer Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, der durch den Fünfjahrplan noch ungemein verstärkt worden war. Gerade in jenem Jahre erreichte phantastischer Optimismus der Planung den Höhepunkt. An ungelernten Arbeitern, die hauptsächlich das Dorf stellte, bestand jedoch großer Überfluß. Die Ernährungsbedingungen waren damals noch im Dorf besser als in den Industriezentren; infolgedessen war die Neigung zur Rückkehr in das Dorf — auch bei einem Teil der qualifizierten Arbeiter — groß. Ungemein zahlreich waren aber auch die Arbeiter, die von einem industriellen oder montanen Betrieb zum andern wanderten, in der Hoffnung, dort bessere Lebensbedingungen anzutreffen. Ein Jahr darauf hatte sich das Bild zu gewissem Teil geändert. Der Nahrungsmangel wurde durch den immer schärferen Ablieferungszwang im Dorf schlimmer als in der Stadt. Über viele Landbezirke kam Hungerelend, das in manchen Gebieten schon damals den Charakter einer eigentlichen Hungersnot annahm. In großer Zahl drängten Bauern zur Industrie zurück, um Arbeit und Brot zu finden; Arbeitslosigkeit, die sich vorher im Dorf versteckt hatte, wurde wieder sichtbar. Diese Bewegung ist auch 1932 und bis heute vorherrschend geblieben, obwohl zeitweise, vor allem während der Ernte und in der ersten Zeit nachher, Rückwanderung zum Dorf einsetzt. Der Drang der Bauern zur Industrie hat an der Massenhaftigkeit der Fluktuation nichts geändert. Im Kohlenbergbau des ukrainischen Donezbeckens wechselten 1930 monatlich 24 v. H. des gesamten Arbeiterbestandes, 1931 20 v. H. (Za industrial., 9. 6. 32); in den ersten neun Monaten von 1932 gingen bei einer durchschnittlichen Gesamtzahl von 340 000 Arbeitern 240 000 ab, während 290 000 neu eingestellt wurden (Pravda, 7. 12. 32).

In der Baumwollindustrie betrug im Verhältnis zur Durchschnittszahl der Arbeiter in demselben Zeitraum von 1932 der Abgang 51,5, der Zugang 42,3 v. H. (Ekonom. žizn', 20. 11. 32). Die Arbeiterfluktuation wird als Hauptsache dafür angegeben, daß im Jahre 1932 die Stilllegungen von Maschinen von Quartal zu Quartal zunahmen; in der Spinnerei waren im ersten Vierteljahr 1932 9,9 v. H., im August 22,6 v. H. stillgelegt, in der Weberei 7,12 bzw.

11,7 v.H. (Ekonom. žizn', 24.1.33). Mit welchen Kosten und Schwierigkeiten die Anwerbung von Arbeitern in entlegenen Gebieten verknüpft ist, zeigt das Beispiel des Bautrusts des fernöstlichen Gebietes. Für die Durchführung seines Planes bedurfte er 1932 20 000 Arbeiter; er verfügte aber nur über 1200. Mit einem Aufwand von 800 000 Rubel wurden nur 2200 Arbeiter angeworben, von denen aber nur 300 an der Arbeitsstätte blieben (Za industrial., 9.12.32).

Die Fluktuation wirkt nicht nur ungünstig auf den Umfang und die Beschaffenheit der Arbeitsleistung ein, sondern veranlaßt auch im allgemeinen — neben anderen Gründen — unerwünschte Vermehrung der Belegschaften. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten stieg in der Zensusindustrie 1932 auf 6 416 000, während sie nach dem Fünfjahrplan 1932/33 nur auf 4 083 000 anwachsen sollte (Prokopovič, Bjuļleten' 102) — demnach eine Überschreitung um 60 v.H., obgleich der Produktionsplan auch nach der amtlichen Statistik nicht voll erfüllt war. Die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft war vom Standpunkt des Produktionsinteresses auch insofern ungünstig, als das Verwaltungspersonal einen viel zu hohen Prozentsatz einnahm. Beispielsweise entfielen bei den Eisenerzgruben von Krivoj-Rog auf 4 Bergarbeiter 1 Angestellter (Pravda, 10.6.33). Im Kohlenbergbau entfielen von der gesamten Belegschaft auf die Leute im Arbeitsstollen in der UdSSR (1931) nur 28 v.H., dagegen in Deutschland (Ruhrgebiet) 51 und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (1929, 1. Quartal) 61 v.H. (Ekonom. žizn', 2.9.32).

Dementsprechend hat sich die Produktionsmenge je Arbeiter sehr unbefriedigend entwickelt. Nach Vorkriegspreisen berechnet, betrug die Produktion der Großindustrie je Arbeiter (nach Berechnung von Prokopovič, Bjuļleten' 102):

1927/28	3222 Rubel
1928/29	3748 „
1929/30	3926 „
1931	3841 „
1932	3716 „

Das Ergebnis blieb weit hinter dem Plan zurück, der für 1932/33 5817 Rubel anstrebte, und ist sogar in den beiden letzten Jahren noch gesunken, obgleich die weitere Entwicklung des maschinellen Apparates und die fortgesetzte Zunahme der Betriebsgröße ein starkes Ansteigen hätte bewirken müssen. Der Fünfjahrplan wollte die Produktivität der Arbeit um 110 v.H. steigern, während nach Angabe von Molotov in $4\frac{1}{4}$ Jahren nur eine Zunahme um 40 v.H. erreicht wurde. Im Kohlenbergbau des Donezbeckens sank die monatliche Leistung eines Arbeiters von 14,7t i. J. 1930 auf 13,4t i. J. 1931 (Bol'sevik, 15.5.32). 1932 sank eben dort im Verhältnis zu den einzelnen Monaten des Vorjahres die Arbeitsleistung von 98,7 v.H. im Februar auf 82,8 v.H. im Mai (Ekonom. žizn', 11.8.32).

Im August 1932 betrug im Verhältnis zum August 1931 die Arbeitsleistung in der Baumwollindustrie 95 v.H., in der Wolle-Industrie 96,4 v.H., in der Lederschuhindustrie 92,8 v.H. (Ekonom. žizn', 20. 11. 32). Mit vielen der neuen Maschinen werden die Arbeiter schlecht fertig. Die mechanisierte Förderung im Kohlenbergbau war 1931 um 3,5 v.H. teurer als die handmäßige (Bol'sevik, 15. 5. 32). 1932 arbeiteten im Kohlenbergbau von 1395 schweren Schrämmaschinen nur 74 v.H., von 328 leichten Maschinen dieser Art nur 53,5 v.H. und von 6760 pneumatischen Hammern 55,3 v.H. (Ekonom. žizn', 2. 12. 32). Im Kohlenbecken von Kuzneck vertrat auf einer Konferenz ein Teil der Ingenieure die Ansicht, daß die schweren Schrämmaschinen unverwendbar wären und am besten nach Amerika zurückgeschafft würden (Izvestija, 12. 5. 33). In manchen Industriezweigen ist die Entwicklung indessen günstiger gewesen. So hob sich die Arbeitsleistung in der Landmaschinen-Industrie im 1. Quartal 1932 gegen 1931 um 20 v.H. (Ekonom. žizn', 6. 7. 32).

Auch das Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Lohnhöhe hat sich überwiegend ungünstig entwickelt. In den ersten 8 Monaten 1932 stieg im Verhältnis zu demselben Zeitabschnitt 1931 in der Kohlenindustrie der Arbeitslohn um 30,9 v.H., während die Arbeitsleistung um 2,6 v.H. sank; in der Eisenindustrie stieg der Arbeitslohn um 30,1 v.H., die Arbeitsleistung um 8,6 v.H.; im Maschinenbau stieg der Arbeitslohn um 17,8 v.H., die Arbeitsleistung um 11,7 v.H.; in der Naphthaförderung stand einer Zunahme des Arbeitslohnes um 18,4 v.H. ein Sinken der Arbeitsleistung um 6 v.H. gegenüber (Ekonom. žizn', 14. 12. 32).

Wie ungünstig die russische Schwerindustrie im Vergleich zu den Ländern des Westens hinsichtlich der Arbeitsleistung gestellt ist, zeigen bezüglich des Kohlenbergbaues folgende Angaben (Ekonom. žizn', 2. 9. 32): Im Donezbecken betrug die Schichtleistung 1931 0,61 t, dagegen im Ruhrgebiet 1,53 t, in England 1929 1,2 t und in den USA 1929 4,85 t. Wenn auch an diesen Unterschieden andere Faktoren beteiligt sind und insbesondere die Überlegenheit der USA in der größeren Mächtigkeit der Flöze begründet ist, so ist doch die höhere Ziffer des Ruhrgebietes in der Hauptsache der besseren Leistung des deutschen Bergmannes zu danken. In den Hochofenwerken der USA wurden 1927 je Arbeiter 140 t Roheisen monatlich erzeugt, 1930 im Südgebiet der UdSSR nur 24 t. Auf einen Arbeiter am Martinofen entfielen hier 1930 monatlich 17 t Stahl, dagegen in Deutschland 1927 47 t (Ekonom. žizn', 30. 9. 32).

Sehr nachteilig beeinflußt wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch den ungünstigen Zustand des Transportwesens, das sich gegenwärtig zu dem schlimmsten „Engpaß“ in der Sowjetwirtschaft entwickelt hat. In dem Bestreben, möglichst schnell eine große Zahl gigantischer Industriewerke aufzuführen, wurde die Eisenbahn vernachlässigt. Das rollende Material wurde nicht entsprechend vermehrt, und für die Instandhaltung der Schienenwege und Brücken geschah viel zu wenig. Die Regelmäßigkeit des Zugverkehrs hat

sich seit 1927 außerordentlich verschlechtert, und aus dem Zusammenwirken aller oben erwähnten negativen Faktoren ergab sich auch eine erschreckende Unsicherheit. Anlässlich einer besonders bösen Katastrophe machte die Izvestija am 24. 9. 1930 folgende Mitteilung: „In 6 Monaten des Jahres 1928/29 ereigneten sich 10 572, in dem gleichen Zeitraum von 1930 14 046 Eisenbahnunglücke wie Entgleisungen, Aufschneidungen von Weichen, Aufeinanderfahrten und Zusammenstöße. 14 046! Das ist das Resultat nachlässiger Reparaturen von Lokomotiven und Waggons, von niedriger und schlechter Arbeitsdisziplin und Unaufmerksamkeit im Verkehr.“ Trotz der Abnutzung der Schienenwege und sonstigen Bahnanlagen wird mit der Ausbesserung und der Erneuerung nur langsam vorgegangen. Beispielsweise war am 1. Juni 1932 der Halbjahrplan für die Grundreparaturen der Bahnstrecken nur zu 15 v. H. erfüllt; auf den wichtigsten Linien war der Plan für die Erneuerung der Schienen nur zu 20 v. H. und für die Erneuerung der Weichen nur zu 16 v. H. durchgeführt (Ekonom. žizn', 17. 6. 32).

Zwar hat der Verkehr jedes Jahr stark zugenommen. 1927 bezifferte sich der Frachenumschlag auf 135,9, 1931 auf 257,8 Mill. t (Bol'sevik, 30. 11. 32), und 1932 dürfte er (nach Berechnung im Osteuropa-Institut) etwa 278 Mill. t betragen haben. Der Fünfjahrplan war damit erheblich übertroffen worden. Trotzdem genügte der Verkehr den Ansprüchen der Wirtschaft bei weitem nicht. Die Politik des Fünfjahrplanes führte in mehrfacher Hinsicht zu einer starken Vergrößerung des Transportbedürfnisses, sowohl hinsichtlich der Gütermenge wie auch der durchschnittlichen Länge des Beförderungsweges. Nicht nur die Vermehrung der industriellen Produktion, sondern auch die Umformung der Volkswirtschaft bewirkten dies. Die Industrialisierung zog den Hauptteil der Bevölkerung, die Bauern, viel intensiver in den Verkehr hinein; für viele Bedarfsgüter, die sich der Bauer früher selbst erzeugt hatte, ist er heute auf die Fabrik angewiesen. Von großer Bedeutung ist ferner die wirtschaftliche „Rayonierung“, die in Anpassung an die natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Gebiete in gewissem Maße eine territoriale Arbeitsteilung hinsichtlich der Produktionsrichtung anstrebt. Zugleich wurde durch die in großer Zahl entstandenen Riesenbetriebe und durch die Zusammenballung der Bevölkerung in den Industriezentren das Transportbedürfnis vergrößert. Mit diesen Wirkungen hat der Fünfjahrplan nicht genügend gerechnet. Dazu treten die Transporte, die irrationellerweise durch die mannigfachen Störungen und Anomalien der russischen Wirtschaft nötig werden. Ein charakteristischer Fall (Bol'sevik, 31. 1. 33): Zur Ausnutzung der Eisenerze im Bezirk Tula ist ein gewaltiger Hochofen angeblasen, dem weitere folgen sollen. Die Zahl der Schächte ist aber zur Belieferung des Hochofens zu klein, und die bestehenden Schächte ergeben wegen des Arbeitermangels keine volle Produktion. An Arbeitern fehlt es, weil die Wohnungen nicht hinreichen und es auch sonst an der Sorgfalt für die kulturellen und materiellen

Bedürfnisse der Bergarbeiter fehlt. Infolgedessen müssen nicht nur Koks aus dem Donezbecken, sondern auch Erze aus dem entfernten Krivoj-Rog-Revier zugeführt werden. Das bedeutet die Heranschaffung von fast 3 t Material zur Erzeugung von einer Tonne Roheisen. Der Verfasser dieser Mitteilung schließt mit der Frage, „Kann sich unser Transport einen solchen Luxus erlauben?“ Ein anderes Beispiel: Nach dem amtlichen Beststellungsplan müssen in der Umgebung von großen Städten weite Wiesenflächen zu anderen Anbauzwecken verwandt werden. Aus diesem Grunde muß nach Leningrad Heu aus einer Entfernung von 300—400 km zugeführt werden (Ekonom. žizn', 2. 2. 33). Die Gesetzmäßigkeiten Thünens sind der bolschewistischen Planwirtschaft gleichgiltig.

Wie unzulänglich die Leistung der Eisenbahn ist, geht am deutlichsten aus den Ziffern der täglichen Beladung von Güterwagen hervor. Schon für den Oktober 1930 forderte der Plan eine Tagesbeladung von über 63 000 Waggon (Ekonom. žizn', 10. 10. 30). Diese Forderung blieb ein frommer Wunsch, der selbst 1932 noch nicht erfüllt wurde. Die Leistung ging sogar 1932 gegen 1931 noch erheblich zurück. Nach der Pravda vom 16. November 1932 wurden auf den Bahnen der Räteunion an Wagen im Tagesdurchschnitt beladen (Pravda, 16. 11. u. 3. 12. 32):

	1931	1932
Juni	54 635	52 513
Juli	52 442	48 307
August	51 129	47 245
September	53 694	51 174
Oktober	55 004	52 450
November	55 384	50 098

Im Durchschnitt des ganzen Jahres 1931 betrug die Tagesleistung 50 500 Wagen (Bol'shevik, 31. 1. 33). 1933 ist eine weitere Verschlechterung eingetreten; im Verhältnis zu den einzelnen Monaten von 1932 ergaben sich im Januar 87,9 v. H. und in den Monaten Februar bis Juni 95,9 bis 97,8 v. H. (Ekonom. žizn', 6. 8. 33).

Außerordentlich wird die Volkswirtschaft dadurch belastet, daß ungeheure Kapitalien bei der Ausführung des Planes verschwendet werden. In den ersten Jahren der Planperiode wurde eine zu große Zahl von Werken gleichzeitig in Angriff genommen; die Fertigstellung und Nutzbarmachung erlitt daher in vielen Fällen Verzögerung und Störung. Später erkannte man wenigstens an der Spitze als richtiger, sich auf eine geringere Zahl von Neubauten zu konzentrieren und so die unfruchtbare Zeit zwischen Baubeginn und Betriebseröffnung abzukürzen. Große Werte gingen dadurch verloren, daß kostspielige Ausrüstungen für die zu erbauenden Werke vorzeitig aus dem Ausland beschafft wurden und dann in gänzlicher Vernachlässigung lange herumlagen. Daß die Energie des im Frühjahr 1932 fertiggestellten Kraftwerkes am Dnjepr einstweilen nur zu geringem Teil ausgenutzt wird, weil die Fertigstellung der

stromverbrauchenden industriellen Werke hinterherhinkt, ist allgemein bekannt. Auf Grund der sovetrussischen Quellen berechnet Prokopovič (Bjulleten' 102), daß in den fünf Jahren 1928 bis 1932 bei einer gesamten Kapitalinvestierung von 21 655 Mill. Rubel in der Großindustrie nur 11 333 Mill. Rubel zu Gegenwartspreisen und 4434 Mill. Rubel zu Preisen von 1913 den neu in Betrieb genommenen Werken zugeflossen sind; 8183 Mill. Rubel zu Gegenwartspreisen und 3127 Mill. Rubel zu Preisen von 1913 steckten Ende 1932 in unvollendeten Bauten.

Manche der neuen Schöpfungen sind verkehrsmäßig so ungünstig gestellt, daß sie auf absehbare Zeit für die Volkswirtschaft eine Last bedeuten. Das wichtigste Beispiel in dieser Beziehung ist Magnitogorsk, das seine Hochöfen mit einer geplanten Produktion von 4 Mill. t Roheisen mit Koks aus der Kohle von Kuzneck versorgen muß; das bedingt einen Bahntransport von 2431 km. Die Erschließung des Kohlenreviers von Karaganda (südlich von Akmolinsk in der Kirgisen-Steppe) erleichtert die Kohlenversorgung von Magnitogorsk, aber vielleicht nur indirekt, da die Kohle von Karaganda, soweit ich unterrichtet bin, größtenteils nicht verkokbar ist. Einstweilen ist aber auch der Weg von Karaganda noch sehr lang; über Tscheljabinsk sind es etwa 1700 km. Eine Verkürzung auf 1160 km (nach Planov. choz. 1931, Heft 1) würde durch eine direkte Linie über Kustanaj bewirkt werden.

Übrigens muß gesagt werden, daß für die Schaffung des gewaltigen Industriekombinates Magnitogorsk-Kuzneck nicht nur volkswirtschaftliche, sondern auch militärpolitische Erwägungen (Schaffung einer vor Fliegerangriffen sicheren Rüstungsindustrie) maßgebend gewesen sind, wie ja überhaupt nach der Erklärung Stalins in seiner großen Rede vom 7. Januar 1933 der Fünfjahrplan vor allem den Zweck verfolgte, Rußland so schnell wie möglich vor feindlichen Angriffen zu sichern.

Dies alles wirkt auf die Produktionskosten der bolschewistischen Industrie sehr ungünstig ein. Die Fortschritte auf den Gebieten der Betriebsgröße, der Spezialisierung und der Maschinenausrüstung hätten eine starke Senkung der Kosten ergeben müssen. Der Fünfjahrplan forderte eine Verringerung um 33 v. H. Schon in den ersten Jahren wurde der Plan nicht erfüllt, doch wurde immerhin eine Senkung erzielt: 1928/29 um 4,2 statt 7,0 v. H. und 1929/30 um 7,2 statt 11,5 v. H. Das Jahr 1931 brachte den großen Rückschlag; statt um 8,0 v. H. zu fallen, stiegen die Produktionskosten um 6,0 v. H. Für das Jahr 1932, das eine Senkung um 7 v. H. bringen sollte, ist das Gesamtergebnis nicht mitgeteilt worden. Aus vielen Einzelangaben geht aber hervor, daß auch in diesem Jahre die Produktionskosten gestiegen sind.

In der Schwerindustrie sollten 1932 die Kosten um 7 v. H. gesenkt werden, wodurch eine Ersparnis von 2 Milliarden erwartet wurde. Tatsächlich stiegen die Kosten im 1. Halbjahr um 2,8 v. H. (Ekonom. žizn', 23. 9. 32). In den Eisenhütten und Stahlwerken waren

Ende 1932 die Produktionskosten auf das $1\frac{1}{2}$ fache im Vergleich zu 1930 gestiegen; das Konto Arbeitskraft war an den Mehrkosten mit 44, das Konto Anschaffungen mit 24 v.H. beteiligt (Za industrial., 5. 1. 33). Die Produktionskosten einer Tonne Kohle im Donezbecken betragen 1930 11,03, 1931 14,38 Rubel (Bol'sevik, 15. 5. 32). Bei einem der wichtigsten Kohlentrusts stiegen die Produktionskosten 1932 im Vergleich zum 1. Quartal im zweiten um 10,8 und im dritten um 12,3 v.H. (Ekonom. žizn', 28. 11. 32).

In der Leichtindustrie stiegen die Produktionskosten im 1. Halbjahr von 1932 um 5,2 v. H. (Ekonom. žizn', 28. 7. 32). In der Baumwollindustrie wuchsen sie in 11 Monaten von 1932 gegen 1931 sogar um 9,2 v.H. (Ekonom. žizn', 24. 1. 33).

Der Mißerfolg bezüglich der Kosten hat wesentlich dazu beigetragen, das Finanzierungsprogramm des Fünfjahrplanes umzu stoßen. Zu großem Teil war es aufgebaut auf den erwarteten Gewinnen der Industrie, auf ihrer eigenen „Kapital-Akkumulation“. Von den 18,7 Milliarden, die nach dem Fünfjahrplan in der Industrie zu investieren waren, sollten nur 6,52 Milliarden aus dem öffentlichen Haushalt kommen. In der Periode der NEP erschien die Rentabilitätsfrage nicht so wichtig. Manche Industriezweige wurden durch niedrige Preistarife absichtlich unrentabel gehalten, da die produktionshebende Wirkung niedriger Preise — z. B. von Landmaschinen — wichtiger erschien. Im übrigen wurde stolz verkündet, daß es in der bolschewistischen Wirtschaft nicht auf den „Profit“ der einzelnen Unternehmung ankomme, sondern auf den Gesamterfolg der Volkswirtschaft. Dieser Standpunkt war damals möglich, weil die 25 Millionen individualwirtschaftlicher Bauernhöfe, die aus der Sozialisierung der Industrie sich ergebenden Verluste tragen konnten und sich trotzdem aufwärts entwickelten. Jetzt ist es anders geworden. Die Sozialisierung hat auf gewerblichem Gebiet mehr und mehr auch das private Handwerk und vor allem den größten Teil der Landwirtschaft erfaßt. Daher muß heute auch die bolschewistische Wirtschaft Rentabilität anstreben, d. h. Erzeugung von Überschüssen, Akkumulation von Kapital. Über einen Passivsaldo der Volkswirtschaft läßt sich vorübergehend hinwegtäuschen durch stärkere Auspressung des Volkes mit Hilfe von Steuern, Zwangsanleihen und sonstigen Arten der „Mobilisierung von Mitteln der Bevölkerung“ sowie schließlich mit Hilfe der geduligen Notenpresse. Nachhaltig können diese Mittel über das Defizit nicht hinweghelfen. Für die Gesamtwirtschaft besteht die Kapitalfrage im naturalen Sinne darin, in welchem Maße Nahrungsmittel und sonstige Lebensbedingungen für die Erhaltung und Mehrung der Arbeitskräfte vorhanden sind und in welchem Umfang Produktionsmittel auf Vorrat geschaffen werden, um den Produktionsapparat auf der Höhe zu halten und weiter zu entwickeln. Ist eine Volkswirtschaft — als isolierter Staat — verlustbringend, so ist zwar trotzdem für einige Zeit das Weitersteigen der Produktion, das äußerliche Wachstum des Produktionsapparates nicht ausgeschlossen; wohl aber

muß in diesem Falle die innere Kraft der Volkswirtschaft Schaden leiden; unvermeidliche Folgen sind Abbau an menschlicher Arbeitskraft sowie Verfall des Produktionsapparates (nicht ersetzte Abnutzung) und Minderung der sonstigen Sachgüter. In diesen Zustand ist die russische Volkswirtschaft durch den Fünfjahrplan zweifellos geraten.

Die Ergebnisse von 1930 machten der Regierung klar, daß der quantitative Fortschritt der Industrie nur ein Scheinerfolg war. Die ungenügende Kostensenkung hatte nach Angabe des damaligen Leiters der Staatsindustrie einen Ausfall von $1\frac{1}{2}$ Milliarden Rubel zur Folge; ungefähr um denselben Betrag wuchs in jenem Jahre die Notenemission. Die große Industrie-Konferenz von Ende Januar 1931 galt vor allem dem brennend gewordenen Rentabilitätsproblem. Die Forderung wirtschaftlicher Rechnungsführung, des „Chozrascët“ wurde zur wichtigsten Losung jenes Jahres; in ihr gipfelte auch die als Grundgesetz der Wirtschaft aufgenommene Sechs-Punkte-Rede, die Stalin am 23. Juni 1931 hielt. Am Soll und Haben der Unternehmung bei genauer Kalkulation der Selbstkosten sollte die Wirtschaftlichkeit des Betriebes erkannt werden, und diese „Kontrolle durch den Rubel“ sollte zur Wirtschaftlichkeit zwingen. Eine Reform des Kreditwesens strebte an, daß diese Kontrolle automatisch auf der ganzen Linie wirksam würde. Grundlegend für diese Reform war bereits eine Verordnung vom 30. Januar 1930, die in Konsequenz der einheitlichen Planwirtschaft die Gewährung kurzfristigen Kredits bei der Staatsbank konzentrierte und den bis dahin im Verkehr zwischen den einzelnen Unternehmungen und Organisationen üblichen Wechselkredit ausschloß. Verordnungen vom 14. Januar und 20. März 1931 bestimmten, daß den Wirtschaftskörpern kurzfristiger Kredit nur nach Maßgabe tatsächlicher Leistung im Rahmen des Planes gewährt werden dürfte, während vorher der Kredit innerhalb der durch den Plan gesetzten Grenze ohne Nachweis der Leistung in Anspruch genommen werden konnte. Analoge Bestimmungen erfolgten durch Verordnung vom 6. Juni 1931 für langfristigen Investierungskredit. Zweifellos war damit ein starkes Druckmittel geschaffen, das jedoch bei weitem nicht die beabsichtigte Wirkung ausübte, da strenge Durchführung allzu viele Stockungen in der Industrie bewirkt hätte. 1931 brachte durch die Erhöhung der Produktionskosten um 6 v. H. einen Ausfall von $4\frac{1}{2}$ Milliarden (Izvestija, 27. 12. 31), und 1932 trat, wie oben erwähnt, trotz aller Gegenmaßnahmen eine weitere Erhöhung der Kosten ein.

Diese Verteuerung der Produktion und die gewaltigen Ausgaben für Investitionen, die zunächst noch keinen Nutzen abwarfen, trugen dazu bei, den staatlichen Finanzbedarf außerordentlich zu erhöhen. Nach dem Fünfjahrplan sollten die Einnahmen des Staatshaushaltes von 6,555 Milliarden i. J. 1927/28 auf 14,080 Milliarden 1932/33 steigen. Statt dessen wuchsen die Einnahmen schon 1932 auf 30 Milliarden. Erzielt wurde die Überschreitung in der Hauptsache durch die Entwicklung der Umsatzsteuer, die seit 1930 vor

allem den Verbrauch außerordentlich belastet. Ihr Ertrag wuchs von 1 Milliarde i. J. 1928/29 auf über 15 Milliarden i. J. 1932.

Auch innere Anleihen schafften zusätzliche Mittel heran. Nach dem Fünfjahrplan sollte ihr Ertrag von 0,7 Milliarden i. J. 1927/28 auf 1,7 Milliarden i. J. 1932/33 steigen. Tatsächlich wurden 1932 4,377 Milliarden aufgebracht. Auch auf anderen Wegen wurden die Mittel der Bevölkerung für staatliche Zwecke „mobilisiert“, insbesondere durch Propaganda für die Sparkassen. In dem Zeitraum zwischen dem 1. Oktober 1928 und 31. Dezember 1932 stieg die Zahl der Kassen von 16 438 auf 58 755, die Zahl der Sparer von 3,8 auf 29,9 Millionen und der Bestand an Sparkasseneinlagen von 335,8 auf 1420,3 Mill. Rubel.

Und schließlich ist eine gewaltige Vermehrung des Geldumlaufes erfolgt. Nach dem Fünfjahrplan sollte er von 2,17 Milliarden Rubel i. J. 1928/29 auf 3,22 Milliarden i. J. 1932/33 steigen. Schon 1930, im Zeichen einer überaus optimistischen Investierungspolitik, nahm die Geldemission stark zu; bereits im Sommer überschritt die umlaufende Geldmenge die Endziffer des Planes. Am 1. Januar 1931 hatte sich der Umlauf auf 4,302 Milliarden gehoben, während er ein Jahr vorher nur 2,876 Milliarden betragen hatte. Das Bemühen um Einschränkung der Geldemission hatte den Erfolg, daß am 1. Juli 1931 der Umlauf nur auf 4,499 Milliarden gestiegen war. Bis dahin ließ sich darüber streiten, ob die Vermehrung des Geldes mehr auf das Wachstum der Industrie und des Güterumsatzes oder auf inflationistische Finanzpolitik zurückzuführen war. Dann aber schwoll die Emission derart an, daß an ihrem vorherrschenden Inflationscharakter nicht mehr zu zweifeln war. Am 1. Juli 1932 war der Umlauf auf 6,183 Milliarden gestiegen. Dann wird das Tempo so vehement, daß die Staatsbank und das Finanzkommissariat beginnen, sich in Schweigen zu hüllen. Die Staatsbank brachte wenigstens noch zum 1. September eine Zahl heraus, wonach der Banknotenumlauf 3,425 Milliarden (gegen 2,925 Milliarden am 1. Juli) betrug. Dazu traten nach dem gesetzlichen Limit mindestens derselbe Betrag an Staatskassenscheinen und etwa 350 Mill. metallischer Münze. Der gesamte Umlauf war somit in zwei Monaten in runder Ziffer um 1 Milliarde auf 7,2 Milliarden gestiegen. Erst zum 1. Juli 1933 sind wieder Ausweise erschienen, wonach sich inzwischen der Umlauf auf 6,825 Milliarden reduziert hat.

Die Vermehrung der Umlaufmittel fällt für die Frage inflationistischer Wirkung um so schwerer ins Gewicht, als sie zeitlich zusammenfiel mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Wirtschaft und der immer umfangreicheren Durchführung der bargeldlosen Verrechnung innerhalb des sozialistischen Sektors. Allerdings war die Regierung bemüht, durch die in unmittelbarem Finanzinteresse angestrebte „Mobilisierung der Mittel der Bevölkerung“ zugleich inflationistischer Erhöhung der Preise entgegenzuwirken. Ganz ist ihr dies jedenfalls nicht gelungen. Zwar wurde das Empor-

schnellen der Preise während der letzten Jahre in erster Linie durch die Knappheit der Bedarfsgüter hervorgerufen; die Teuerung würde aber ohne die Vermehrung des Geldumlaufs den jetzigen Grad nicht erreicht haben. Einen besonders starken Einfluß auf die Entwicklung hat die Verschlechterung der Ernährungslage ausgeübt. Die Regierung war allerdings bemüht, die wichtigeren Schichten des werktätigen Volkes möglichst wenig unter der Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgüter leiden zu lassen. Durch Einführung von Bezugsbüchern, die mit der Rationierung des Brotes 1929 begann, durch die Einrichtung geschlossener Verteilungsstellen und Großküchen bei den Betrieben suchte man die Versorgung der Arbeitnehmer mit dem Notwendigsten zu niedrigen Preisen zu sichern. Hiermit verband sich die Absicht, eine Lohnerhöhung zu vermeiden, um nicht noch tiefer in Inflation zu versinken. Auch war die Regierung bemüht, die Produktion von Gütern des Massenbedarfs (Kleidung, Möbel, Werkzeuge und sonstige Haushaltsgegenstände) zu vermehren, ohne in der Großindustrie das Übergewicht der Produktionsmittelerzeugung erheblich zu mindern. Handwerker-genossenschaften (Artelle) begannen sich wieder der Gunst der Regierung zu erfreuen, und den staatlichen Industrierwerken wurde aufgegeben, nach Möglichkeit nebenbei aus Abfällen allerlei Güter des Massenbedarfs zu fabrizieren. Der Zweck wurde aber bei weitem nicht voll erreicht, vor allem verschärfte sich der Mangel an Lebensmitteln derart, daß der Staat sich entschloß, die Arbeiter in immer größerem Umfange auf seine teuren „Kommerzläden“ oder auf den noch teureren freien Markt zu verweisen.

Eine Erhöhung der Lohntarife ließ sich daher nicht gänzlich vermeiden; jedoch hat sie sich bisher in engen Grenzen gehalten. Immerhin hat die Erhöhung der Löhne zu der Verteuerung der industriellen Produktion beigetragen. Stärker aber haben darauf eingewirkt die Schwächung von Arbeitskraft und Arbeitsfreude sowie die sonstigen Verstöße gegen die Wirtschaftlichkeit in der Entwerfung und Durchführung des Industrieprogramms.

So trieb ein Keil den anderen: aus der Unwirtschaftlichkeit der Industrie folgte eine zu große Höhe der Produktionskosten. Dadurch wurde eine Bresche in das Finanzierungsprogramm geschlagen, die teilweise durch die Notenpresse verdeckt wurde. Die Vermehrung des Geldumlaufes verschärfte die Teuerung, die ihrerseits aus dem Mangel an Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgütern erwuchs. Um so größer war daher der Drang nach Lohnerhöhung, dem die Regierung in gewissem Maße nachgeben mußte. Die Lohnerhöhung trug ihrerseits wieder zum Steigen der Produktionskosten bei.

Wie anders die Entwicklung gelaufen ist, als es gewollt wurde, sei am Schluß dieses Abschnittes nur noch durch den Hinweis darauf beleuchtet, daß nach dem Fünfjahrplan der Preisindex des Schlußjahres im prozentualen Verhältnis zu 1926/27 für Erzeugnisse der Schwerindustrie auf 67,7, für Erzeugnisse der Leichtindustrie auf 78,3 sinken sollte.

II.

Betrachtet man die industrielle Entwicklung Rußlands unter dem Fünfjahrplan losgelöst von ihren Beziehungen zu den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft und zu der Lebenshaltung des Volkes, so können optimistische Beurteiler insofern von einem Fortschritt sprechen, als der industrielle Produktionsapparat eine gewaltige Vergrößerung erfahren hat und diese Neuschöpfung vielleicht später als wichtiger Faktor der Staatsmacht und des Volkswohles wirken wird. In der Landwirtschaft ist dagegen der einstweilige Mißerfolg der Fünfjahrplanpolitik auf der ganzen Linie unbestreitbar. Die Überstürzung der Industrialisierung hat der bäuerlichen Landwirtschaft Lasten auferlegt, unter denen sie grobenteils zusammengebrochen ist. Vor allem aber wurde die Zerrüttung der Landwirtschaft durch die Sozialisierung herbeigeführt.

Nichts anderes charakterisiert den Fünfjahrplan im Unterschied zu der vorherigen Wirtschaftspolitik so sehr, wie das Ziel beschleunigter Sozialisierung der Landwirtschaft. Die Industriepolitik des Fünfjahrplanes ist nur graduell von der NEP unterschieden; die Großindustrie war schon 1928 zu 99 v. H. vergesellschaftet (vgl. Tabelle 2 im Anhang). Dagegen war die Agrarpolitik der NEP in erster Linie auf Förderung der bäuerlichen Individualwirtschaft gerichtet, wenn auch das kommunistische Endziel nicht aus dem Auge verloren wurde. Gemäß dem marxistischen Dogma war Lenin wie Stalin von der Überlegenheit des sozialistischen Großbetriebes auch in der Landwirtschaft überzeugt, und auch jener sah in der Sozialisierung den unumgänglichen Weg, um die Bauern, den Kern des Volkes, für den Bolschewismus zu gewinnen. Nach dem Mißerfolg jedoch, den die hierauf gerichtete Politik des „Kriegskommunismus“ (1917—1920) erlitt, entwickelte Lenin die NEP, die er als ernst gemeinten und lange zu beschreitenden Umweg bezeichnete. Besonders folgende Erwägungen veranlaßten Stalin, schon Ende 1927 die Sozialisierungspolitik wieder aufzunehmen und mit stärksten Mitteln zu betreiben.

Die Entwicklung der Landwirtschaft im Zeichen der NEP erschien zu langsam. Eine Beschleunigung war notwendig wegen der beschlossenen Steigerung des industriellen Tempos. Die Durchführung der gigantischen Pläne setzte eine größere Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft voraus. Sie sollte mehr und billiger produzieren, um die Last der Industrialisierungspolitik, den Druck der Preis-

schere leichter tragen zu können. Nötig erschien auch eine Vermehrung der Agrarausfuhr, um für die Durchführung des Industrieplanes die Hilfe des Auslandes (Maschinen, Fachleute) in großem Umfang heranzuziehen. Die bäuerliche Individualwirtschaft erschien für die Erreichung dieses Zieles ungeeignet. Zwar schritt sie unter der NEP vorwärts; die Schäden des Hungerjahres 1921/22 überwand sie überraschend schnell, und 1927 bot sie nach meinen damaligen Studien im ganzen ein aussichtsvolles Bild. Die Entwicklung ging aber in einer Weise vor sich, die das politische Endziel der Partei gefährdete. Die NEP hatte im Gegensatz zu dem gleichmacherischen Kriegskommunismus dem Tüchtigen wieder Spielraum gewährt; auf dem Gebiete der Agrarreform wurden teilweise die Wege Stolypins wieder beschritten. So konnte sich wieder eine Oberschicht entwickeln, wenn auch in viel bescheidenerer Form als vor dem Kriege. Eine Zusammenballung von Grundeigentum in Händen der Starken war durch die Verstaatlichung des Bodens ausgeschlossen. Wohl aber war es zulässig, in gewissen Grenzen Land zuzupachten, Lohnarbeiter zu beschäftigen und dadurch den Betrieb zu vergrößern; vor allem konnte der Fleißige und Sparsame seine Wirtschaft intensiver gestalten. Dies war aber nur die eine Seite der Entwicklung. Der schmalen Oberschicht stand als entgegengesetzter Pol der Zwergbauer gegenüber, der seit der Zeit der Bauernbefreiung in dem sozialen Bild des Dorfes immer mehr hervortrat. Das früher in Großrußland vorherrschende Bodeneigentum der Gemeinde mit den periodischen Umteilungen unter alle Mitglieder, in anderen Gegenden das bäuerliche Erbrecht mit seiner Verteilung des Bodens auf alle Söhne zu gleichen Teilen, die zu geringe Aufnahmefähigkeit der Industrie und der Übersiedlungsgebiete waren die Ursache dafür, daß ein zu großer Teil des ländlichen Bevölkerungszuwachses im Dorfe blieb und die Durchschnittsgröße des Bauernhofes immer geringer wurde. Die Agrarreform Stolypins wollte diese sowohl volkswirtschaftlich wie auch sozial ungünstige und zudem politisch bedenkliche Entwicklung unterbinden; das Ziel war Schaffung einer breiten Schicht kräftiger Mittel- und Großbauern bei gleichzeitiger Verminderung der Zwergbauern, denen der Weg in die Industrie oder zur Ansiedlung jenseits des Urals erleichtert wurde. Die NEP konnte schon aus politischen Gründen nicht daran denken, das Zwergbauerntum zurückzudrängen; auch wirtschaftlich war dies nicht statthaft, da die Industrie noch nicht wieder in der Lage war, einen großen Teil des ländlichen Bevölkerungsüberschusses aufzunehmen.

Gerade diese Konservierung des Zwergbauerntums bildete den schwachen Punkt der damaligen Agrarpolitik. Die Revolution hatte die Zahl der bäuerlichen Wirtschaften gewaltig vermehrt; jeder, der auf das Land zurück wollte, hatte Anspruch auf Boden; die Umteilungsverfassung lebte fast überall wieder auf und griff auch in Gebieten Platz, in denen sie früher nicht geherrscht hatte. Die Bevölkerung vermehrte sich nach dem Hungerjahre in noch größerem

Maßstab als vor dem Kriege. Der jährliche Geburtenüberschuß stieg auf 3 Millionen und darüber, und der weitaus größere Teil des Zuwachses blieb auf dem Lande. Das Ergebnis war, daß die Zahl der Bauernhöfe in der Räteunion 1927 auf 25 bis 26 Millionen stieg, während sie nach vielfach wiederholten amtliche Äußerungen 1916 nur 16 Millionen betragen haben soll¹⁰⁾. Der Landgewinn, den die Revolution wirtschaftlich dem Bauernhof brachte, wurde hierdurch schnell wieder aufgehoben. (Von der gesamten in Klein- und Großbetrieb bewirtschafteten Fläche im europäischen Rußland gehörten den Bauern 1917 78 v. H., 1922 — zum Nutzungsrecht — 98,1 v. H., wobei zu berücksichtigen ist, daß 1917 ein bedeutender Teil des Gutslandes in bäuerlicher Pachtnutzung sich befand. In der RSFSR — ohne Einrechnung der autonomen Republiken — wuchsen¹¹⁾ dem bäuerlichen Besitz von 168,0 Mill. ha an früherem Gutsland 24,0 Mill. ha, im ganzen 71,3 Mill. ha oder 42,5 v. H. zu.) Die zunehmende Verkleinerung, die die Hauptmasse der bäuerlichen Wirtschaften in den Jahren der NEP erfuhr, hatte eine fühlbare Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Marktproduktion zur Folge. Zugleich wuchs die Zahl der Zwergbauern, die durch Landverpachtung — um anderen Berufen nachzugehen — oder als Lohnarbeiter sich an die Oberschicht anlehnten; der bolschewistische Doktrinarismus faßt dieses Verhältnis als wirtschaftliche Abhängigkeit, als kulakische Ausbeutung auf. Die Wirkung auf die Marktproduktion offenbarte sich im Winterhalbjahr 1927/28 in einem überraschenden und als sehr störend empfundenen Rückgang der Getreideausfuhr. Diese schrumpfte gegen den Winter 1926/27, wo sie 153 Mill. Pud betragen hatte, auf 27 Mill. Pud zusammen. Besonders wohl aus diesem Anlaß legte Stalin im Juni 1928 in einem Vortrage dar, wie die Änderungen in der sozialen Struktur der Landwirtschaft auf die Getreideproduktion eingewirkt hatten. Er führte folgende Statistik vor:

	Gesamtproduktion von Getreide		Handelsgetreide		Prozentualer Anteil des Handelsgetreides
	Mill. Pud	%	Mill. Pud	%	
Vor dem Kriege					
1. Gutsbesitzer . . .	600,0	12,0	281,6	21,6	47,0
2. Großbauern (Kulaki)	1 900,0	38,0	650,0	50,0	34,0
3. Mittel- und arme Bauern	2 500,0	50,0	369,0	28,4	14,7
zusammen	5 000,0	100,0	1 300,6	100,0	26,0

¹⁰⁾ Die Vergleichsfähigkeit der Zahlen von 1916 mit denen von 1927 ist zu bezweifeln; die Vermehrung der tatsächlich bewirtschafteten Bauernhöfe dürfte um einige Millionen geringer sein.

¹¹⁾ Nach Mitteilung der Kataster-Sektion im Landwirtschaftskommisariat der RSFSR.

	Gesamtproduktion von Getreide		Handelsgetreide		Prozentualer Anteil des Handels- getreides
	Mill. Pud	%	Mill. Pud	%	
Im Jahre 1926/27					
1. Rätégüter u. Kollektivwirtschaften	80,0	1,7	37,8	6,0	47,2
2. Kulaki	617,0	13,0	126,0	20,0	20,0
3. Mittel und arme Bauern	4 052,0	85,3	466,2	74,0	11,2
zusammen	4 749,0	100,0	630,0	100,0	13,3

Stalin stellte hiernach fest: die große Masse der Mittel- und armen Bauern produzieren vom Gesamtgetreide 85,3 v. H., erübrigen davon aber nur wenig mehr als den zehnten Teil, während die Großbauern immerhin den fünften Teil zum Markte bringen, und trotzdem erklärt er: diejenigen irren sich, die da glauben, „daß die Rätémacht sich gleichzeitig auf zwei entgegengesetzte Klassen stützen kann, auf die Klasse der Kulaken, deren wirtschaftliches Prinzip die Ausbeutung der Arbeiterklasse ist, und auf die Arbeiterklasse, deren wirtschaftliches Prinzip die Vernichtung jeglicher Ausbeutung ist“; solche Gedanken hätten mit den Grundsätzen des Marxismus nichts gemein.

Von seinem doktrinären Standpunkt aus hatte er mit der Ablehnung einer kulakenfreundlichen Politik recht. Wirtschaftlich wäre es möglich gewesen, die durch Erstarkung der Oberschicht gekennzeichnete Entwicklung weitergehen zu lassen. Durch die Industriepolitik des Fünfjahrplanes hätte sie insofern günstig beeinflußt werden können, als die Ablösung zwergbäuerlicher Elemente vom Lande großen Umfang hätte annehmen können. Wenn auch auf der Grundlage anderen Bodenrechtes wäre dann im Lauf der Zeit eine breite Schicht kräftiger Mittel- und Großbauern, — etwa wie sie Stolypin anstrebte — die hauptsächliche Trägerin der Landwirtschaft geworden. Das wäre aber die Abkehr vom bolschewistischen Endziel gewesen.

Wenn das Dogma gerettet werden sollte, blieb nach der Vernichtung des privaten Großbetriebes und nach dem Entschluß, auch die großbäuerliche Wirtschaft fallen zu lassen, logischerweise nichts anderes übrig, als der Versuch, die Landwirtschaft in der Form des sozialistischen Großbetriebes zu bewirtschaften. Auf das immer mehr sich verzweigende Kleinbauerntum allein konnte sich die Volkswirtschaft unmöglich stützen. Die Vorbedingungen für die Sozialisierung der Landwirtschaft schienen 1927 günstiger zu liegen, als zu dem Zeitpunkt, wo Lenin diese Politik vorläufig zurückstellte. 1921 waren die sozialistischen Betriebsformen nicht gänzlich aufgegeben worden. Die Regierung war auch weiterhin um die Entwicklung der Staatsbetriebe (Sovchozy) und der Kollektivwirtschaften

ten (Kolchozy) bemüht. Allerdings erlitten die Staatsbetriebe eine starke Verminderung. Technisch dagegen verbesserten sie sich; wenn trotzdem auch technisch gut geleitete Sowchose mit Unterbilanz arbeiteten, so lag der Grund an den ungünstigen Wirtschaftsbedingungen, die sich aus dem bolschewistischen System (Arbeiterverhältnisse, Bezugs- und Absatzbedingungen) ergaben. Auch die Zahl der Kollektivwirtschaften ging wenigstens zu Anfang stark zurück. Im Gegensatz zu den außerordentlichen Vergünstigungen, mit denen die Kolchose zur Zeit des Kriegskommunismus bedacht wurden, forderte die NEP von ihnen rentablere Wirtschaft, indem sie die Vergünstigungen stark einschränkte. Bald aber wuchs die Zahl wieder an, sodaß 1927 etwa 1 v. H. der bäuerlichen Wirtschaften und des Bauernlandes kollektiviert war (286 000 Wirtschaften mit einer Anbaufläche von 784 600 ha). Ich konnte mich in jenen Jahren überzeugen, wie diejenigen Kolchose, die nicht bald wieder zerplatzten, sondern nach jahrelangem Bestehen unter geschickter Leitung sich gefestigt hatten, zum mindesten in technischer Hinsicht ein vergleichsweise günstiges Bild darboten; im allgemeinen waren sie sowohl hinsichtlich des Ackerbaues wie auch der Viehzucht dem Typus der kleinbäuerlichen Individualwirtschaft überlegen; an die Leistungen gut bewirtschafteter Höfe der Oberschicht, wie z. B. in den deutschen Kolonien, reichten sie indessen nicht heran. Dieser Eindruck wurde bestätigt durch örtliche Untersuchungen, die 1927/28 in allen wichtigen Gebieten ausgeführt wurden (vgl. Ekon. Žizn'. 8. Dezember 1928). Im zentralen Schwarzerdegebiet z. B. ernteten die Kollektive durchschnittlich von der Desjatine (1,09 ha) an Sommerweizen 46,3 Pud, Zwergbauern („arme Bauern“) 30,0, Mittelbauern 51,3, Kulaken 60,0 Pud, an Hafer Kollektive 68,0, arme Bauern 65,0, Mittelbauern 74,6, Kulaken 104,0 Pud. Aus der Gesamtheit der Untersuchungsergebnisse wurde die Folgerung gezogen, daß die Ernte gewöhnlicher Kollektive überall höher sei, als bei der Masse der bäuerlichen Wirtschaften, daß sie aber die Ernte der ertragreicheren Individualwirtschaften einstweilen nicht erreichte. „Die Masse der kulakischen Wirtschaften hat Ernten, die erheblich die Ernten der Mittelbauern und erst recht die der Zwergbauern übertreffen dank der besseren Organisation des größeren Betriebes, der stärkeren Ausstattung und der besseren Ausnutzung der Produktionsmittel, der Anwendung von Lohnarbeit, des höheren agronomischen Könnens usw.“ Auch nach Massenziffern der statistischen Zentralverwaltung war die Ernte in den Kollektiven höher, als im allgemeinen Durchschnitt der bäuerlichen Individualwirtschaft; beispielsweise betrug die Getreideernte im Zentralen Schwarzerdegebiet bei den Kollektiven 74,6, bei den bäuerlichen Individualwirtschaften 59,7 Pud. Diese Ergebnisse ermutigten zu einer kräftigeren Wiederaufnahme der Sozialisierungspolitik. Bedeutsam waren in dieser Hinsicht bereits die Gesetze über die Sowchose vom 24. März und über die Kolchose vom 23. März 1927. Das Gesetz über diese wird eingeleitet mit den Worten: „Die Daten über den

Zustand der Kolchose zeigen, daß die kollektivistische Landwirtschaft begonnen hat, aus dem Zustand der Krise herauszutreten, in welchem sie sich in den ersten Jahren der NEP befand.“

Außer der Getreidefrage sprach für die Sozialisierung in wirtschaftspolitischer Hinsicht noch folgender Umstand. Die staatliche Planwirtschaft suchte die Bauern zu einer Produktionsrichtung zu bewegen, die dem Plane gemäß war. Die Mittel, deren sie sich bediente, lagen auf dem Gebiete der Preisbestimmung und der steuerlichen Vorschriften. Der Bauer reagierte sehr scharf auf diese von Jahr zu Jahr wechselnden Festsetzungen, regelmäßig aber erheblich anders, als es von der Planwirtschaft vorausgesehen war. Manchmal schränkte er daher die Getreideproduktion mehr ein, als es erwünscht war, manchmal die Viehproduktion, manchmal die Produktion von Spinnstoffen, manchmal den Anbau von Ölpflanzen usw. Nie gelang es, das Verhältnis der Preise und Steuern so auszubalanzieren, wie es der Planwirtschaft entsprach. Dazu kam die Konkurrenz zwischen dem staatlichen und privaten Handel für Agrarerzeugnisse; als man im Gegensatz zu der ursprünglichen NEP dazu überging, den Privathandel mehr und mehr abzudrosseln, versteckte sich die Ware. Der Staat entschloß sich, diesem Spiel ein Ende zu machen; durch die Sozialisierung der Landwirtschaft wollte er die Produktionsrichtung und vor allem auch die Überschußproduktion ganz und gar unter seinen Befehl stellen, damit im Sinne des Fünfjahrplanes die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, der Industrie mit Rohstoffen und die Ausfuhr von Agrarerzeugnissen gesichert wären.

Ferner glaubte die Regierung, jetzt energischer an die Sozialisierung herangehen zu können, da sich die Industrie nach ihrer Ansicht so weit entwickelt hatte, daß sie den sozialistischen Großbetrieb durch Lieferung von Maschinen genügend unterstützen konnte. Die Produktion von landwirtschaftlichen Arbeitsmaschinen war über den Vorkriegsumfang gestiegen; der Bau neuer Riesenwerke für die Maschinen des Großbetriebes einschließlich der Traktoren lag im Bereich der Möglichkeit und ward beschlossen. —

Im Maschinenbetrieb wurde der wichtigste Vorzug des sozialistischen Großbetriebes erblickt. Vor allem wurde vom Traktor und Mähdrescher erwartet, daß sie den Ertrag des Ackers in unerhörtem Tempo vermehren würden. Unleugbar bietet Rußland in großem Umfang für maschinelle Bodenbearbeitung günstige Voraussetzungen. Die Zone der Waldsteppe und reinen Steppe, die die südliche Hälfte des europäischen Teiles der Räteunion einnimmt, auch im asiatischen Teil ungeheure Flächen bedeckt und die geologisch vorwiegend der Lößformation angehört, zeichnet sich durch ebene Lage und durch Steinlosigkeit des Bodens aus; überall lassen sich riesige Ackerpläne von gleichmäßiger Beschaffenheit bilden; Maschinen größten Typs können daher angewandt werden. Für den Mähdrescher liegen die Verhältnisse auch insofern günstig, als das Stroh der Halmfrüchte in der Steppenzone durchschnittlich kurz

ist und wenigstens einstweilen bei weitem nicht in vollem Umfang zu Streu- und Futterzwecken und indirekt zur Düngung benötigt wird.

Bevölkerungspolitisch liegen die Verhältnisse für die Mechanisierung der Landwirtschaft in Rußland weniger günstig. Das Dorf wies bisher einen gewaltigen Überschuß von Arbeitskräften auf, der 1927 von der Übersiedlungsverwaltung allein für die wichtigeren Abwanderungsgebiete der RSFSR auf 9 Millionen — entsprechend einer Gesamtbevölkerung von 20 Millionen — berechnet wurde. Wenn auch die russische Industrie im Zeichen des Fünfjahrplanes schnell wuchs, so war sie doch bisher — zumal bei der starken Zunahme der Bevölkerung — nicht imstande, jenen Überschuß wesentlich zu verringern. Wohl fehlt es der Industrie an Qualitätsarbeitern; an ungelerten Kräften dagegen birgt das Dorf eine unerschöpfliche Reservearmee. Die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Zusammenfassung der Arbeitskräfte im Großbetrieb müssen bei guter Durchführung den Überschuß der ländlichen Bevölkerung zunächst noch vergrößern. Für spätere Stadien der Entwicklung wird ein Ausgleich erhofft; vorderhand aber läuft die überstürzte Mechanisierung der Landwirtschaft auf große Verschwendung menschlicher Arbeitskraft hinaus. In dieser Beziehung liegen die Verhältnisse ganz anders als in der zum Vorbild genommenen nordamerikanischen Union, wo der Mangel an farmhands die Maschine notwendig machte. Trotzdem kann auch in Rußland weitgehende Mechanisierung für die Landwirtschaft von Vorteil sein; die Entwicklung muß aber den Bedingungen organischen Wachstums entsprechen, es darf nicht das Tempo von oben dekretiert werden unbekümmert darum, ob die für den Erfolg maßgebenden Faktoren in der Entwicklung zurückbleiben.

Die im Ausland verbreitete Ansicht, daß der russische Bauer von Natur zum Kommunismus hinneige, wird seinem wirklichen Wesen nicht gerecht. Richtig ist, daß er bisher durchschnittlich nicht ein so ausgeprägter Individualist war, wie etwa der deutsche Bauer. Die Ausbreitungsmöglichkeiten über ungeheure Räume, die periodischen Umteilungen des Bodens innerhalb der großrussischen Dorfgemeinde bewirkten, daß der Bauer nicht so mit seiner Scholle verwachsen war. Wo die Gemeinde das Eigentum am Boden hatte („Mirverfassung“), war schon aus diesem Grunde die Individualwirtschaft nicht fest fundamementiert. Ferner hatte die Gemeinde in den meisten Gegenden über die Einteilung und Bestellung der Ackerflur, über Nutzung der Weiden, Wiesen und Wälder zu bestimmen; in dieser Hinsicht bestand indessen kein wesentlicher Unterschied von der Dorfverfassung, die früher in Deutschland vorherrschte. Die Mirverfassung darf als Faktor kommunistischen Sinnes nicht überschätzt werden; auf der Grundlage dieses Bodenkommunismus war der bäuerliche Betrieb in Rußland ebenso individualistisch wie früher die deutsche bäuerliche Wirtschaft im Zeichen der Feldgemeinschaft; die Beschränkung des Individualbetriebes durch Flurzwang, Servituten

und Allmende war der russischen und der älteren deutschen Dorfverfassung in gleicher Weise eigentümlich. Dennoch hatte der Geist der Mirverfassung, der im Boden ein Naturgut erblickt, auf das jeder wie auf Luft und Wasser gleiches Anrecht hat, — ein Geist, von dem auch der ukrainische Kleinbauer größtenteils beseelt ist — als Schrittmacher für die Sozialisierung der Landwirtschaft gewirkt. Zwar war er nicht auf kollektivistische Wirtschaft gerichtet, aber ungewollt, schicksalhaft führte er ihr in die Arme, indem er auf fortgesetzte Verkleinerung und Schwächung des Individualbetriebes hinwirkte. Die fortschrittlichen Bauern strebten nach Befreiung von den Fesseln einer veralteten Agrarverfassung wie in anderen Ländern; hätte die Stolypinsche Reform jahrzehntelang wirken können, so würden Dorf und Bauer verwestlicht worden sein. Die Revolution verhalf dem gleichmacherischen Sinn der Masse wieder zum Siege. Nun hat sich die tragische Logik der Entwicklung gegen die Massen selbst gekehrt; der Bodenkommunismus hat zum Betriebskommunismus geführt, der die Bauern der Selbständigkeit beraubt.

Die volkpsychologischen Bedingungen lagen für die Kollektivierung in Rußland nicht deshalb günstiger, weil die Bauern dort kollektivistisch gesinnt waren, sondern weil das Aufgehen im sozialistischen Betriebe für die Mehrheit nicht ein so großes seelisches Opfer bedeutete wie in entwickelteren Ländern. Die geringere Bodenständigkeit machte die Hingabe der Scholle an das Kollektiv leichter. Die Lebensbedingungen der Zwergbauern waren äußerst dürftig; sie waren zu Nebenerwerb, größtenteils zu Saisonarbeit in Fabriken und Bergwerken genötigt; die Verwandlung in Landarbeiter durch die Sozialisierung bedeutete daher für sie nicht eine ihre Lebensgewohnheiten völlig umstoßende Schicksalswende. An staatlichen Despotismus hat sich der russische Bauer seit langem gewöhnt. Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß die große Mehrzahl der Bauern und vor allem die fortschrittlichen Elemente die Individualwirtschaft mit ihrer wenn auch noch so bescheidenen Selbständigkeit vorzogen.

Bei der Beurteilung der bäuerlichen Individualwirtschaft durch die neue Sozialisierungspolitik wurden deren Entwicklungsmöglichkeiten nicht berücksichtigt. Richtig ist, daß die Faktoren, die in vielen Gegenden Deutschlands den bäuerlichen Betrieb ebenso produktiv machen, wie es der Großbetrieb ist, in Rußland nur schwach entwickelt sind. Die bäuerliche Masse in Rußland steht an landwirtschaftlichem Können tief unter dem deutschen Durchschnitt; unter anderem ist hervorzuheben, daß der Sinn für pflegliche Viehzucht, die eine besonders starke Seite der bäuerlichen Wirtschaft in Deutschland ist, in Rußland dem Bauern und vor allem auch der Bäuerin im allgemeinen nur in geringem Grade eigen ist. Im Gegensatz zu Deutschland stand es in Rußland auch vor dem Kriege außer Frage, daß die Gutsbetriebe bedeutend produktiver waren. Übertrieben aber war es, wenn bei Beginn der neuen Kollektivierungspolitik von den führenden Männern der Partei immer wieder von einem

„barbarischen“ Tiefstand der bäuerlichen Wirtschaft gesprochen wurde, und ganz unzutreffend war die damals häufig wiederholte Behauptung, daß der individualbäuerliche Betrieb fortschrittsunfähig sei. In Wirklichkeit hat der russische Bauer in der letzten Zeit vor dem Weltkrieg, besonders in der Aera der Stolypinschen Agrarreform seine Fortschrittlichkeit bewiesen. Nach dem Weltkrieg lagen die Bedingungen für den Fortschritt, soweit es auf die Bauern ankam, noch günstiger. Der Krieg hatte ihn „modernisiert“, altväterischer Traditionalismus war von ihm abgefallen; etwa zwei Millionen Russen, die in Deutschland und in Österreich als Kriegsgefangene landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet hatten, waren jetzt als Pioniere des Fortschritts über das ganze Land verstreut. Wenn trotzdem die Entwicklung langsam war, so lag es daran, daß die bäuerliche Landwirtschaft auch unter der NEP noch sehr gehemmt war, vor allem durch die Preisschere und das Außenhandelsmonopol.

Von größter Bedeutung für die Sozialisierungspolitik war die Frage, wie sich der Staat zu der bäuerlichen Oberschicht verhalten wollte. Es war möglich, bei starker Begünstigung der Kollektivwirtschaft die Entwicklung der Oberschicht zu ignorieren. Im Gegensatz zur Linksopposition (Trockij, Sinovjew usw.) hatte in den vorhergehenden Jahren der herrschende Flügel der Partei den Standpunkt vertreten, daß das Kulakentum zwar unerwünscht, aber bei seiner geringen Zahl politisch ungefährlich sei. Inzwischen war aber eine weitere Verstärkung der Oberschicht eingetreten. Es war leicht, durch wirtschaftliche Maßnahmen diese Entwicklung zu unterbinden und die Oberschicht auf das Niveau der Mittel- oder Kleinbauern herabzudrücken. Dies war der Standpunkt, der bis in den Anfang der Fünfjahrplanperiode eingenommen wurde. Grundlegend waren für die neue Sozialisierungspolitik und für die Bekämpfung des Kulakentums die Beschlüsse der obersten Parteiorgane vom 23. Oktober 1927 und vor allem des XV. Parteikongresses, der im Dezember desselben Jahres stattfand. Noch auf diesem Kongreß wandte sich Stalin gegen den Vorschlag, „auf dem Wege administrativer Maßnahmen durch die GPU mit den Kulaken Schluß zu machen“. Den Kulak müsse man in der Hauptsache durch Maßnahmen wirtschaftlicher Art anfassen. Es geschah dies vor allem durch das Gesetz über die im Jahre 1928 zu erhebende Landwirtschaftssteuer und durch das Bundesgesetz vom 15. Dezember 1928 über Landnutzung und Landeinrichtung¹²⁾.

Auch von den Häuptern der Regierung wurde mehrfach erklärt, daß an eine Wiederholung der aus der Zeit des Kriegskommunismus berüchtigten Maßnahme der „raskulačivanie“, d. h. der zwangsmäßigen Dekulakisierung, nicht gedacht werde. 1929 trat die verhängnisvolle Wende ein. Stalin ist sich des Bruchs mit der anfänglichen Fünfjahrplanpolitik bewußt. In einem polemischen Aufsatz (Prawda, 21. Januar 1930) bezeichnet er den Sommer 1929 als

¹²⁾ Vgl. meinen Aufsatz in den „Berichten über Landwirtschaft“, Jahrgang 1929 S. 193–256.

den Wendepunkt. Auf der Konferenz der Agrarmarxisten vom 27. Dezember 1929 führt er aus, daß jetzt der Zeitpunkt für die raskulačivanie gekommen sei, da sich inzwischen der sozialistische Betrieb soweit entwickelt habe, daß der Kulak entbehrlich sei. Auf den Wechsel dieser Politik wirkten aber auch stark die politischen Vorgänge im Dorfe seit dem Winter 1927/28 ein. Die Getreidefrage war damals so akut, daß sich die Regierung zu außerordentlich scharfen Maßnahmen gegen die Bauern wegen Zurückhaltung von Getreide entschloß, die das Dorf sehr erbitterten; Attentate erfolgten in großer Zahl, die vor allem den Kulaken in die Schuhe geschoben wurden. Für Stalin war der Kulak der ausgeprägte Vertreter des Individualprinzips; er sah in ihm den Klassenfeind, der nach Charakter, Gewohnheit und Familientradition gefährlich blieb, auch wenn er auf eine tiefere soziale Stufe herabgedrückt oder kollektiviert wurde. Die raskulačivanie des Kriegskommunismus ließ im allgemeinen den Kulak am Leben und den ausgeplünderten Betrieb bestehen. Stalin dagegen beschloß seine Vernichtung; diese Maßnahme bezeichnete er als „integrierenden Bestandteil“ der Kollektivierung (Rede vom 27. Dezember 1929). Vielleicht meinte er dies nur in dem Sinne, daß der Kulak dem Kollektiv — der zukünftigen ausschließlichen Form der bäuerlichen Wirtschaft — nicht angehören könne. (Die von der Pravda, dem Hauptorgan der Partei, herausgegebene Deutsche Zentralzeitung in Moskau sprach am 13. November 1929 offen aus: „Für den Kulak ist kein Platz im Kollektiv, der Kulak ist zum Tode verurteilt.“). Vielleicht dachte aber Stalin bei jenem Worte auch an die Unterstützung und Beschleunigung der Kollektivierungsbewegung, die von der Beseitigung der bäuerlichen Oberschicht zu erwarten war. In diesem Sinne war die Kulakenerwürgung tatsächlich integrierender Bestandteil der Kollektivierung. Die bäuerliche Oberschicht hatte den Zwergbauern wirtschaftlichen Rückhalt geboten; nach der Vernichtung jener mußte bei diesen die Neigung zur Kollektivierung wachsen. Die Mittelbauern sahen an dem Schicksal der Oberschicht, wie gefährlich für sie ein wirtschaftlicher Aufstieg war. Der Kampf gegen den Kulak, dessen Begriff mit der fortschreitenden Vernichtung der Oberschicht immer weiter nach unten ausgedehnt wurde, führte sehr bald zu einer Entmutigung und Schwächung der bäuerlichen Individualwirtschaft auf der ganzen Linie; dazu trug bei, daß im Gegensatz zu den anfänglichen Absichten des Fünfjahrplanes der Mittelbauer nicht nur relativ im Vergleich zu den Kollektiven von der staatlichen Landwirtschaft vernachlässigt, sondern auch stärker und stärker belastet wurde. In dem Maße aber, wie der Fortschrittstrieb der Individualwirtschaft gelähmt und ihre Produktivität zurückging, wurde es für den Staat dringender, Ersatz durch die Sozialisierung zu schaffen.

Zwangsläufig ging die Entwicklung viel schneller vor sich, als anfänglich geplant war. Zu Ende des Jahrfünfts sollte die Kollektivierung fünf bis sechs Millionen Bauernhöfe, von der Gesamtzahl 20—24 v. H., erfaßt haben. An der Saatfläche sollten 1932/33 die

Kollektive sogar nur mit 14,3 v. H. beteiligt sein. Dank der Politik, die der XV. Parteikongreß beschloß, kam die Kollektivierung in schnelleres Fahrwasser. Im Sommer 1929 waren bereits rund 1 Million Bauernhöfe, gleich 4 v. H. der Gesamtzahl, kollektiviert. Nun setzte der Terror ein. Für die Methodik des Bolschewismus ist es charakteristisch, daß die Regierung das Odium dieses Terrors von sich abwälzte und den Willen der breiten Masse der Dorfbevölkerung vorschob. Schon in jenem Sommer kam es in vielen Gegenden, wenn auch zunächst in beschränkter Zahl, zur Aussiedlung, d. h. zur Vertreibung von Familien der Oberschicht, angeblich auf den spontan gefaßten Beschluß der Unterschichten des Dorfes, zu dem in Wirklichkeit die Partei den Anstoß gegeben hatte. Die Regierung ließ diese offenbaren Ungesetzlichkeiten zu; in der Ukraine begründete ein höherer Sovetbeamter diese Toleranz damit, daß sich offenbar „ein neues Gewohnheitsrecht“ bilde. Gesetzlich bemäntelt wurde diese Selbsthilfe der Unterschicht durch ein Dekret für die RSFSR vom 28. Juni (für die Ukraine vom 3. Juli), das nach den einleitenden Worten, „auf die zahlreichen Ansuchen der Klein- und Mittelbauern und zum Zweck der Niederwerfung der Kulaken- und Spekulantenelemente“ erlassen wurde. Die Dekrete laufen darauf hinaus, daß das Dorf sich zu hohen Getreidelieferungen verpflichtet und bei der Verteilung der aufzubringenden Menge die kulakischen Wirtschaften übermäßig belastet, die dann wegen Nichterfüllung auf administrativem Wege mit schweren Geldbußen zu belegen sind und, da sie auch diese nicht zu leisten vermögen, Versteigerung ihres Vermögens, im Wiederholungsfalle Freiheitsentziehung oder Verurteilung zur Zwangsarbeit erleiden. Gleichzeitig wurde das Strafgesetzbuch entsprechend geändert.

Hiermit war die Grundlage geschaffen für die terroristische Getreidekampagne in dem darauf folgenden Herbst und Winter, die bekanntlich viele Tausende deutscher Kolonisten nach Moskau trieb, wo sie die Erlaubnis zur Auswanderung erhofften. Im Dorfe begann jetzt die Massenflucht in die Kollektive, an der sich im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung auch die Mittelbauern in großer Zahl beteiligten. Schnell verdoppelte und verdreifachte sich die Zahl der kollektivierten Wirtschaften. Wahrscheinlich in der Überzeugung, daß der Kollektivierungsgedanke im Dorfe begeisterten Widerhall gefunden hätte, glaubte Stalin, daß der Zeitpunkt gekommen sei, zunächst für die wichtigsten Getreideproduktionsgebiete die gänzliche Kollektivierung der bäuerlichen Wirtschaften zu betreiben. Für diese Gebiete forderte er in seiner Rede auf der Konferenz der Agrar marxisten vom 27. Dezember 1929 die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“. Dieser Ausdruck ist irreführend; er erweckt den Eindruck, als ob eine Herabdrückung der Oberschicht in der Weise der früheren raskulačovanie beabsichtigt sei, während in Wirklichkeit die Oberschicht wirtschaftlich und infolgedessen größtenteils auch physisch vernichtet werden soll. In seinem oben erwähnten Aufsatz vom 21. Januar 1930 schreibt er: „Um das

Kulakentum als Klasse hinauszudrängen, ist es nötig, die Widerstände dieser Klasse in offenem Kampfe zu brechen und sie der produktiven Quelle ihres Bestehens und ihrer Entwicklung zu berauben (freie Landnutzung, Pacht, das Recht zur Beschäftigung von Lohnarbeitern usw.)“. Ihre gesetzliche Grundlage findet die Liquidierung des Kulakentums durch Dekret vom 1. Februar 1930, das den obersten Gaubehörden das Recht erteilt, in den Rayons der Totalkollektivierung alle erforderlichen Kampfmaßnahmen gegen das Kulakentum bis zur vollen Konfiskation des Vermögens der Kulaken und ihrer Aussiedlung aus den von ihnen bewohnten Rayons und Gauen anzuwenden. Nichtsdestoweniger war Stalin bemüht, das Odium auch dieser allerunmenschlichsten Maßnahmen auf die breite Masse der Dorfbevölkerung abzuschieben; vor den Agrarmarxisten sagte er: „Jetzt wird die raskulačivanie durch die arme und mittelbäuerliche Masse, die die Totalkollektivierung verwirklicht, selbst ausgeführt.“ (Ich besitze das Original einer „Anweisung“ des Vorsitzenden eines Rayon-Vollzugskomitees an einen deutschen Kolonisten, wodurch diesem mitgeteilt wird, daß er im Einverständnis mit dem Beschluß der Bürger aus den Dörfern der Totalkollektivierung dazu bestimmt sei, samt seiner Familie „nach einem neuen Wohnort“ binnen 24 Stunden ausgesiedelt zu werden.) Nun beginnt das entsetzlichste Kapitel in der Tragödie der Oberschicht, wodurch auch die Katastrophe der deutschen Kolonisten (die dank ihrer Tüchtigkeit zu besonders großem Prozentsatz dem Begriff des Kulaks entsprachen) begründet wurde. In der zweiten Hälfte des Winters 1929/30 wurden mindestens eine halbe Million tüchtiger Bauern, weil sie durch Fleiß und Tüchtigkeit sich über den Durchschnitt erhoben hatten, in die nördlichen Waldgebiete diesseits und jenseits des Urals deportiert. Die Grausamkeit dieser Maßnahme suchte Stalin in seinem Offenen Brief vom 3. April an die Parteigenossen in den Kollektiven mit den Worten Lenins zu begründen, wonach die Kulaken die tierischsten, größten und wildesten Ausbeuter wären, die wie Vampyre die durch den Krieg verarmten Bauern und die hungrigen Arbeiter ausgesogen hätten. Diese Charakteristik, die vielleicht in früherer Zeit für Zehntausende rücksichtsloser Ausbeuter zuträfe, wird von Stalin ohne Rücksicht darauf, daß diesen Elementen längst das Handwerk gelegt war, auf die ganze Million der tüchtigsten Bauern übertragen.

Die Bauern in den von der Deportation betroffenen Gebieten erkennen, daß die Individualwirtschaft nach dem Willen der Partei keine Zukunft mehr hat. Die Kollektivierung nimmt nun den Charakter einer Lawine an. Die Zahl der kollektivierten Wirtschaften stieg von 4 393 100 am 20. Januar 1929 auf 14 264 300 am 1. März 1930; der Prozentsatz der kollektivierten Wirtschaften kletterte von 21,6 auf 55,0 v. H. Die kollektivierte Ackerfläche wuchs von 31 238 000 auf 87 869 000 ha, sodaß den kollektivistischen Betrieben während dieses Zeitraums 1 416 000 ha im Tagesdurchschnitt zuwuchsen.

Im Interesse der vor der Tür stehenden Frühjahrssaatkampagne sah sich Stalin genötigt, durch seine Kundgebung vom 2. März 1930 diesem Taumel ein Ende zu machen. Viele Millionen von Bauern beeilten sich natürlich, aus den Kollektiven, von denen übrigens ein großer Teil nur auf dem Papier stand, wieder auszutreten, sodaß die Beteiligung im Herbst 1930 wieder auf 21,7 v. H. gesunken war. Im folgenden Frühjahr aber wurde die Kollektivierungskampagne wieder mit Hochdruck aufgenommen, mit dem Ergebnis, daß Ende 1932 15 426 000 Bauernhöfe oder 62,6 v. H. von der Gesamtzahl kollektiviert waren. Die vielfachen Mängel, die die Leistungen der Kollektive aufwiesen, und vor allem die politischen Spannungen, die sich aus der Sozialisierung der bäuerlichen Wirtschaft und ihren Folgen für die Volksernährung ergaben, veranlaßten zu einer neuen Anhaltung der Bewegung, sodaß die Gesamtziffer der kollektivierten Wirtschaften i. J. 1932 eher etwas ab als zugenommen hat. Die Kollektive sind seit 1931 der wichtigste Träger der Landwirtschaft; ihr Anteil an der Saatfläche stieg von 1,2 v. H. i. J. 1928 auf 68,0 v. H. i. J. 1932.

Die stärkste wirtschaftliche Unterstützung erfuhr die Bewegung durch die Maschinen-Traktoren-Genossenschaften (MTS), deren erste im Bezirk Odessa in Anlehnung an das Sovchoz Taras Ševčenko errichtet wurde¹³⁾. Diese Stationen, die mit einem großen Apparat von Traktoren, Anhängemaschinen und Dreschmaschinen ausgestattet und mit Reparaturwerkstätten nebst gelerntem Personal verbunden sind, waren anfänglich dazu bestimmt, die Bauern und vor allem auch ganze Gemeinden auf der Grundlage freien Vertrages zum Anschluß zu bewegen. Sehr bald aber wurde nach bekannter Methode aus der Freiheit ein Zwang. Die Stationen sind heute Zwingburgen für die Kollektive geworden, deren Ackerbau auch hinsichtlich der Nutzungsweise der Oberleitung und Aufsicht der Stationen unterworfen ist. Das Netz der Stationen wurde von 360 i. J. 1930 auf 1400 i. J. 1931 erweitert; im Herbst 1932 gab es 2245 Stationen, die über 81 813 Traktoren mit rund 1,3 Mill. PS verfügten. An der Saatfläche der Kollektive war die Hilfe der MTS 1932 mit 54,8 v. H. beteiligt.

Daß die Massenbewegung in die Kollektive seit dem Sommer 1929 zu größtem Teil auf den von der Partei und Regierung ausgeübten Druck gegen die Individualwirtschaft zurückzuführen ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Stalin betonte immer wieder, daß es nur einen Weg gäbe, den Weg der Kollektivwirtschaft. Zwar wurde von der Parteileitung zunächst oft wiederholt, daß die Bewegung gemäß dem Gesetz eine freiwillige sein solle. Wie diese Freiwilligkeit aber zu verstehen ist, darüber sprach sich Kalinin im Sommer 1930 vor der Moskauer Aktivistengruppe der Partei sehr offen aus: „Mir ist es wichtig, den bolschewistischen Begriff

¹³⁾ Vgl. die Schilderung in meinem Aufsatz „Agrarverfassung und Landwirtschaft im Bezirk Odessa“ in den „Berichten über Landwirtschaft“, Jahrgang 1929, S. 597 ff.

der Freiwilligkeit zu enthüllen, im Gegensatz zu dem opportunistischen Begriff, der aktive gesellschaftliche Arbeit und organisatorischen gesellschaftlichen Druck ausschließt. Aber um solche Methode ist nicht herumzukommen. Es geht vor sich nicht eine Reform, sondern die tiefstgreifende sozialökonomische Revolution, die auf keine Weise im christlichen Geiste durchzuführen ist.“ Aus seinen Worten spricht wieder das Bestreben, die Verantwortung der „Gesellschaft“ zuzuschieben. Ganz unverblümt verkündet dagegen Molotov, der Regierungschef der Räteunion, 1931 auf dem Rätekongreß: „Jeder Klein- und Mittelbauer, der sich noch nicht kollektiviert hat, ist jetzt vor die Frage gestellt: für oder gegen das Kollektiv. Gegen das Kollektiv heißt Unterstützung des Kulaks gegen die Rätemacht.“ —

Während die Kollektive formell freie Genossenschaften sind, die aber wegen ihrer immer intensiveren staatlichen Bevormundung gleichfalls als Gebilde sozialistischer Landwirtschaft anzusehen sind, war die Fünfjahrplanpolitik bestrebt, auch die Form der vollen Sozialisierung, den Staatsbetrieb auszudehnen. Der persönlichen Initiative Stalins entsprangen die Getreide-Großgüter, die unter der Leitung des „Korntrustes“ seit 1928 gegründet wurden. Ursprünglich waren diese Betriebe als reine Körnerwirtschaften mit weitestgehender Mechanisierung gedacht. In der Hauptsache, etwa zu 70 v. H., haben sie ihren Standort in den regenarmen Gebieten des Südostens und Ostens. Hier waren mit Leichtigkeit große zusammenhängende Flächen zu finden, die bisher einer extensiven Viehzucht unterlagen. In der Erschließung dieser Territorien für den Getreidebau lag die besondere Bedeutung des Korntrusts. Der typische russische Kleinbauer konnte in diesen halbariden Gebieten als Getreideproduzent nicht gut gedeihen. Als Einzelwirt konnte er sich nicht die erforderliche Spannkraft und die nötigen Arbeitsgeräte beschaffen; auch war das Risiko für ihn zu groß, da er meistens nur aus der Hand in den Mund lebte und daher den Mißernten, die sich in diesen Zonen aus klimatischen Gründen oft wiederholen, ohne Reserve gegenüberstand. Der Getreidebau fordert daher hier den großbäuerlichen oder Großbetrieb. Die deutschen Kolonisten haben früher in diesen Gebieten gezeigt, was ein tüchtiger Großbauer zu leisten vermag. Die Stolypinsche Agrarreform würde im Laufe der Zeit auch den von ihr angestrebten russischen Bauerntypus befähigt haben, diese Böden mit Vorteil zu beackern.

Der Plan war aus den akuten Schwierigkeiten der Getreidebeschaffung und dem Absturz der Getreideausfuhr im vorhergehenden Winter (1927/28) entstanden. Zusätzliche Getreideproduktion, auf die der Staat unmittelbar den Zugriff hatte, war der Zweck. Damit verband sich die ganz aus früherem Handelsgeist entsprungene Hoffnung, durch die Konkurrenz billigen Staatsbetriebes einen Druck auf die Preise des freien Marktes auszuüben, der die Bauern williger machen würde, dem Staat seinen Überschuß abzuliefern; unter andern gab der damalige Landwirtschaftskommissar Kubjak auf der

Sachverständigen-Konferenz, die der Gründung des Getreidetrusts vorausging, diesem Gedanken Ausdruck.

Nach dem ursprünglichen Plan von 1928 sollten bis 1931 125 Getreidebetriebe mit einer Ackerfläche von insgesamt 3,5 Mill. Desjatinen (je 1,09 ha) geschaffen werden; die Getreidesaatfläche sollte auf 2,5 Mill. Desjat. gebracht werden. Von einer Desjatine wurden 40 Pud (je 16 kg) Marktgetreide erwartet. Die Gesamtproduktion von Marktgetreide sollte von 5 Mill. Pud i. J. 1928/29 auf 100 Mill. Pud i. J. 1931/32 steigen.

Hinsichtlich der räumlichen Ausdehnung wurde der Plan sofort überboten. 1929/30 betrug die Saatfläche statt ursprünglich geplanter 625 000 Desjat. 1 050 000 ha. Stalin verkündete im Sommer 1930 mit Stolz, daß die Saatfläche des Korntrusts 1933 mit 14 Mill. ha der gesamten Getreidefläche Argentiniens gleichkommen würde. Von diesem Luftschoß mußte aber im folgenden Jahre ein großes Stück abgebrochen werden; als Ziel wurden 9,5 Mill. ha aufgestellt. In Wirklichkeit betrug i. J. 1932 die Frühjahrssaatfläche des Korntrusts nach dem Ausweis vom 20. Juni 3 411 000 ha und die Herbstsaatfläche nach dem Ausweis vom 25. Oktober 840 000 ha, zusammen 4 251 000 ha. Immerhin war die ursprünglich für 1931/32 geplante Fläche bedeutend überschritten worden, zu nicht geringem Teile aber im Unterschied vom Plan auf Kosten früheren bäuerlichen Ackerlandes.

Überschritten wurde der Plan auch sehr bald bezüglich der durchschnittlichen Größe der Betriebe. Als optimaler Umfang waren 30 000 Desjat. Ackerland vorgesehen, zu denen durchschnittlich etwa noch 10 000 Desjat. anderer Kulturarten hinzutreten sollten. 1931 hatten die Betriebe schon eine Durchschnittsgröße von 80 000 ha erreicht; manche gingen weit über 100 000 ha hinaus. Ein Gegenstand besonderen Stolzes war der „Gigant“ im Nordkaukasusgebiet, wo mehr als 200 000 ha von einer Zentrale aus bewirtschaftet wurden. Diese „Gigantomanie“ wurde aber bald als Fehler erkannt. Eine Verordnung vom 25. August 1931 ordnete die Zurückschraubung auf durchschnittlich 40–50 000 ha Erntefläche an.

Die Leistungen dieser Latifundien waren bisher im ganzen sehr unbefriedigend. Die Ernten waren zu niedrig und die Produktionskosten zu hoch. Die Gründe liegen auf der Hand: organisatorische Unvollkommenheiten, geringes Können und mangelnde Erfahrung der großen Mehrzahl der Agronomen, flüchtige Anlernung des Maschinenpersonals, schlechte Lebensbedingungen der Arbeiter, tiefer Stand der Arbeitsdisziplin usw. Um Verbesserung der Organisation und der Arbeitsverfassung ist die Regierung nicht ohne Erfolg bemüht gewesen; auch ist das System einseitiger Körnerwirtschaft vernünftigerweise durch Aufnahme von Futter- und technischen Pflanzen in die Fruchtfolge mit günstiger Wirkung durchbrochen worden. Trotzdem dürfte aber auch heute noch der Korntrust oder, wie er jetzt heißt, die Getreide-Sovchozvereinigung, als ein großes Verlust-Unternehmen zu be-

zeichnen sein. Die Bilanz wird durch die landwirtschaftlichen Maschinen, insbesondere durch die Traktoren und Mähdrescher außerordentlich belastet. Nach Beendigung der Feldarbeiten im Herbst 1929 bedurften von den Traktoren des Korntrusts 87 v. H. einer Grundreparatur und 12 v. H. einer leichteren Reparatur. Am Schluß des Jahres 1931 war gleichfalls die größte Zahl der Traktoren in unbrauchbarem Zustande. Von 126 000 Maschinen — einschließlich der Maschinen der MTS usw. — waren 103 709 Maschinen reparaturbedürftig. Ende 1932 war die Lage noch ungünstiger. Von etwa 150 000 Maschinen, die in der Landwirtschaft arbeiteten, bedurften gegen 137 000 der Grundreparatur, wobei hervorzuheben ist, daß unter den zu Bruch gegangenen Traktoren auch eine große Zahl neuer Maschinen sich befand (Soc. zemled. 10. November 1932).

Die Produktion des Korntrusts an Marktgetreide ist weit hinter der Erwartung zurückgeblieben. 1931 betrug die Erntefläche 4,2 Mill. Hektar. Der Trust sollte 2,66 Mill. t Getreide abliefern. Im Februar 1932 wurde gemeldet, daß er 1 029 000 t geliefert und damit 98,8 v. H. seiner Aufgabe erfüllt habe; verschwiegen wurde hierbei, daß die Aufgabe inzwischen um 60 v. H. herabgesetzt war. Das Ergebnis blieb somit um 0,6 Mill. t hinter der ursprünglichen Zielsetzung zurück, obgleich bei dieser nur mit einer Erntefläche von 2,5 Mill. ha gerechnet war. Aus der Ernte von 1932 sollten die Getreidesovchozvereinigungen an Getreide (einschließlich Ölsaaten) 1,9 Mill. t abliefern; nach den Mitteilungen, die über Teilergebnisse in die Öffentlichkeit durchgesickert sind, ist jedoch anzunehmen, daß auch dieser Plan bei weitem nicht erfüllt wurde.

Zu den Getreidelatifundien traten in den letzten Jahren noch zahlreiche Groß- und Riesenbetriebe des Staates, die der Viehzucht dienten. Auch hier wurde die Gigantomanie im Herbst 1931 eingeschränkt; beim Trust für Fleischrindviehzucht (Skotovod) wurde die Höchstgrenze des Betriebes von 30 000 auf 15 000 Stück Vieh, beim Milchwirtschaftstrust (Maslotrust) von 10 000 auf 5 000 Kühe herabgesetzt. Auf die sozialisierte Viehzucht komme ich weiter unten zurück. Einschließlich der älteren Sovchoze, unter denen vor allem an technischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung die Güter des Zuckertrusts hervorragten, betrug 1932 die Gesamtzahl der staatlichen Betriebe etwa 5 000 und ihre Saatfläche 13,3 Mill. ha. —

Angesichts der Tatsache, daß 1932 von der gesamten Saatfläche auf die Individualbauern 22,0 v. H., auf die Sovchoze 10,0 und auf die Kolchoze 68,0 entfielen, ist die Frage des Gelingens der Kollektivwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Daß auch deren Leistungen im ganzen sehr unbefriedigend sind, unterliegt keinem Zweifel. Nach den oben geschilderten Vorgängen, die die Flucht in die Kollektive herbeiführten, war zunächst nichts anderes zu erwarten. Die plötzlich eingetretene Massenbewegung war organisatorisch nicht sofort zu meistern, und die große Mehrzahl der in die Kollektive hineingepreßten Bauern verhielt sich gegen diese Wirt-

schaftsform innerlich ablehnend, wodurch ihre Arbeitsleistung ungünstig beeinflusst wurde.

Die Kollektivierungspolitik der Jahre 1928 und 1929 unterschied sich zu der der vorhergehenden Periode auch dadurch, daß sie möglichste Vergrößerung der Kollektive anstrebte. Wirtschaftlich war die Vergrößerung innerhalb gewisser Grenzen durchaus zweckmäßig. In den meisten Fällen waren nur wenige Familien (etwa 10—15) zusammengeschlossen, sodaß die Saatfläche den Umfang eines größeren deutschen Bauernhofes kaum übertraf; 1928 betrug die Saatfläche eines Kollektivs im Durchschnitt nur 42,0 ha. Infolgedessen konnten sich die von der Kollektivierung erhofften Vorteile des Großbetriebes nur schwach entwickeln. Die Maschinen, insbesondere die Traktoren, die auch kleinen Kollektiven vielfach auf Kredit gewährt wurden, konnten nicht genügend verwertet werden und wurden daher für viele dieser Zwerggebilde eine Last. Nach dem XV. Parteikongreß trat aber eine ungemein übertriebene Vergrößerungssucht ein. Der Ruhm des nordkaukasischen „Giganten“ ließ auch die Führer der Kollektivierungspolitik nicht ruhen; es entstanden Projekte, wonach ganze Landstriche mit Hunderttausenden von Hektaren als Riesenkollektive organisiert werden sollten. Die Kundgebung Stalins vom 2. März war der Ausdruck der Ernüchterung auch in dieser Beziehung. Durch die letzte Entwicklung ist der Durchschnittsumfang der Kollektive auf die Größe etwa eines Gutsbetriebes gebracht worden; 1932 betrug die durchschnittliche Saatfläche 434,0 Hektar. Über den technischen Vorteil dieser Vergrößerung darf nicht übersehen werden, daß dadurch der das Kollektiv beseelende Geist eine dem eigentlichen Sinn der Kollektivierung widersprechende Änderung erfahren hat. Heute gehören zu einem Kollektiv durchschnittlich 70 Familien. Diese Zahl ist schon zu groß, um für eine so intensive Gemeinschaft die notwendige genossenschaftliche Harmonie zu gewährleisten. Von Ausnahmen abgesehen, können solche Kollektive nur durch Zwang in Frieden und überhaupt am Leben gehalten werden. Genossenschaftlicher Geist aber wird durch den Zwang ertötet.

Eine Übertreibung war es auch, daß in dem genannten Jahr die Kollektivierungspolitik — weniger an der Zentrale wie bei den örtlichen Machthabern — auf die höchste Form, die landwirtschaftliche Kommune, gerichtet war. Die Kommune ist im Unterschied von der Bodengenossenschaft eine die ganze Landwirtschaft erfassende Produktivgenossenschaft und über das Artel' hinausgehend zugleich eine Lebensgemeinschaft, die sich auf Wohnung, Speisung und grundsätzlich auch auf die Kindererziehung erstreckt. Sie entspricht dem kommunistischen Ideal, da sie nicht nur den Betrieb, sondern auch den Menschen umformen will. Die Kommune aber ist es, die mit ihrer Einengung des Individuallebens mit ihrer familienzerstörenden Wirkung und ihrem religionsfeindlichen Geist der großen Masse der Bauern besonders verhaßt war. Mit Rücksicht auf die politische Spannung im Dorfe rügte Stalin am 2. März auch

diese Übertreibung. Als diejenige Form, die einstweilen vorherrschen sollte, bezeichnete er das Artel'. Im Artel' wird nicht nur der Ackerbau, sondern grundsätzlich auch die sonstige Bodennutzung und die Viehzucht kollektivistisch betrieben. Den Bauern wurde aber durch eine zugleich vorgeschriebene „Mustersatzung“ des Artels gestattet, etwas Gemüseland, auch einiges Kleinvieh und vor allem eine Kuh für die eigene Hauswirtschaft zu behalten. Widerstand und Unzufriedenheit der Bauern wurden durch diese Maßnahme sehr abgeschwächt. Während bis 1928 die Bodengenossenschaften in der Kollektivierungsbewegung immer stärker überwogen, ging jetzt die Vorherrschaft schnell auf das Artel' über. Der Anteil der Bodengenossenschaften an der Gesamtzahl der Kollektive sank von 59,8 v. H. i. J. 1928 auf 4,7 v. H. 1931; auch der prozentuale Anteil der Kommunen ging zurück: von 5,4 auf 3,6 v. H. Dagegen hob sich der Anteil der Artele von 34,8 auf 91,7 v. H.; in einzelnen Gebieten, z. B. an der mittleren Wolga stieg der Prozentsatz der Artele schon 1931 auf 96 v. H., und heute dürfte er in der ganzen Union auch über diese Ziffer noch hinausgehen. Das Endziel der Kollektivierung aber bleibt die Kommune; Jakowlew, der Landwirtschaftskommissar der Union, erklärte im Sommer 1932 (Pravda vom 15. Juli 1932): „Die Kollektive werden das Stadium des landwirtschaftlichen Artels unzweifelhaft in einer Reihe von Jahren zurücklegen.“

Organisatorisch stellt die Kollektivierung eine viel schwierigere Aufgabe dar als die Verstaatlichung etwa in der Form der Getreidegroßbetriebe. Der Betrieb ist nicht einseitig auf bestimmte Bodenkulturen gerichtet, sondern umfaßt sämtliche Bodennutzungen und im organischen Zusammenhang damit die Viehzucht. Vor allem aber ergeben sich größere Schwierigkeiten bezüglich der Arbeitsverfassung. Die Arbeitskräfte in den Kollektiven sind nicht Lohnarbeiter wie in den Staatsbetrieben, sondern nominell „Genossen“, noch dazu bis vor kurzem größtenteils selbständige Bauern. Das wichtigste Problem war daher die Frage, wie diese innerlich widerstrebenden Menschen zu bewegen seien, ihre volle Kraft für das Kollektiv herzugeben.

1931 setzten ähnlich wie in der Industrie energische Reformversuche ein. Voran ging die Entsendung von 25 000 politisch zuverlässigen Industriearbeitern in die Kollektive, um für die Durchführung des Parteiwillens zu sorgen und die Bauern bolschewistisch zu erziehen. Ein organisatorischer Fortschritt wurde dadurch angestrebt, daß die Kollektive in Gruppen („Brigaden“) eingeteilt wurden. Das Schwergewicht der Reform lag in der Veränderung der Artelverfassung bezüglich der Entlohnung und Verteilung des Ertrages durch Dekret vom 26. März. Während anfänglich die Kollektive dazu neigten, brüderliche Gleichheit walten zu lassen und später zwar mehr und mehr den Lohn nach der Leistung staffelten, aber doch jedem Mitglied ein Existenzminimum gewährten, wurde jetzt gemäß dem Grundsatz „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ befohlen, daß der Arbeitslohn unter Berücksichtigung

der Dauer und Qualität der Leistung und der Schwierigkeit und Wichtigkeit der Arbeit genau berechnet werde. Der Arbeitsverdienst ist nicht in Geld, sondern in Tagewerken (Trudodni) auszudrücken. Der Ertrag der Artelwirtschaft, soweit er nicht für Zwecke des Kollektivs zurückzulegen oder an den Staat abzuliefern ist, wird auf die Mitglieder nach der Zahl ihrer Tagewerke verteilt.

Auch auf die Betriebsführung übte der Staat einen immer größeren Zwang aus; vor allem standen ihm hierzu die Maschinen-Traktorenstationen zu Gebote.

Den Charakter freier Genossenschaften, von dem man 1927 noch mit gewisser Einschränkung sprechen konnte, haben die Kollektive seitdem gänzlich verloren. Die Bauern sind in Landarbeiter verwandelt, die sich von den Arbeitern der Sowchose bezüglich der Vergütung dadurch unterscheiden, daß die Kollektivmitglieder nicht auf festen Lohn rechnen können, sondern von dem Ertrag des Betriebes abhängig sind. Ihrer Freizügigkeit sind die Bauern in den Kollektiven beraubt; formell haben sie zwar das Recht des Austritts; sie haben dann aber zu befürchten, als Feinde der Rätewacht angesehen zu werden, und nach dem Dekret vom 3. September 1932 haben sie auch rechtlich keinen Anspruch mehr auf Rückgabe von Land. Nur aus unbenutzten staatlichen Territorien dürfen sie wieder mit Land ausgestattet werden. Die Unfreiheit der kollektivierten Bauern kommt auch zum Ausdruck in dem Verhalten des Staates zum Aufsuchen von Wanderarbeit, wonach bei dem großen Überschuß von Arbeitskräften in den Kollektiven dringendes Bedürfnis besteht. 1929 und 1930 hatte der Staat ein großes Interesse daran, diese Bewegung zu unterstützen; damals waren die Ernährungsbedingungen im Kollektiv günstiger als in der Industrie. Infolgedessen fand starkes Abströmen aus der Industrie zum Lande statt. Durch Verträge zwischen den Trusts der Industrie, des Bergbaus, der Holzgewinnung einerseits und den Kollektivverbänden andererseits wurden die Kollektive zur Stellung von Arbeitskräften verpflichtet. Später dagegen, als in den Kollektiven der Hunger herrschte und die Flucht vom Lande einsetzte, suchte der Staat in umgekehrter Richtung zu wirken.

In der Kollektivierungspolitik ist die Hauptursache der traurigen Gesamtlage der Landwirtschaft zu erblicken. Mit Unrecht spricht die Räteregierung von einem großen Erfolg, indem sie für den Zeitraum 1928—1932 eine Erweiterung der Anbaufläche um 21,4 Mill. Hektar (nach der Tabelle 19 22,4 Mill. ha) behauptet. Beiläufig bemerkt ist die amtliche Statistik bemüht, diesen Zuwachs dadurch in ein um so helleres Licht zu stellen, daß sie die Vorkriegs-Saatfläche neuerdings viel niedriger angibt, als bisher; während nach früheren Berechnungen der Sovetstatistik die gesamte Saatfläche von 1913 innerhalb des Gebietes der Räteunion auf 114, auch 117 Mill. ha und die Getreidefläche auf 103 Mill. ha angegeben wurde, wird jetzt ohne Begründung die gesamte Saatfläche auf 105,0

und die Getreidesaatfläche auf 94,36 Mill. ha verkleinert¹⁴). Der statistische Flächengewinn im Zeichen der Fünfjahrplanperiode ist als wirklicher Fortschritt nicht zu bezeichnen. Abgesehen davon, daß die statistische Methode mit ihren fünftägigen Meldungen von sehr zweifelhaftem Wert ist, haben die Saatkampagnen seit dem Herbst 1929 unter scharfem Druck der Partei gestanden, woraus sich erklärt, daß der Quantität auf Kosten der Qualität nachgejagt wurde. Auf die vielfachen Mängel der Ackerbestellung soll hier nicht näher eingegangen werden; sie offenbaren sich u. a. in beispielloser Verunkrautung, wodurch z. B. das ehemalige Gouvernement Kiev jährlich etwa 30 v. H. des Ertrages einbüßt (Soc. Zeml. vom 4. Juni 1933). Vor allem ist hervorzuheben, daß ein großer Teil der Saaten sich sehr verspätet hat, teilweise mit der Wirkung, daß das Saatgut sozusagen weggeworfen wurde. Jede Wintersaatkampagne hat sich seit dem Herbst 1929 bis Ende November und jede Frühjahrssaatkampagne bis Ende Juni hingezogen. Auch 1932 und selbst im Sommer 1933 ist dies der Fall gewesen, obgleich sich 1931 die ungünstigen Wirkungen verspäteter Saaten auf das deutlichste zeigten. Nach dieser Erfahrung wurde die Einhaltung der Schlußtermine mit größter Strenge, aber bisher erfolglos anbefohlen. Eine Einzelnachricht möge dies illustrieren: 1932 wurde in dem landwirtschaftlich sehr wichtigen Uralgebiet bis Ende Juni gesät, und, was besonders hervorzuheben ist, der größte Teil der Saatfläche wurde erst in den letzten Wochen der Saatzeit bestellt. Die Zeitung (Soc. Zeml. vom 9. Mai 1933) fügt hinzu: „Auf die späte Aussaat ist auch der geringe Ernteertrag in einer Reihe von Rayons zurückzuführen; die Regierung war dadurch gezwungen, dem Uralgebiet mit Saatgut und sogar mit Getreide zu Konsumzwecken auszuweichen.“ Den Gesamtziffern der Anbaustatistik kommt infolge der Verspätung daher nur sehr bedingter Wert zu. In der Tabelle 20 ist der Versuch gemacht, die Anbaustatistik auf die rechtzeitig besäte Fläche zu reduzieren. Wie in der Bemerkung zu dieser Tabelle näher ausgeführt ist, wird man etwa das Richtige treffen, wenn die Zahlen der Anbaufläche vom 1. Oktober und 10. Juni zugrunde gelegt werden. Nimmt man an, daß vor Beginn der neuen Sozialisierungspolitik, also noch im Jahre 1927/28, die Saatkampagne normal und daher in der Hauptsache rechtzeitig verlief, so ergibt sich, daß die rechtzeitig bestellte Saatfläche in dem Zeitraum von 1927/28 bis 1931/32 von 10,8 Mill. ha auf 117,4 Mill. ha gesunken ist; dieses Ergebnis kann bei der notorischen Tatsache der immer mehr verschärften Getreidekrise nicht überraschen.

Aber auch aus anderen Gründen bedürfen die Gesamtzahlen der Anbaustatistik einer näheren Prüfung. Wie in der Anmerkung 4 zu Tab. 19 hervorgehoben ist, werden heute für die Jahre 1927/28 und 1928/29 für das Wintergetreide die Ernteflächen eingesetzt,

¹⁴) Zuzolge der im Spätsommer 1933 erschienenen Schrift „Ergebnisse der Erfüllung des ersten fünfjährigen Planes der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR (russisch) S. 263.

die infolge umfangreicher Auswinterung viel geringer waren als die Saatflächen; dagegen werden für die letzten Jahre die Saatflächen angegeben. Die wirkliche Saatleistung betrug 1927/28 120,8 Mill. Hektar, sodaß 1931/32 nicht ein Zuwachs von 21,4 (bzw. 22,4) Mill. ha, sondern nur von 14,6 Mill. ha zu verzeichnen war. Von diesem Zuwachs entfallen 4,7 Mill. ha auf den Anbau von Gräsern, der zu großem Teile, wie durch manche Nachrichten bezeugt wird, nicht eine Verbesserung der Fruchtfolge, sondern rückschrittliche Extensivierung bedeutet oder als Vortäuschung neuen Anbaues auszulegen ist. Schließlich sei daran erinnert, daß an der Saatfläche des letzten Jahres der Korntrist mit über 4 Mill. ha beteiligt war, die größtenteils der Pflugkultur neu unterworfen waren. Es steht daher auch ohne Berücksichtigung der Frage der Rechtzeitigkeit fest, daß die bäuerliche Anbaufläche in der Fünfjahrplanperiode nicht außergewöhnlich gestiegen ist. Von wie zweifelhaftem Wert dieser Zuwachs war, geht übrigens auch daraus hervor, daß im ersten Jahre des zweiten Fünfjahrplanes (1933) eine Wiedereinschrumpfung der Anbaufläche um 5,6 Mill. ha eingetreten ist.

Anders liegt es bei den sog. technischen Kulturen. Im Interesse der Industrialisierungspolitik und der Bilanz des auswärtigen Handels wurde deren Erweiterung mit besonderem Nachdruck betrieben. Vor allem gilt dies für Zuckerrüben, Flachs und Baumwolle. Nach der amtlichen Schrift über die Ergebnisse der Fünfjahrplanperiode betrug die Saatfläche:

	Zuckerrüben	Spinnflachs	Baumwolle
1913	650 000 ha	925 000 ha	690 000 ha
1928	770 000 ha	1 360 000 ha	971 000 ha
1932	1 500 000 ha	2 500 000 ha	2 100 000 ha

Das Interesse an der Vergrößerung dieser Kulturen war sowohl bei den Einzelbauern wie auch bei den Kollektiven recht zweifelhaft, da der Ertrag dieser Kulturen größtenteils nur durch Ablieferung an die staatlichen Organe zu den vorgeschriebenen Preisen verwertet werden kann. In Turkestan, dem wichtigsten Baumwolllande, kommt noch hinzu, daß das entlegene Gebiet durch die Ausdehnung der Baumwollpflanzungen auf Kosten des Getreidebaues im Rahmen der durch den Wasservorrat beschränkten Oasenkultur in seiner Brotversorgung von der Zufuhr aus dem europäischen Rußland oder aus Sibirien abhängig geworden ist.

Die Ausdehnung der technischen Kulturen brachte bei weitem nicht den erhofften Ertrag. Die Erweiterung der Saatfläche ließ sich mit Hilfe von Maschinen leichter erreichen als die Sicherstellung der notwendigen Arbeitskräfte für die Pflege und Aberntung dieser gerade hierin sehr anspruchsvollen Kulturen. Beispielsweise steckte 1931 noch am 5. November die Hälfte der Rüben in der Erde. Der Ertrag an gereinigter Baumwollfaser vom Hektar betrug 1915 4 dz, dagegen 1930 nur 2,1 und 1931 1,9 dz (Soc. Zeml. vom 17. Februar 1932). Daß es mit dem Ertrage der Baumwolle heute ungünstig

steht, geht — auch unter Berücksichtigung des Außenhandels — daraus hervor, daß die Baumwollindustrie trotz der gewaltigen Vermehrung der Anbaufläche Mangel an Rohstoff empfindet und aus diesem Grunde ihre Produktion unter dem Fünfjahrplan nicht vergrößern konnte.

Verheerend hat die Kollektivierungspolitik auf den Viehstand gewirkt. Es ist bekannt, wie die verbitterten Bauern im Winter 1928/29 ihr Vieh zum großen Teile abschlachteten und in manchen Gegenden sogar der Vernichtung preisgaben, um es nicht dem verhaßten Kollektiv zugute kommen zu lassen. Dieses Motiv spielte auch bei der zweiten Welle der Massenkollektivierung im Winter auf 1931 mit. Dazu trat die Nahrungsnot, die für das Dorf seit 1931 immer bitterer wurde, und im Landwirtschaftsjahr 1931/32 auch der Mangel an Grünfutter. Die Jungviehzucht wurde aus diesen Gründen von den Bauern außerordentlich eingeschränkt, teilweise auch deshalb, weil sie zu befürchten hatten, daß die aufgezogenen Tiere zu niedrigen Preisen an den Staat abgeliefert oder unentgeltlich in die Gemeinschaftsherde des Kollektivs abgegeben werden mußten. Nach amtlichen Angaben berechnet der Landwirtschaftliche Sachverständige bei der Deutschen Botschaft in Moskau Dr. Schiller (vgl. Tab. 21), daß in der Zeit von 1928—1932 der Bestand an Rindvieh von 70,5 auf 29,2, von Schweinen von 26,0 auf 10,1 und an Schafen von 133,31 auf 47,0 Millionen gesunken ist. Der Fünfjahrplan hatte dagegen eine Vermehrung des Nutztviehstandes um 33,7 v. H. vorgesehen. Hinzu kommt, daß auch die Beschaffenheit der Tiere sich sehr verschlechtert hat und die Ansätze zur Hebung der Zucht in dem Chaos der letzten Jahre größtenteils vernichtet worden sind. Auch der Bestand an Arbeitsvieh ist auf die Hälfte oder darunter gesunken, während der Fünfjahrplan auch hier eine Vermehrung um 33,7 v. H. anstrebte. Die 150 000 Traktoren, die im vorigen Jahre der Landwirtschaft zur Verfügung standen, bei weitem aber nicht in vollem Maße ausgenutzt wurden, konnten den Millionenverlust an Spannvieh (Pferden, Ochsen und Kamelen) nicht ersetzen. Dr. Schiller berechnet¹⁵⁾, daß sich der Zugkraftbestand der russischen Landwirtschaft von 1928 bis 1932 insgesamt um die Hälfte vermindert hat.

Die Wiederhebung der Viehzucht ist wirtschaftlich und politisch zur dringendsten Frage des Rätebundes geworden; die Hoffnung wurde auf die Sozialisierung gesetzt (vgl. Tab. 21 b, c und d). Der Staat ging im Jahre 1930 mit der Schaffung zahlreicher Großbetriebe voran. Bald danach begann die Bildung von Viehfarmen in den Kolchosen. In den Artelen ging die kollektivistische Viehzucht neben der geringen Viehhaltung der einzelnen Mitglieder einher. In großem Umfange aber wurde, der vorgeschriebenen Artelsatzung zuwider, den Mitgliedern die einzige Kuh weggenommen, um die Herde der Farm um so schneller anwachsen zu lassen. Im übrigen sorgte der staatliche Beschaffungsapparat dafür, daß das bäuerliche Vieh in

¹⁵⁾ „Die Krise der sozialistischen Landwirtschaft in der Sowjetunion“ (Berlin 1933) S. 50.

großem Umfange dem sozialistischen Sektor zugeführt wurde. Für 1932 wurde angesichts der hervorgetretenen Mißstände angeordnet, daß dieser Sektor sich künftig in erster Linie auf der Grundlage der eigenen Zucht entwickeln sollte. Das Ergebnis war, daß der Bestand in den Viehzuchtsovchozen im Laufe des Jahres 1932 stark gesunken ist. Abgesehen von dem staatlichen Schafzuchttrust (Ovzevod), der schon vor 1928 bestand, sind die Herden der staatlichen und kollektivistischen Viehzuchtbetriebe in der Hauptsache auf Kosten der früheren bäuerlichen Individualwirtschaft entstanden. Die Millionenziffern dieser Betriebe ändern an dem oben angegebenen Gesamtrückgang der Viehzucht nichts. Immerhin fällt für den Staat schon jetzt in die Wagschale, daß er über die Bestände der sozialistischen Betriebe ohne weiteres verfügen kann. Namentlich kommt dies denjenigen Gruppen der Bevölkerung zugute, auf deren Kraft und Zufriedenheit der Staat besonderen Wert legt. Vielleicht wird daher die Weiterentwicklung des sozialistischen Sektors wenigstens der industriellen Arbeiterschaft schon bald eine bessere Versorgung bringen.

Vom landwirtschaftlichen Standpunkt zeigen die staatlichen und kollektivistischen Viehzuchtbetriebe große Mängel, wie dies auch amtlich immer wieder anerkannt wird. Trotzdem ist unter den Verhältnissen Rußlands der Gedanke staatlichen oder genossenschaftlichen Betriebes nicht gänzlich verfehlt. Bei der großen Masse der Bauern befand sich die Viehzucht geradezu in kläglichem Zustand. Vor Beginn der Fünfjahrplanperiode habe ich in manchen Staatsbetrieben und Kommunen einen guten Eindruck von der Viehzucht gehabt. Unter den damaligen Verhältnissen konnten diese Großbetriebe eine starke erzieherische Wirkung auf die bäuerliche Viehzucht ausüben. Durch die Überstürzung und den angewandten Kollektivierungszwang ist diese Wirkung einstweilen gestört worden. Ich halte es aber nicht für ausgeschlossen, daß sich die sozialistische Viehzucht im Laufe der Jahre heben wird. In den übersichtlichen Räumen der Ställe ist der Wille des Staates leichter durchzusetzen, als auf den weiten Flächen des Ackerbaues. —

Wie in der Zeit des Kriegskommunismus, so ist auch jetzt das Absinken der Landwirtschaft und der Nahrungsmangel des Volkes hauptsächlich auf die Kollektivierungspolitik zurückzuführen. Die Stadt leidet vor allem unter dem Zusammenbruch der Viehzucht. Die Größe des Mangels an Fleisch, Milch usw. geht aus einer Planziffer für 1932 hervor. Den staatlichen und kollektivistischen Viehzuchtbetrieben, die etwa 50 v. H. des Gesamtbedarfes decken sollten, wurde eine Lieferung von 344 200 t Fleisch und 1 923 000 t Milch auferlegt. Das waren nur 14 bzw. 16 v. H., einschließlich der individualbäuerlichen Viehzucht nur 30 v. H. von den Endziffern des Fünfjahrplanes, wonach die Marktproduktion von Fleisch 2 410 000 t, von Milch 12 180 000 t betragen sollte. Dabei ist, soweit aus Einzelangaben geschlossen werden darf, jener Plan bei weitem nicht erfüllt worden.

Die Notlage der Stadt drückt sich deutlich in den Preisen für die Lebensmittel auf dem freien Markte aus. Ende 1932 kostete ein Liter Milch 2—4 Rubel, ein Kilogramm Butter 25—50 Rbl., ein Kilogramm Rindfleisch 7 Rubel und darüber. Auch die amtlich festgesetzten „kommerziellen“ Preise bezeugten die Teuerung. Die Höchstpreise für Fleisch erster Sorte wurden auf 5,40 Rbl. festgesetzt (Ekon. Žisn'. vom 5. Februar 1933). Selbst aber die Arbeiter-versorgungsabteilungen der Fabriken sehen sich oft genötigt, einen viel höheren Preis anzulegen; so wurden im Februar für eine Fabrik 1075 kg Fleisch für 8248 Rbl. gekauft, wobei für 1 kg Schweinefleisch 10,12 Rbl. und für 1 kg Rindfleisch 6,50 Rbl. gezahlt wurden (Ekon. Žisn'. vom 21. März 1933). Aber auch die Zerealien waren von der Teuerung ergriffen worden. 1 Pfd. Brot (400 g) kostete an vielen Orten 6—7 Rbl. Der Preis für 1 Pud Kartoffeln (16 kg) stieg im Süden und Südosten bis 50 und sogar bis 70 Rbl. An manchen Orten, z. B. in Orenburg und Mariupol, wurden Kartoffeln nach Stück verkauft; eine Kartoffel von mittlerer Größe kostete 1 Rbl. Sehr begehrt war Kartoffelschale, die getrocknet zur Beimengung beim Brotbacken gemahlen wird; für einen Eimer Kartoffelschale wurden z. B. in Mariupol 6 Rbl. gezahlt.

Für die werktätige Bevölkerung der Stadt, insbesondere für die Fabrikarbeiter waren die Preise vegetabilischer Nahrungsmittel auf dem freien Markte nicht allzu empfindlich, da sie auf ihre Bezugsbücher beträchtliche Mengen von Brot — allerdings von durchschnittlich schlechter Beschaffenheit — zu niedrigen Preisen, z. B. zu 8 Kop. für 400 g erhielten. Im Vergleich zu den anfänglichen Sätzen wurde die Tagesration verringert. Schwerarbeiter empfingen Ende 1932 700—750 g, während nichtarbeitende Frauen und Kinder nur 200 oder 250 g zu beanspruchen hatten. An Milch und Fleisch, auch an vegetabilischem Öl wurden auch an die Arbeiter nur minimale Mengen abgegeben. Die Arbeiter halfen sich dadurch, daß sie Brot zu hohen Preisen verkauften und hierfür Kraftnahrungsmittel auf dem freien Markte beschafften. Trotzdem wäre eine Katastrophe in der Ernährung der Arbeiter eingetreten, wenn die Regierung sich nicht entschlossen hätte, durch besondere Veranstaltungen das Schlimmste abzuwenden. Hierzu dienten die „geschlossenen Verteiler“, die in den einzelnen Betrieben zur Versorgung der Angehörigen besonders mit „Defizitwaren“ eingerichtet wurden, und vor allem die „gesellschaftliche Speisung“. Nach der Pravda vom 19. Juni 1932 war die Zahl der auf diese Weise mit Mittagessen versorgten Arbeiter von 240 000 i. J. 1928 auf 10 400 000 gestiegen; Ende 1932 sollten 16 200 000 Personen erfaßt werden. Im Sommer 1932 waren dieser Nachricht zufolge 50 v. H. der gesamten städtischen Bevölkerung, 70 v. H. aller Arbeiter und ungefähr 90 v. H. der Arbeiter der führenden Industriezweige beteiligt. Die Qualität dieser Speisung konnte allerdings unter den obwaltenden Umständen nur äußerst dürftig sein, sodaß auch diese Bevölkerungsgruppen zu erheblichem Teile auf den freien Markt angewiesen blieben.

Die hohen Preise für Lebensmittel stehen in starkem Mißverhältnis zu den Löhnen. Diese sind nur in sehr geringem Maße der Teuerung gefolgt. Wenn 1928 die Löhne für ungelernete und für Arbeiter jeglicher Kategorie je nach dem Orte sich meistens zwischen 40 und 150 Rbl. hielten, so bewegten sie sich Ende 1932 etwa zwischen 70 und 200 Rbl. Ein verheirateter Unterbeamter in einem inneren Bezirk, der nicht zu den eigentlichen Hungergebieten gehörte, bezog im Sommer 1932 ein Gehalt von 46 Rbl., von denen noch 8 Rbl. für Steuer, Anleihe und sonstige Beiträge abgingen. Nur durch heimliche Zuwendungen aus dem benachbarten Kollektiv war er vor Hunger geschützt. Überhaupt ist es nur aus der Benutzung illegaler Quellen zu begreifen, daß ein derartiges Mißverhältnis zwischen Preis und Lohn ertragen werden konnte.

Eine viel schlimmere Not hat das Dorf ergriffen. Seit 1929 wurde jahraus jahrein die Getreideernte amtlich stark überschätzt und demgemäß zuerst den individualwirtschaftlichen Bauern, und als die Kollektivierung vorgeschritten war, auch den Kollektiven eine viel zu große Ablieferung zugemutet. Aus der Getreideernte von 1931, die sich nach den amtlichen Angaben auf etwa 71 Mill. t berechnete, wurden 23 Mill. t abgeliefert, sodaß dem Dorf nur 48 Mill. t verblieben, während ihm 1927/28 bei einer um 7 Mill. geringeren Landbevölkerung etwa 66 Mill. belassen wurden; der Fünfjahrplan hatte dem Dorf für das Schlußjahr 84 Mill. versprochen. Diese Politik ermöglichte der Regierung, die Getreideausfuhr 1931 auf die Rekordziffer von 5,2 Mill. dz zu bringen¹⁶⁾. Auch auf die Erzeugnisse der bäuerlichen Viehzucht legte der Staat immer schwerer seine Hand. Die Hungersnot, die in vielen Gebieten schon im Winter auf 1932 ausbrach und im Winter auf 1933 zu einer unerhörten Katastrophe geführt hat, wäre nicht eingetreten, wenn der Staat das Dorf nicht derart ausgepreßt hätte. Es muß hervorgehoben werden, daß selbst in dem Hungerjahr 1932/33 der Staat die hohen Ablieferungen nicht nur für die Ernährung der Stadt, sondern auch zum Zwecke der Ausfuhr forderte. Trotz des massenhaften Hungersterbens wurden im ersten Halbjahr 1933 noch 353 744 t Getreide aus der Union ausgeführt!

Der Ablieferungszwang für die Bauern ist um so empfindlicher, als der Staat Preise zahlt, die ungefähr der Vorkriegshöhe entsprechen und in grellem Mißverhältnis zu den Preisen des freien Marktes und auch zu den Preisen für die Bedarfsartikel der Landwirtschaft stehen. Bis zum Frühjahr 1932 war der Verkauf von Agrarerzeugnissen auf dem freien Markt streng verpönt. Das damalige System der Lieferungsverträge („Kontraktazija“) lief praktisch darauf hinaus, daß sowohl die Kollektive wie auch die Individualbauern ihre gesamten Erzeugnisse, soweit sie nicht in der Wirtschaft verblieben, an den Staat zu einem Spottpreis abgeben

¹⁶⁾ Vgl. meinen Aufsatz über „Die Wirtschaftslage der Sowetunion im Sommer 1932“ in der Zeitschrift „Osteuropa“, 1932, S. 644 ff.

mußten. Das Ablieferungssystem wirkte auch insofern schädlich, als es das Interesse der Individualbauern und Kollektive an der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion lähmte. Zur Wiederbelebung dieses Interesses ist die Regierung durch Dekrete vom 19. und 27. Januar 1933 von dem Vertragssystem dazu übergegangen, dem Bauern eine feste Ablieferung aufzuerlegen, die zu den niedrigen Zwangspreisen zu erfolgen und daher den Charakter einer Naturalsteuer hat; was nach Zurückstellung von Saat und Futtergetreide sowie einer weiteren Reserve als Überschuß verbleibt, darf der Bauer auf dem freien Markt zu hohen Preisen verkaufen. Im Verlauf des Landwirtschaftsjahres 1932/33 konnte das neue System dem Bauern nur eine geringe Erleichterung bringen. Die Ablieferungsnorm war so hoch festgesetzt, daß den Bauern im allgemeinen viel zu wenig verblieb; für diejenige Kollektive, die von einer MTS bedient wurden — und das ist heute die Mehrzahl —, tritt noch eine Abgabe von 20 v. H. des Erdrusches an die Station hinzu. Prof. Prokopovič hat berechnet (Prager Bjuulleten' Nr. 103, April 1933), daß in solchen Kollektiven die gesamte Getreideabgabe im Verhältnis zu der Durchschnittsernte der Jahre 1928—1930 in den wichtigsten Gebieten 43—52 v. H. beträgt; für die Kollektive, die auf ihre eigene Spannkraft angewiesen sind, bewegt sich die Ablieferungsnorm in denselben Gebieten zwischen 29—38 v. H. Für die bäuerlichen Individualwirtschaften ist die Ablieferungsnorm noch um 5—10 v. H. höher als für die Kollektive, obgleich jene nach amtlicher Behauptung viel weniger von der Flächeneinheit ernten und tatsächlich bei der heutigen Agrarpolitik unter sehr viel ungünstigeren Bedingungen arbeiten; dabei betrug ihre Anbaufläche 1932 durchschnittlich nur 1,98 ha. Zu diesen Ablieferungen tritt noch eine in Natur zu leistende Mahlabgabe, die ungefähr 10 v. H. von der Getreideabgabe beträgt.

Auch für andere Erzeugnisse des Feldes sind hohe Naturalsteuern festgesetzt. Nach Berechnung von Prokopovič beträgt die Kartoffelsteuer für Kollektive, die einer MTS angeschlossen sind, 23—37 v. H. von der mittleren Ernte; an Sonnenblumen, die durch ihr Öl für die bäuerliche Küche sehr wichtig sind, müssen die Kollektive der eben genannten Art 36—73 v. H. abliefern. Drückend sind auch die Naturalsteuern an Fleisch gemäß dem Dekret vom 23. September 1932 sowie an Milch und Milcherzeugnissen nach dem Dekret vom 19. Dezember 1932. Die Individualbauern z. B. sollen vom 1. Oktober 1932 bis Ende 1933 40—50 kg Fleisch (Lebendgewicht) je Wirtschaft und 120—280 l Milch je Kuh (oder Butter und Käse entsprechend umgerechnet) abliefern. Die Bauern in den Kollektiven und die kollektivistischen Viehfarmen sind schwächer belastet. Die Normen wären erträglich, wenn der Viehstand nicht so zusammengeschmolzen wäre. Für die Hungergebiete aber, wo die Menschen in der letzten Zeit glücklich waren, wenn sie sich von Tierkadavern oder von Katzen und Hunden ernähren konnten, sind diese Forderungen absurd. Um trotzdem die Fleischabgabe zu er-

zwingen, sollen die säumigen Bauern oder Farmen mit einer Geldstrafe bis zum Preise des nicht gelieferten Teiles auf dem freien Markt und mit der Wegnahme des abzuliefernden Viehs bestraft werden.

Die Hungersnot des letzten Winters und Frühjahrs, die nach vielen zuverlässigen Bekundungen ein weit größeres Sterben verursacht hat als die Hungersnot von 1921/22, ist der traurige Abschluß der Fünfjahrplanperiode. —

Wie kann Rußland die Agrarkrise überwinden? Die glücklichste Lösung wäre — offenbar auch nach Ansicht vieler Anhänger der „Rechtsopposition“ in der Sovet-Union —, wenn den Bauern die wirtschaftliche Freiheit zurückgegeben würde. Dies wäre gleichbedeutend mit der Auflösung vieler Zehntausende von Kollektiven, wobei freie genossenschaftliche Vereinigung in bedeutendem Umfang bestehen bleiben könnte. Ausländische Beurteiler sprechen oft die Ansicht aus, daß die Kollektivierung zu weit fortgeschritten sei, um wieder rückgängig gemacht zu werden. Wer dies behauptet, macht sich keine deutliche Vorstellung von der Einrichtung des Kollektivs und von der Beweglichkeit des russischen Bauern. Die Auflösung von Kommunen mit ihren zentralen Wirtschaftshöfen und ihren Wohnkasernen ist selbstverständlich nicht einfach; auf diese Form entfällt ja aber nur ein verschwindender Bruchteil der Kollektive. Die fast ausschließlich herrschende Form ist heute das Artel', bei dem das Dorf mit den Hofgebäuden der Kollektivbauern zum größten Teil erhalten geblieben ist. Die Aufteilung des Kollektivlandes unter die einzelnen Höfe würde den hieran aus früherer Zeit gewohnten Bauern keine Schwierigkeiten bereiten; große Viehfarmen würden in vielen Fällen, besonders da, wo gute Leiter vorhanden sind und Gutes geleistet wird, trotz der Rückkehr der Bauern zu stärkerer individualistischer Viehzucht bestehen bleiben können. Befreiung der Bauern würde sehr bald die Landwirtschaft gesunden und erstarken lassen, vielleicht in solchem Grade, daß sie die Unterbilanz der sozialistischen Industrie und auch der landwirtschaftlichen Staatsbetriebe, insbesondere der in den letzten Jahren entstandenen Getreidelatifundien und Viehzuchtgroßbetriebe tragen könnte.

Für Stalin aber gibt es kein „Zurück“. In seiner Rede vom 7. Januar 1933 erklärte er: „Jetzt ist die Frage nicht mehr: Sein oder Nichtsein der Kolchose, — diese Frage ist bereits positiv gelöst. Die Kolchose haben festen Fuß gefaßt, und der Weg zu der alten individualistischen Wirtschaft ist endgültig versperrt.“ Die Hungerkatastrophe wird von der Parteileitung und Regierung geleugnet; wohl aber erkennt Stalin in jener Rede an, daß von den mehr als 200 000 Kollektiven einstweilen nur einige Tausende rentabel sind. Den Grund der bisherigen Mißerfolge erblickt er nicht im System, sondern in dem Versagen der Menschen, die teils durch Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit, teils durch Unehrllichkeit und Böswilligkeit das Werk schädigen. Durch Verschärfung des Zwangs- und Terrors sucht er seinen Willen durchzusetzen. Durch Dekret

vom 30. Januar 1933 wird angeordnet, daß in allen Kollektiven Fruchtfolgen eingeführt werden und daß die Befolgung der agronomischen Vorschriften „künftig nicht mehr Privatangelegenheit der einzelnen Kollektive“ sei; nicht nur für die Kollektive, sondern auch für die Einzelbauern wird bestimmt: „In jedem Rayon hat das Vollzugskomitee unter Bestätigung durch die landwirtschaftliche Behörde des Gaus obligatorische agronomische Vorschriften für sämtliche Kolchose, Kolchosbauern und Individualbauern zu erlassen; die Nichtbefolgung ist zu bestrafen.“ Um die Bauern zu zwingen, Getreide in dem vom Staat befohlenen Umfang anzubauen, bestimmt ein Dekret vom 20. Januar 1933, daß keine Verminderung der je Hektar abzugebenden Getreidemenge eintreten solle, wenn im Frühjahr 1933 die Saatfläche hinter dem festgesetzten Plan zurückbleibe. Ein drakonisches Dekret erfolgte am 7. August 1932, wonach Entwendung von Kolchoseigentum mit Erschießen und Konfiskation des ganzen Vermögens, bei mildernden Umständen mit Freiheitsentziehung auf mindestens zehn Jahre und gleichfalls Vermögenskonfiskation zu bestrafen ist. In einer großen Zahl von Fällen berichtet die Sovetpresse von der tatsächlichen Verhängung und Vollziehung dieser Strafen. Ein großer Teil der Bauern und auch eine sehr große Zahl werktätiger Stadtbewohner waren daher im Winter und Frühjahr dieses Jahres vor die Frage gestellt, ob sie den Tod durch Verhungern erleiden oder die Gefahr der Erschießung auf sich nehmen sollten.

Auch an 65 Männern, die eine leitende Stellung in der Landwirtschaftsverwaltung einnahmen, wurde ein Exempel statuiert. Laut Mitteilung der Pravda vom 12. März 1933 wurden 35 Personen erschossen, 22 zu je 10 Jahren Kerkerhaft und 18 zu je 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Unter den Erschossenen befand sich ein stellvertretender Landwirtschaftskommissar der Union, auch ein Mitglied des Kollegiums dieses Kommissariats, ferner eine Reihe von Behördenleitern, die teilweise verdiente alte Parteimitglieder waren und als gute Fachmänner galten. Die Verbrechen, die ihnen zur Last gelegt werden, erinnern in ihrer Unglaubwürdigkeit an andere Schädlingsprozesse der letzten Jahre. Die Verurteilten sollen veranlaßt haben, daß Traktoren und Arbeitsmaschinen verdorben und vernichtet wurden, daß die Felder verunkrauteten, daß Maschinen-traktorenstationen angezündet, das Vieh vernichtet, Getreidevorräte der Kolchose gestohlen, die Saat-, Ernte- und Druscharbeiten desorganisiert wurden, — und dies alles in der Absicht, „den Wohlstand der Bauern zu vernichten und Hungersnot herbeizuführen“.

Der schlimmste Feind aber ist und bleibt für Stalin doch der Kulak. Die bäuerliche Oberschicht ist vernichtet. Stalin prägt daher für das Kulakentum einen neuen Begriff; in seiner Rede vom 11. Januar 1933 führt er aus, daß der Mangel der bolschewistischen Arbeit im Dorfe teilweise dadurch verursacht sei, daß viele Genossen das Kulakentum in seiner jetzigen Form nicht erkennen. „Der Klassenfeind wird außerhalb der Kollektivwirtschaften gesucht, er wird

unter den Leuten mit einer tierischen Physiognomie gesucht, mit großen Zähnen, mit dickem Nacken und mit einem Dolch in der Hand. Man sucht den Kulak, wie wir ihn von den Plakaten kennen. Aber solche Kulaken gibt es schon längst nicht mehr auf der Erde. Die Kulaken von heute und ihre Anhänger sind meistens „ruhige“, „süßliche“, beinahe „heilige“ Leute. Sie müssen nicht weit von der Kollektivwirtschaft gesucht werden, sie sitzen mitten in der Kollektivwirtschaft und bekleiden dort die Posten von Lagerhaltern, Wirtschaftsleitern, Rechnungsführern, Sekretären usw. Sie sagen nie: „Nieder mit den Kollektivwirtschaften“, sie sind „für“ die Kollektivwirtschaften. Aber sie leisten in den Kollektivwirtschaften eine solche Sabotage- und Schädlingsarbeit, daß das den Kollektivwirtschaften nicht gut bekommen kann.“

Die Krönung dieser auf Niederzwingung aller tatsächlich oder vermeintlich widerstrebenden Elemente gerichtete Politik ist die Schaffung „politischer Abteilungen“ bei den Maschinen-Traktoren-Stationen und den Sowjetgütern durch Dekret vom 11. Januar 1933. Aufgabe dieser staatlichen Organe ist die Beaufsichtigung der landwirtschaftlichen Arbeiten, Bekämpfung der Sabotage und der Kulaken, auch die Kontrolle der örtlichen Parteiorgane und ihrer Arbeit, da diese Organe oft mit ungenügender Strenge auf die Durchführung der staatlichen Verordnungen drangen und „dem Einfluß der feindlichen Elemente unterlagen“ (Izv. vom 13. Januar 1933).

Die Gesamtheit dieser Maßnahmen hat dem Anscheine nach ihre Wirkung nicht gänzlich verfehlt. Zwar bestehen die Mißstände zweifellos noch in großem Maße fort. Bezeichnend z. B. ist eine Nachricht aus dem früher in der Kollektivierung besonders vorangeschrittenen deutschen Rayon Groß-Liebental im Bezirk Odessa (Deutsche Zentral-Zeitung vom 20. September 1933): „Im Artel' Spartakus ist es zu einer katastrophalen Bresche gekommen. Die Ernte von 784 ha ist noch nicht gedroschen, auf 700 ha wurden die Ähren nicht nachgesammelt; auf 300 ha begann das Korn schon zu keimen. Von den 628 arbeitsfähigen Frauen kommen nur 35 zur Arbeit; infolge des Schnecken tempos bei der Aussaatkampagne wurden bis 17. September anstatt 1300 ha nur 609 ha besät. Statt 15 cm tief zu pflügen, wurde beschlossen, nur 5 cm tief zu pflügen.“ Im allgemeinen aber ergibt sich nach den vorliegenden Nachrichten doch der Eindruck, daß die Bauern in den Kollektiven trotz Unterernährung und Hungersnot durchschnittlich viel schärfer zur Arbeit herangezogen wurden, als in früheren Jahren. Von besonders sachverständiger Seite wird der gute Ausfall der diesjährigen Ernte, der in großen Gebieten der Union zu verzeichnen ist, nicht nur auf die Gunst der Witterung (reichliche Niederschläge), sondern auch auf bessere Arbeitsleistung zurückgeführt. Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, halte ich es für denkbar, daß die sozialistische Landwirtschaft Rußlands, die ja noch ganz in den Kinderschuhen steckt, sich im Laufe der Jahre verbessern wird. Fest aber bin ich überzeugt, daß sie trotz fortschrittlicher Entwicklung der freien

Privatwirtschaft bis in ferne Zeiten nicht ebenbürtig sein wird. Auch in Rußland würde eine sich frei entwickelnde bäuerliche Wirtschaft mehr leisten, als die sozialistische Betriebsform. Einem Vergleich der Kolchose und Sovchose mit der heutigen bäuerlichen Individualwirtschaft, die selbst im Zeichen der NEP gehemmt war und heute auf einen viel tieferen Stand herabgedrückt ist, kommt keine Beweiskraft zu. Freie Wirtschaft hat sich auf die Dauer in der Geschichte noch immer der unfreien als überlegen erwiesen. Der Bolschewismus erblickt in der mit der sozialistischen Form verbundenen Ausgleichung der Klassenunterschiede einen Vorzug; was an sonstigen ideellen Werten, an Schaffensimpulsen, an Faktoren der Persönlichkeitsbildung verloren geht, veranschlagt er gering. Ich stimme dem Worte Serings zu: „Der sozialistische Staat bringt zwar ein höheres Maß von Gleichheit, verschüttet aber die tiefsten Quellen materiellen, geistigen und seelischen Reichtums¹⁷⁾.“

*

Alles in allem hat die Fünfjahrplanpolitik Stadt und Land in große Not gebracht. Zwar ist auf industriellem Gebiete quantitativ viel erreicht worden; auch hat die Industrialisierungspolitik zweifellos in der Heranbildung einer technisch brauchbaren Arbeiterschaft viel geleistet. Die Kosten der industriellen Neuschöpfung stellen aber eine ungeheure Last für die Bevölkerung dar. Zu erheblichem Teile sind die neuen Werke mit wirtschaftlicher Vernunft nicht vereinbar.

Übrigens hat der Industrieplan auch quantitativ sein Ziel bei weitem nicht erreicht. Zu gewissem Teile ist dies durch den Rückgang der Ausfuhr verursacht, wodurch die Räteregierung in den letzten Jahren gehemmt wurde, in dem erwünschten Umfange Produktionsmittel und hervorragende Fachkräfte aus dem Auslande heranzuziehen. Nach dem Fünfjahrplan sollte die Ausfuhr auf das Zweieinhalbfache steigen; die tatsächliche Entwicklung war so, daß der Wert der Ausfuhr von 799,5 Mill. Rbl. i. J. 1928 zunächst bis 1930 auf 1036,4 Mill. stieg, um dann aber bis 1932 auf 563,9 Mill. zu sinken. Dabei ergab sich in dem genannten Zeitraum (1928 bis 1932) ein Passivsaldo der Handelsbilanz im Betrage von 561,6 Mill. Rubel. Teilweise erklärt sich diese rückläufige Entwicklung daraus, daß Rußland mit seiner Ausfuhr in die Weltwirtschaftskrise hineingezogen wurde; zu anderem Teile lag der Grund in dem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion.

Für die Landwirtschaft ist die Entwicklung unter dem Fünfjahrplan als katastrophal zu bezeichnen. Für die Volkswirtschaft im ganzen ist dies von entscheidender Bedeutung, da Rußland immer noch ein Agrarland ist. Stalin und Molotov erklärten zwar auf dem Kongreß im Januar 1933, daß die Räte-Union zu einem Industrie-

¹⁷⁾ Internationale Preisbewegung und Lage der Landwirtschaft in den außertropischen Ländern, Berlin 1929, S. 131.

staat geworden sei. In der Resolution des Zentralkomitees und der Zentral-Kommission der Partei vom 10. Januar 1933 heißt es, daß der Anteil der Industrie an der gesamten Produktion der Volkswirtschaft sich von 48 v. H. i. J. 1927/28 auf 70 v. H. i. J. 1932 gehoben habe. Eine derartige Rechnung, die auf der willkürlich weit gehaltenen Öffnung der Preisschere beruht, ist irreführend. Dies ergibt sich schon aus der Überlegung, daß die Arbeiterschaft in Industrie und Bergbau 1932 7 Mill. zählte, während die arbeitsfähige Bevölkerung auf dem Lande gegen 70 Mill. beträgt; auch wenn die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen nur fünfmal so groß ist, wie in der Industrie, so muß ihre Produktion die der Industrie in richtiger volkswirtschaftlicher Bewertung um ein Vielfaches übertreffen.

Der Hauptzweck alles Wirtschaftens ist die Hebung des Volkswohlstandes. Auch der Fünfjahrplan setzte sich zum Ziel, die Lebenshaltung der Bevölkerung, wenn auch nur in bescheidenem Maße, zu verbessern. Das Gegenteil ist eingetreten, sowohl bezüglich der Ernährung und Kleidung wie auch der Wohnung. Die ungünstigen Ernährungsverhältnisse der letzten Jahre mußten auch die Vermehrung der Bevölkerung hemmen. Auch in dieser Hinsicht ist der Fünfjahrplan nicht erfüllt worden. Die Bevölkerung sollte in dem Zeitraum 1. April 1928 bis 1. April 1933 von 151,3 Mill. auf 169,2 Mill. steigen. Die Statistik gibt dagegen für Anfang 1933 nur 165,7 Mill. an. Hierbei ist besonders hervorzuheben, wie die Jahreszunahme der Bevölkerung seit 1929, dem Beginn des Massenterrors, zurückgegangen ist. Die Vermehrung betrug 1927 3,4 Mill. und stieg 1928 auf 3,8 Mill.; dann sank sie 1929 auf 3,3 Mill. 1930 auf 2,9 Mill., 1931 auf 2,8 Mill. und 1932 auf 2,5 Mill. Wenn die sovietamtliche Statistik nach Ablauf von 1933 der Wahrheit die Ehre gibt, so wird die Wachstumsziffer dieses Jahres noch viel geringer sein.

STATISTISCHER ANHANG.

(Aus dem Archiv des Osteuropa-Instituts.)

Vorbemerkung.

Ein genaueres Studium der wirtschaftlichen Entwicklung der Sovet-Union ist ohne Berücksichtigung der Statistik nicht möglich. Wohl kann man ohne sie zu einem theoretischen Werturteil über die bolschewistische Wirtschaftspolitik gelangen, aber wenn es sich für ein anderes Land um die praktisch wichtige Frage des Wirtschaftsverkehrs mit der Sovet-Union handelt, sind statistische Daten, z. B. bezüglich der Produktion und des Außenhandels, schwer entbehrlich. Hinsichtlich der Produktionsziffern ist die Forschung fast ausschließlich auf die sovetaamtliche Statistik angewiesen. Dieser wird im allgemeinen kein hohes Vertrauen entgegengebracht; aus welchen Gründen, soll hier nicht näher besprochen werden; jedenfalls steht fest, daß sie sehr widerspruchsvoll ist, daß ihre Zahlen häufigen nachträglichen Änderungen unterliegen und schon durch diese Tatsachen die Statistik entwertet wird. Trotzdem muß sich die Forschung an sie halten, wenn sie sich nicht in ganz vagen Schätzungen ergehen will. Wer sich intensiv mit ihr beschäftigt und sie richtig zu benutzen weiß, wird ihr immerhin einen relativen Wert zuerkennen. Mögen die absoluten Zahlen erheblich von der Wirklichkeit abweichen, so lassen sie doch wohl die Tendenz der Entwicklung in ihrem Auf und Ab erkennen. Denn hervorzuheben ist, daß die Sovetstatistik nicht nur vom Emporklimmen der Produktion berichtet, sondern oft auch von Stagnation und Rückschlägen.

Die Statistik erstreckt sich in erster Linie auf die quantitative Seite der Produktion; bei der Benutzung der Zahlen muß sich die Forschung bewußt sein, daß die mengenmäßigen Ergebnisse nicht ausreichen zur Beantwortung der Frage, ob die Entwicklung als wirtschaftlich-sozialer Fortschritt oder Rückschritt zu beurteilen ist. Dazu bedarf es auch der Behandlung der qualitativen Seite, der Produktionskosten und eines Eingehens auf die Frage, ob die Entwicklung volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Diese Fragen sind statistisch teilweise überhaupt nicht, teilweise nur schwer erfaßbar, und im übrigen geht die Sovet-Statistik an systematischer Behandlung dieser Fragen vor der Öffentlichkeit vorüber. Auch ist hervorzuheben, daß die Produktionsstatistik hauptsächlich Industrie und Bergbau behandelt, die Landwirtschaft dagegen vernachlässigt. Die Rückwirkungen der Industrialisierung auf die Landwirtschaft sind aber gerade in den letzten Jahren äußerst nachteilig geworden, sodaß schon aus diesen Gründen die Industrieziffern für sich allein zur volkswirtschaftlichen Beurteilung nicht genügen. Die notwendigen Ergänzungen zur Industriestatistik können daher nur zu geringem Teile in tabellarischer Form geboten werden; in der Hauptsache müssen Abhandlungen die Lücke ausfüllen.

Aber auch die industrielle Entwicklung statistisch zu verfolgen, ist in der letzten Zeit sehr schwierig geworden.

Hier sei nur hervorgehoben, daß seit Ende 1929 die monatlichen „Konjunkturberichte“ weggefallen sind, die nach einem festen Schema die wichtigsten Zahlen über Produktion, Eisenbahnverkehr, Arbeitsleistung und Preise brachten. Heute muß zur Erlangung einer ähnlichen Übersicht eine Reihe von Tageszeitungen und Zeitschriften sorgfältig daraufhin durchgesehen werden, ob sie an dieser oder an jener Stelle, oft verwoben in längere Artikel oder in Reden führender Personen, beachtenswerte Zahlenangaben bringen. Ist eine Zahl registriert worden, so stößt das Archiv häufig bald danach auf eine erheblich abweichende Angabe über den gleichen Gegenstand, sodaß schließlich nicht selten 5 bis 8 Zahlen im Archiv nebeneinander stehen.

In mehreren Fällen hatten den gewählten Zahlen und Zahlenreihen innere Widersprüche und Inkongruenzen an, die trotz allem Bemühen nicht zu beseitigen waren. Entscheidend für die Einreihung auch solcher Zahlen war die Frage, ob diese nicht doch für die Beurteilung der Entwicklung wertvoll wären. Grundsätzlich ist dieser Gesichtspunkt ja für die Benutzung der gesamten russischen Statistik maßgebend.

Tabelle 1.

Gesamtindustrie, Zensusindustrie und planmäßig geleitete Industrie.
(Fünfjahrplan und Ausführung.)

- a) Sovetamtlicher Ausweis über die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes bezüglich der Bruttonproduktion der Zensusindustrie¹⁾.
(In Milliarden Rubel nach den Preisen von 1926/27.)

	1913 (Gebiet der UdSSR.)	1928	1932	Plan für das letzte Jahr des Jahrfünfts	1932 in % z. letzten Jahr des Planes
Gruppe A ²⁾	4,29	6,96	18,0	17,4	103,4
darunter Schwerindustrie	—	3,99	13,2	12,2	108,4
Gruppe B ²⁾	5,96	8,70	16,3	19,2	84,9
Zensusindustrie insg.:	10,25	15,66	34,3	36,6	93,7

Quelle: Za industrial. vom 12. Januar 1933.

¹⁾ Zu der Zensusindustrie werden diejenigen Unternehmungen gerechnet, die als Regel 16 Arbeiter mit motorischer Kraft oder 30 ohne motorische Kraft beschäftigen. („Pjatilet. plan“, Bd. II, Teil II, 2. Aufl., Moskau 1929, S. 121.) In die Kategorie der Zensusindustrie sind im Laufe der letzten Jahre viele Betriebe, die schon vorher bestanden, hineingewachsen. Der Prozentsatz der Erfüllung des Fünfjahrplanes ist daher in Wirklichkeit geringer. ²⁾ Gruppe A umfaßt die Produktionsmittelindustrie (Elektro-, Kraft- und Brennstoffherzeugung, Bergbau, metallurgische Industrie, Maschinenbau, Baumaterialienindustrie, Papierindustrie, der größte Teil der Holz- und chemischen Industrie usw.), Gruppe B die Konsumgüter-Industrie (hauptsächlich Textilwaren, Leder und Schuhe, Lebensmittel, Tabak, Streichhölzer, Parfümerie usw.). (Narodn. chozj. SSSR., Nr. 3/4, 1932, S. 196/7.)

b) Angestrebte Entwicklung der industriellen Produktion
nach dem Fünfjahrplan.

(Bewertet nach den Preisen von 1926/27.)

	Gesamt- industrie		Zensusindustrie		Kleingewerbe		Planmäßig ge- leitete Industrie	
	Mrld. Rbl.	pro- zentuell zu 27/28	Mrld. Rbl.	pro- zentuell zu 27/28	Mrld. Rbl.	pro- zentuell zu 27/28	Mrld. Rbl.	pro- zentuell zu 27/28
1927/28 (tatsächl. Produkt.)	18,3		13,9		4,4		10,0	
1928/29	21,2		16,4		4,7		13,2	
1932/33	43,2	236	36,6	264	6,6	149	30,4	279

c) Bruttonproduktion der Zensusindustrie.

	Statistisches Jahrbuch für 1932 ¹⁾		Ausweis der statistischen Verwaltung von Anfang 1933 (vergl. Tab. 1a)	Angaben des Fünfjahr- planes
	Mrld. Rbl. (Preise von 1926/27)	Jahres- zuwachs in %	Mrld. Rbl. (Preise von 1926/27)	Mrld. Vorkriegs- Rbl.
1913			10,25	6,4
1921	1,925			
1922	2,512	30,5		
1922/23				2,0
1923	3,829	52,4		
1924	4,470	16,7		
1925	7,436	66,4		
1926	10,277	38,2		
1927	12,051	17,3		
1927/28				8,1
1928	14,755	22,4	15,66	
1928/29				
1929	18,338	24,3		
1930	23,060	25,8		
1931	27,918	21,1		
1932			34,3 ²⁾	
1932/33 (Fünfjahrplan)	(36,6)			(21)

¹⁾ Narodnoe chozjajstvo SSSR. Statistič. spravočn. 1932, S. XXIV.

²⁾ Aus der obigen Aufstellung geht hervor, daß der in Tabelle 1a wieder-
gegebene Ausweis die Zahl der Erfüllung zu einer nicht vergleichsfähigen
Planziffer in Beziehung setzt.

d) Bruttoproduktion der planmäßig geleiteten Industrie.
(Bewertet zu Preisen von 1926/27.)

	Fünfjahrplan		Kontrollziffern		Produktion	
	Mrld. Rbl.	Jahreszuwachs in %	Mrld. Rbl.	Jahreszuwachs in %	Mrld. Rbl.	Jahreszuwachs in %
1927/28					11,067 ²⁾	
1928/29	13,247	21,4		21,2 ¹⁾	13,693 ⁷⁾	23,7 ⁷⁾
1929/30	16,090	21,5	18,092 ²⁾	32,1 ²⁾	16,763 ³⁾	22,4 ³⁾
1930					20,567 ³⁾	
1930/31	19,649	22,1				
1931			29,675 ³⁾	44,3 ³⁾	27,139 ³⁾	21,7 ³⁾
1931/32	24,320	23,8				
1932			36,909 ⁴⁾	36, ⁵⁾	29,200 ⁶⁾	8,5 ⁶⁾
1932/33	30,447	25,2				
1933			34 ⁶⁾	16,5 ⁶⁾		

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 95,9 v. H.

Hierbei ist jedoch zu beachten, daß der Umfang der planmäßig geleiteten Industrie sich in den letzten Jahren kategoriemäßig erweitert hat.

¹⁾ „God raboty pravitel'stva“ (1928/29), 1930, S. 120. ²⁾ Kontrolnye cifry na 1929/30, S. 429. ³⁾ Planovoe chozjajstvo N 12, 1930, S. 336. ⁴⁾ Gemäß dem geplanten prozentuellen Jahreszuwachs berechnet. ⁵⁾ Izvestija vom 26. Dezember 1931. ⁶⁾ Angabe von Molotov in seiner Rede vom 8. Januar 1933 (Izvestija vom 12. Januar 1933). ⁷⁾ Kontrolnye cifry na 1929/30, S. 503. ⁸⁾ Die Zahlen für das Jahr 1929/30 sind auf Grund der Angaben für die zwei zusammengefaßten Jahre 1928/29 und 1929/30 (Plan. choz. N 12, XII. 30, S. 340; Izvestija vom 22. Dezember 1930) unter Abzug der für 1928/29 gesondert angegebenen Zahlen berechnet. ⁹⁾ Za industrializacija vom 17. Februar 1932.

Tabelle 2.
Prozentueller Anteil der einzelnen Sektoren an der Bruttoproduktion¹⁾.
Zensusindustrie.

	1925/26	1926/27	1928	1929	1930	1931
Staatsbetriebe	89,6	91,3	91,1	90,0	88,7	87,8
Genossenschaftsbetriebe . vergesellschafteter Sektor insgesamt	6,4	6,4	7,9	9,3	11,1	12,0
Privatbetriebe	96,0	97,7	99,0	99,3	99,8	99,8
	4,0	2,3	1,0	0,7	0,2	0,18

Kleingewerbe.

	1925/26	1926/27	1928	1929	1930	1931
Staatsbetriebe	—	—	—	—	—	—
Genossenschaftsbetriebe . vergesellschafteter Sektor insgesamt	—	—	—	56,2	71,3	81,1
Privatbetriebe	—	—	—	43,8	28,7	18,9

¹⁾ Narodnoe chozjajstvo SSSR. Statistič. spravočn. 1932, S. XLVI.

Landwirtschaft.

	1925/26	1926/27	1928	1929	1930	1931
Staatsbetriebe	0,8	0,7	1,3	1,7	3,8	7,6
Genossenschaftsbetriebe . vergesellschafteter Sektor insgesamt	0,6	0,5	0,9	3,2	18,9	37,1
Privatbetriebe	1,4	1,2	2,2	4,9	22,7	44,7
	98,6	98,8	97,8	95,1	77,3	55,3

Bauwesen.

	1925/26	1926/27	1928	1929	1930	1931
Staatsbetriebe	—	—	50,8	59,0	75,9	82,7
Genossenschaftsbetriebe . vergesellschafteter Sektor insgesamt	—	—	8,8	9,1	10,9	7,2
Privatbetriebe	—	—	59,6	68,1	86,8	89,9
	—	—	40,4	31,9	13,2	10,1

Tabelle 3.
Stromerzeugung der elektrischen Stationen.
(In Milliarden kwh.)

		28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
Fünfjahrplan . . .						22,0 ¹⁾
Kontrollziffern . .		28/29	29/30	1931	1932	1933
		6,6	8,7	12,7 ¹⁾	17,0 ²⁾	16,3 ⁴⁾
Durchführung . . .	1913	1928	1929	1930	1931	1932
	1,95 ²⁾	5,09 ⁵⁾	6,39 ⁶⁾	8,23 ⁵⁾	10,5 ⁶⁾	13,5 ⁷⁾

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 61,4 v. H.

1) Planovoe chozjajstvo 1930, Nr. 12, Moskau, S. 132 und 339. 2) Kontrol'nye cifry na 1929/30, Moskau 1930, S. 437. 3) Pravda vom 1. Januar 1932. 4) Izvestija vom 28. Januar 1933. 5) Statistič. Spravočnik, Moskau 1932, S. XXXIV/XXXV. 6) Pravda vom 28. April 1932. 7) Pravda vom 13. Januar 1933; Izvestija vom 13. Januar 1933.

Tabelle 4.
Steinkohlenförderung.
(In Mill. t.)

				28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
Fünfjahrplan . . .				41,1 ¹⁾	46,6 ¹⁾	53,0 ¹⁾	63,0 ⁴⁾	75,0 ¹⁾
Kontrollziffern . .				28/29	29/30	1931	1932	1933
				41,1	51,6	83,6 ⁶⁾	90,0 ⁴⁾	84,2 ⁶⁾
Durchführung . . .	1913	1921	1927	1928	1929	1930	1931	1932
	28,9 ²⁾	8,5 ⁵⁾	32,3 ⁶⁾	35,8 ⁶⁾	41,7 ⁶⁾	47,0 ⁶⁾	56,0 ⁷⁾	64,4 ⁸⁾

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 85,9 v. H.

1) Pjatiletnij plan, Band II, Teil I, Moskau 1929, S. 254/5. 2) Kontrol'nye cifry na 1928/29 g., Moskau 1929, S. 409. 3) Izvestija vom 11. Januar 1931. 4) Pravda vom 26. Dezember 1931. 5) Izvestija vom 31. Januar 1933. 6) Statistič. spravočnik 1932, Moskau 1932, S. XXXIV u. XXXV. 7) Izvestija vom 2. Februar 1932. 8) Izvestija vom 10. Februar 1933.

Tabelle 5.
Erdölgewinnung.
(In Mill. t.)

					28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
Fünffjahrplan .					13,2 ¹⁾	14,8 ¹⁾	16,8 ¹⁾	19,1 ¹⁾	21,7 ¹⁾
Kontrollziffern .					28/29 13,3	29/30 16,2	1931 25,0 ²⁾	1932 27,4 ³⁾	1933 24,4 ⁴⁾
Durchführung .	1913 9,3 ⁵⁾	1921 4,0 ⁶⁾	1927 11,0 ⁶⁾	1928 12,3 ⁶⁾	1929 14,5 ⁶⁾	1930 18,6 ⁶⁾	1931 22,3 ⁶⁾	1932 21,4 ⁷⁾	
Erfüllung der Schlußziffer des Fünffjahrplanes i. J. 1932: 98,6 v. H.									

¹⁾ Pjatiletnij plan, Band II, Teil I, Moskau 1929, S. 254/55. ²⁾ Izvestija vom 11. Januar 1931. ³⁾ Ekonom. žizn' vom 11. Januar 1932. ⁴⁾ Izvestija vom 31. Januar 1933. ⁵⁾ Statistič. spravočnik 1932, Moskau-Leningrad 1932, S. 34. ⁶⁾ Ekonom. žizn' vom 11. Januar 1932. ⁷⁾ Sovetwirtsch. und Außenhandel, Nr. 6, 1933, S. 16.

Tabelle 6.
Roheisenerzeugung.
(In Mill. t.)

					28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
Fünffjahrplan .					4,1 ¹⁾	5,0 ¹⁾	6,2 ¹⁾	7,8 ¹⁾	10,0 ¹⁾
Kontrollziffern .					28/29 3,88	29/30 5,5	1931 8,0 ²⁾	1932 9,0 ⁴⁾	1933 9,0 ⁶⁾
Durchführung .	1913 4,2 ²⁾	1921 0,12 ⁶⁾	1927 3,05 ⁶⁾	1928 3,38 ⁶⁾	1929 4,35 ⁶⁾	1930 5,0 ⁶⁾	1931 4,9 ⁷⁾	1932 6,2 ⁸⁾	
Erfüllung der Schlußziffer des Fünffjahrplanes i. J. 1932: 62,0 v. H.									

¹⁾ Pjatiletnij plan, Moskau 1929, Band II, Teil I, S. 254/5. ²⁾ Kontrol'nye cifry na 1928/29, Moskau 1929, S. 410. ³⁾ Izvestija vom 11. Jan. 1931. ⁴⁾ Pravda vom 26. Dezember 1931. ⁵⁾ Izvestija vom 31. Jan. 1933. ⁶⁾ Statistič. spravočnik, Moskau-Leningrad 1932, S. XXXIV/XXXV. ⁷⁾ Izvestija vom 2. Februar 1932. ⁸⁾ Pravda vom 4. Februar 1933.

Tabelle 7.
Stahlherstellung.
(In Mill. t.)

					28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
Fünffjahrplan .					4,7 ¹⁾	5,2 ¹⁾	6,4 ¹⁾	8,1 ¹⁾	10,4 ¹⁾
Kontrollziffern .					28/29 4,5	29/30 6,1	1931 8,8 ²⁾	1932 9,5 ⁴⁾	1933 8,95 ⁵⁾
Durchführung .	1913 4,3 ²⁾	1921 0,2 ⁶⁾	1927 3,78 ⁷⁾	1928 4,25 ⁷⁾	1929 4,88 ⁷⁾	1930 5,80 ⁷⁾	1931 5,30 ⁸⁾	1932 5,9 ⁹⁾	
Erfüllung der Schlußziffer des Fünffjahrplanes i. J. 1932: 56,7 v. H.									

¹⁾ Pjatiletnij plan, Band II, Teil I, Moskau 1929, S. 254/5. ²⁾ Kontrol'nye cifry na 1928/29 g., Moskau 1929, S. 410. ³⁾ Izvestija vom 11. Januar 1931. ⁴⁾ Pravda vom 26. Dezember 1931. ⁵⁾ Izvestija vom 31. Januar 1933. ⁶⁾ Atlas Promyšlennosti, Karte 39, Moskau 1929—31 ff. ⁷⁾ Statistič. spravočnik 1932, Moskau-Leningrad 1932, S. 6/7. ⁸⁾ Izvestija vom 2. Februar 1932. ⁹⁾ Pravda vom 4. Februar 1933.

Tabelle 8.
Kupfererzeugung.
(In 1000 t.)

			28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
Fünfjahrplan . . .			35,0 ¹⁾	44,1 ¹⁾	58,2 ¹⁾	74,3 ¹⁾	84,7 ¹⁾
Kontrollziffern . . .			28/29	29/30	1931	1932	
			31,7	48,5	146,0 ²⁾	90,3 ⁴⁾	
Durchführung . . .	1913	27/28	1929	1930	1931	1932	
	32,0 ⁵⁾	28,3 ²⁾	37,0 ⁶⁾	46,8 ⁴⁾	48,4 ⁴⁾	47,2 ⁷⁾	
Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 55,7 v. H.							

¹⁾ Pjatiletnij plan, Band II, Teil I, Moskau 1929, S. 254/55. ²⁾ Kontrol'nye cifry na 1929/30, Moskau 1930, S. 501. ³⁾ Pravda vom 16. September 1932. ⁴⁾ Planovoe chozjajstwo, 1932, Nr. 2, Moskau S. 40. ⁵⁾ Kontrol'nye cifry na 1929/30, Moskau 1930, S. 437. ⁶⁾ Planovoe chozjajstwo, 1930, Nr. 12, Moskau, S. 343. ⁷⁾ Ekonom. žizn' vom 6. Dezember 1932, Za industrial. vom 16. Dezember 1932 und 17. Januar 1933.

Tab. 9.
Zementerzeugung.
(In Mill. Fässern¹⁾.)

				28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
Fünfjahrplan . . .				14,0 ²⁾	19,5 ²⁾	26,0 ²⁾	34,2 ²⁾	41,0 ²⁾
Kontrollziffern . . .				28/29	29/30	1931	1932	1933
				14,0	22,0	35,0 ⁵⁾	30,2 ⁵⁾	28,0 ⁵⁾
Durchführung . . .	1913	1927	1928	1929	1930	1931	1932	
	12,3 ⁴⁾	10,8 ³⁾	12,7 ³⁾	15,8 ³⁾	20,8 ³⁾	21,6 ⁵⁾	22,5 ⁷⁾	
Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 54,9 v. H.								

¹⁾ Ein Faß = 150 kg. ²⁾ Pjatiletnij plan, Bd. II, Teil I, Moskau 1929, S. 256/57. ³⁾ Statistič. spravočnik 1932, Moskau-Leningrad 1932, S. 34. ⁴⁾ Kontrol'nye cifry na 1928/29 g., Moskau 1929, S. 410. ⁵⁾ Pravda vom 11. Januar 1931. ⁶⁾ Bol'shevik Nr. 3, 1933, S. 18. ⁷⁾ Bol'shevik Nr. 1—2, 1933, S. 85. ⁸⁾ Narodnoe chozjajstvo Nr. 1—2, 1932, S. 240. ⁹⁾ Narodnoe chozjajstvo Nr. 1—2, 1932, S. 240.

Tabelle 10.
Produktion der chemischen Industrie.
(In Mill. Rbl. — mit Ausnahme von 1913 zu Preisen von 1926/27.)

Gebiet der UdSSR.	Fünfjahrplan	Kontrollziffern	Produktion		
			insgesamt	davon entfallen auf die Industrie der chem. Grundstoffe	Gummiindustrie
1913			522,1 ⁴⁾		85,6 ⁴⁾
1927/28			678 ¹⁾		
1928				93,6 ⁶⁾	182,9 ⁶⁾
1929				123,5 ⁶⁾	243,2 ⁶⁾
1930				190,3 ⁶⁾	328,1 ⁶⁾
1931			1 052 ²⁾	223,4 ⁷⁾	461 ⁷⁾
1931/32	1 804 ¹⁾				

Gebiet der UdSSR	Fünfjahrplan	Kontrollziffern	Produktion		
			insgesamt	Industrie der chem. Grundstoffe	davon entfallen auf die Gummiindustrie
1932		1 545 ²⁾	1 103,4 ⁵⁾		
1932/33	2 368 ¹⁾				
1933		1 839 ³⁾			

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 46,6 v. H.

¹⁾ Pjatiletnij plan, Band II, Teil I, S. 258/59. ²⁾ Pravda vom 28. April 1932, Angabe von Pjatakow. ³⁾ Kontrollziffern für 1933, Izvestija vom 31. Januar 1933. ⁴⁾ Dinamika ross. i sov. promyšlennosti, Moskau-Leningrad 1930, Teil III, S. 176. ⁵⁾ Za industrial. vom 28. Mai 1933. ⁶⁾ Nar. choz. SSSR. 1932, Moskau-Leningrad, S. 2/3. ⁷⁾ Von uns errechnet. Izvestija vom 2. Februar 1932.

Tabelle 11.
Herstellung von Superphosphat.
(In 1000 t.)

Fünfjahrplan . . .			28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
			261 ¹⁾	480 ¹⁾	1100 ¹⁾	2050 ¹⁾	3400 ¹⁾
Kontrollziffern . .			28/29	29/30	1931	1932	1933
			261	475	1112 ²⁾	850 ²⁾	750 ⁴⁾
Durchführung . . .	1913	1928	1929	1930	1931	1932	
	55 ⁵⁾	151,4 ⁶⁾	231,2 ⁶⁾	354,7 ⁶⁾	521,6 ⁷⁾	612,8 ⁸⁾	

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 18,0 v. H.

Herstellung von mineralischen Düngemitteln insgesamt ⁹⁾: (1000 t)

	1928/29	1930	1931
	250	430	735

¹⁾ Pjatiletnij plan, Bd. II, Teil I, Moskau 1929, S. 256. ²⁾ Izvestija vom 11. Januar 1931. ³⁾ Izvestija vom 19. April 1932. ⁴⁾ Bol'shevik, Nr. 3, 1933, S. 18. ⁵⁾ Fünfjahrplan, I. Bd., Moskau 1929, S. 16. ⁶⁾ Statistič. spravočnik, 1932, Moskau-Leningrad, S. 8/9. ⁷⁾ Izvestija vom 2. Februar 1932 (Angabe von Ordzonikidze). ⁸⁾ Neun Monate von uns berechnet, 4. Quartal Izvestija vom 23. März 1933. ⁹⁾ Za industrial. vom 29. November 1932.

Tabelle 12.
Maschinenherstellung.
(In Mill. Rbl. in Preisen von 1926/27.)

Fünfjahrplan . . .			27/28	28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
			1242 ²⁾					351 ²⁾
Kontrollziffern . .			28/29	29/30	1931	1932	1933	
						6800 ³⁾	6535 ⁴⁾	
Durchführung . . .	1913	1928	1929	1930	1931	1932		
	611 ⁵⁾	1382 ⁵⁾	1853 ⁵⁾	2928 ⁵⁾	4152 ⁵⁾	5330 ⁶⁾		

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 122,5 v. H.

¹⁾ Dazu zählen auch die landwirtschaftlichen Maschinen, Lokomotiven, Waggon, Kraftwagen usw. ²⁾ Planovoe chozajstvo Nr. 2, 1932, S. 20 und Izvestija vom 7. November 1932. ³⁾ Pravda vom 26. Dezember 1931. ⁴⁾ Izvestija vom 31. Januar 1932. ⁵⁾ Za industrial. vom 2. November 1932. ⁶⁾ Bol'shevik Nr. 1—2, 1933, S. 66, und Nr. 3, 1933, S. 13.

Tabelle 13.
Lokomotivenherstellung für das NKPS. (Volkskommissariat der Verkehrswege.)
(In Stück.)

Fünfjahrplan . . .				28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
				545	625	660	730	825
Kontrollziffern . .				28/29	29/30	1931	1932	1933
				545	610	1028 ¹⁾	1300 ²⁾	1175 ³⁾
Durchführung . .	1913	27/28	28/29	29/30	Sonder- quart.	1931	1932	
	654 ⁴⁾	458 ⁵⁾	548 ⁵⁾	587 ⁵⁾	178 ⁵⁾	811 ⁵⁾	844 ⁵⁾	

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 102,3 v. H.

¹⁾ Planovoe chozjajstvo Nr. 12, 1930, S. 343. ²⁾ Pravda Nr. 355 vom 26. Dezember 1931. ³⁾ Izvestija vom 31. Januar 1933. ⁴⁾ P. G. Ivanov. Očerki istorii i statistiki russkogo zavodskogo parovozostroenija; Petrograd 1920, S. 4. — Zarenreich. ⁵⁾ Soc. transport, 1932, Nr. 3, S. 60. ⁶⁾ Sovet-wirtschaft und Außenhandel, Nr. 4/5, 1933, S. 51.

Tabelle 14.
Kraftwagenherstellung in der UdSSR.
(Za industrial. vom 29. Dezember 1932.)

Rußland (Zarenreich)	UdSSR.
1910 = 10 Kraftwagen	1924/25 = 100 Kraftwagen
1911 = 33 "	1925/26 = 300 "
1912 = 78 "	1926/27 = 475 "
1913 = 100 "	1927/28 = 677 "
1914 = 140 "	1928/29 = 1 450 "
1915 = 90 "	1929/30 = 9 082 "
	1931 = 20 577 "
	1932 = 25 500 ¹⁾ "
	1932
Bestand an Kraftwagen ²⁾	1933 (Plan)
73 000	106 200

¹⁾ Bol'shevik Nr. 3, 1933, S. 13. ²⁾ Bol'shevik Nr. 1—2 vom 31. Januar 1933, S. 75.

Tabelle 15.
Traktorenherstellung.
(In 1000 Stück.)

Fünfjahrplan . . .				28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
				3,0 ¹⁾	5,0 ¹⁾	8,0 ¹⁾	20,0 ¹⁾	55,0 ¹⁾
Kontrollziffern . .				28/29	29/30	1931	1932	1933
				3,0	10,6	56,0 ²⁾	82,0 ³⁾	60,5 ⁴⁾
Durchführung . .	1913	1927	1928	1929	1930	1931	1932	
		0,87 ⁴⁾	1,49 ⁴⁾	4,57 ⁴⁾	12,73 ⁴⁾	39,88 ⁴⁾	45,0 ⁵⁾	

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 81,8 v. H.

¹⁾ Pjatiletnij plan, Bd. II, Teil I, Moskau 1929, S. 254/5. ²⁾ Izvestija vom 11. Januar 1931. ³⁾ Pravda Nr. 355 vom 26. Dezember 1931. ⁴⁾ Pravda vom 28. Oktober 1932. ⁵⁾ Izvestija vom 20. März 1933. ⁶⁾ Izvestija vom 31. Januar 1933.

Tabelle 16.
Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen.
(In Mill. Rbl.)

Fünfjahrplan (i Preisen v.1926/27)			28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
			210 ¹⁾	262 ¹⁾	341 ¹⁾	455 ¹⁾	610 ¹⁾
Kontrollziffern . . .			162	371	760 ²⁾	940 ²⁾	550 ⁴⁾
	1913	1928	1929	1930	1931	1932	
Durchführung . . .	67 ⁵⁾	191,6 ⁶⁾	284,6 ⁶⁾	396,5 ⁶⁾	425 ⁷⁾	412,0 ⁸⁾	

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 67,5 v. H.

- ¹⁾ Pjatiletnij plan, Band II, Teil I, Moskau 1929, S. 254/55. ²⁾ Planovoe chozjajstvo 1930, Nr. 12, S. 338. ³⁾ Pravda vom 26. Dezember 1931. ⁴⁾ Izvestija vom 28. Januar 1933. ⁵⁾ Pjatiletnij plan, Bd. I, Moskau 1929, S. 16. (Preislistenpreise.) Kontrol'nye cifry na 1929/30, Moskau 1930, S. 437. ⁶⁾ Narodnoe chozjajstvo SSSR, 1932, S. XXXIV (i. Preisen 1926/27). ⁷⁾ Narodnoe chozjajstvo, 1932, Nr. 1/2, S. 239 (i. Preisen 1926/27). ⁸⁾ Pravda vom 6. Januar 1933 (vorläufige Angabe, wahrscheinlich i. Preisen von 1926/27).

Tabelle 17.
Mährescherherstellung.
(In Stück.)

Fünfjahrplan	nicht vorgesehen			
Kontrollziffern		1931	1932	1933
		5000 ¹⁾	22 000 ²⁾	12 000 ³⁾
	1930	1931	1932	
Durchführung	347 ⁴⁾	3542 ⁵⁾	9800 ⁶⁾	

- ¹⁾ Planovoe chozjajstvo, 1930, Nr. 12, S. 343. ²⁾ Pravda vom 8. Februar 1932. ³⁾ Bol'shevik Nr. 3, 1933, S. 13. ⁴⁾ Za industrial. vom 7. November 1932. ⁵⁾ Pravda vom 8. Februar 1932. ⁶⁾ Pravda vom 6. Januar 1933 (vorläufige Angabe).

Tabelle 18.
Baumwollgewebeerstellung.
(In Mill. Metern.)

Fünfjahrplan				28/29	29/30	30/31	31/32	32/33
				2970 ¹⁾	3266 ¹⁾	3600 ¹⁾	4100 ¹⁾	4700 ¹⁾
Kontrollziffer				28/29	29/30	1931	1932	1933
				2900	3280	2820 ²⁾	3061 ²⁾	2750 ⁴⁾
	1913	1927	1928	1929	1930	1931	1932	
Durchführung	2250 ⁵⁾	2610 ⁶⁾	2871 ^{6/7)}	3068 ⁶⁾	2161 ⁶⁾	2246 ⁷⁾	2540 ⁸⁾	

Erfüllung der Schlußziffer des Fünfjahrplanes i. J. 1932: 54,04 v. H.

- ¹⁾ Pjatiletnij plan, Bd. II, Teil I, S. 256/7. ²⁾ Planovoe chozjajstvo 1930, Nr. 12, Moskau, S. 132 und 339. ³⁾ Pravda Nr. 355 vom 26. Dezember 1931. ⁴⁾ Social. zemled. vom 2. Februar 1933. ⁵⁾ Fünfjahrplan, I. Bd., S. 16. ⁶⁾ Statistič. spravočnik 1932, Moskau-Leningrad, S. 8/9. ⁷⁾ Narodnoe chozjajstvo Nr. 1—2, 1932, S. 240. ⁸⁾ Legkaja industrija vom 23. März 1933.

Tabelle 19.
Gesamtanbaufläche der UdSSR.

(In 1000 ha.)

(Quelle für 1927/28 bis 1930/31 Nar. choz. SSSR., Moskau-Leningrad, 1932, S. 152/53.)

		Sovchozen	Kolchozen	Individual- wirtschaften	Insgesamt ⁴⁾
1913					116 700 ¹⁾
1927/28	Wintersaat	326	189	30 170	30 685
	Sommersaat	1 410	1 178	79 719	82 307
		<u>1 736</u>	<u>1 367</u>	<u>109 889</u>	<u>112 992</u>
1928/29	Wintersaat	401	617	30 380	31 398
	Sommersaat	1 876	3 515	81 258	86 649
		<u>2 277</u>	<u>4 132</u>	<u>111 638</u>	<u>118 047</u>
1929/30	Wintersaat	851	5 201	31 361	37 413
	Sommersaat	3 784	29 634	51 366	84 784
		<u>4 635</u>	<u>34 835</u>	<u>82 727</u>	<u>122 197</u>
1930/31	Wintersaat	1 716	21 244	16 505	39 465
	Sommersaat	8 807	58 875	29 260	96 942
		<u>10 523</u>	<u>80 119</u>	<u>45 765</u>	<u>136 407</u>
1931/32	Wintersaat	2 505 ²⁾	25 796 ²⁾	10 432 ²⁾	38 733
	Sommersaat	11 021,8	66 705,2	18 949,2	96 676,2
		<u>13 526,8</u>	<u>92 501,2</u>	<u>29 381,2</u>	<u>135 409,2</u>
1932/33	Wintersaat	(2 303) ³⁾	(23 968) ³⁾	(8 335) ³⁾	36 728
	Sommersaat	11 014,1	68 170,4	13 924,1	93 108,6
					<u>129 836,6</u>
1932/33	Fünfjahrplan				142 000 ⁴⁾

1) Pjatiletnij plan, Bd. I, Moskau 1929, S. 144. 2) Bol'shevik 1931, Nr. 23/24, S. 20. 3) Zum 25. Oktober 1932. Letzte Angabe über die von den einzelnen Sektoren angebaute Fläche. 4) Sehr zu beachten ist, daß für 1927 und 1928 als Wintersaatfläche die Erntefläche eingesetzt ist. Die Saatfläche betrug 1927 38,5, 1928 37,2 Mill. ha. Die Differenz ist auf Auswinterung zurückzuführen. (Schon 1926 hatte die Wintersaatfläche 39,1 Mill. ha betragen — Kontrol'n. cifry na 1929/30 g., Moskau 1930, S. 528.) Auch für 1929 ist anscheinend die Erntefläche eingesetzt. Die Saatfläche war vorher (Ekon. obozrenie, Nr. 1, 1930, S. 125) mit 38,8 Mill. ha angegeben. Für die folgenden Jahre sind die ursprünglichen Saatflächen angegeben, die mit den Ziffern der Schlußausweise der einzelnen Wintersaatkampagnen annähernd übereinstimmen. Die Wintersaatleistung ist also im Zeichen des Fünfjahrplanes nicht gestiegen, sondern gesunken.

Tabelle 20.
Umfang der rechtzeitig besäten Flächen in der UdSSR.
(In 1000 ha.)

	1927/28	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
Herbstaatsaat 1. Oktober . . .			27 778	29 651	26 476
Schlußziffer . . .	38 500 ¹⁾	37 413	39 189 ²⁾	38 631 ³⁾	36 728 ⁴⁾
Sommersaat 5. Juni . . .		73 216	84 368	82 437	83 760
10. " . . .		79 417	89 619	87 717	87 901
Schlußziffer . . .	82 307	89 590 ⁵⁾	97 032,2 ⁶⁾	96 676,2 ⁶⁾	93 108,6 ⁷⁾
Insgesamt:					
Saatbeend: 1. Okt. u. 5. Juni	(120 807)	(110 629)	112 146	112 088	110 236
" 1. " " 10. "	(120 807)	(116 830)	117 397	117 368	114 377
Schlußziffer "	120 807	127 003	136 221,2	135 307,2	129 836,6

¹⁾ Vgl. Anm. 4 auf der Tabelle 19. ²⁾ Zum 15. November. ³⁾ Zum 1. Dezember. ⁴⁾ Zum 20. November. ⁵⁾ Zum 25. Juni; die Angabe wurde später reduziert auf 84,784 Mill. ha; vgl. Tabelle 19. ⁶⁾ Zum 1. Juli. ⁷⁾ Zum 10. Juli.

Bemerkung: Solange die Ackerbestellung zu 97 v. H. in den Händen der Einzelbauern lag, wurde die Saatkampagne wohl nur in geringem Umfange über den richtigen Zeitpunkt ausgedehnt. Anders wurde es seit 1929/30. Die Schaffung großer Staatsgüter und die vehemente Ausdehnung der Kollektivwirtschaft gaben den Anlaß, Bestellungspläne für das ganze Reich aufzustellen und den Gang der Saatkampagne Tag für Tag zu kontrollieren. Die Folge war, daß zur zahlenmäßigen Erfüllung der Pläne die normalen Schlußtermine in jeder Sommer- und Herbstkampagne bei weitem überschritten wurden. Um die statistische Zunahme der Saatfläche während der letzten Jahre richtig zu würdigen, ist daher zu berücksichtigen, welcher Teil der Saaten in den letzten Jahren rechtzeitig in den Acker gebracht ist.

Was den Herbsttermin betrifft, so wurde nach dem ungünstigen Ergebnis der verspäteten Bestellung in den vorhergehenden Jahren 1932 die rechtzeitige Beendigung der Herbstaatsaat mit besonderer Strenge befohlen. Als Schlußtermin wurde bestimmt: für die Krim, den südlichen Teil der Ukraine und des Nordkaukasus-Gaues der 10. Oktober, für die nördlichen Teile dieser beiden Gebiete und den Unter-Wolga-Gau der 20. September und für das übrige europäische Rußland der 10. September. Wenn oben der 1. Oktober als durchschnittlicher normaler Schlußtermin gewählt ist, so ergibt sich daraus eher ein zu günstiges als ein zu ungünstiges Bild. Für die Sommersaaten ist, um den Umfang der rechtzeitig erfolgten Saaten im Durchschnitt aller Kulturen und der gesamten Sowjetunion zu ermessen, etwa der Ausweis vom 5. Juni, allenfalls vom 10. Juni zugrunde zu legen.

Tabelle 21.

a) Viehbestand.

(Nach Dr. O. Schiller, „Die Krise der sozialistischen Landwirtschaft in der Sowjetunion“, Berlin 1933.)

Bestand an Nutzvieh (i. Mill. Stück).

	1916	1928	1929	1930	1931	1932
Rindvieh	60,6	70,5	67,1	52,5	48,7	29,2
davon Kühe . . .	26,0	30,7	30,4	26,7	?	17,7
Schweine	20,9	26,0	20,4	13,0	7,8	10,1
Schafe	113,0	133,3	133,7	100,4	57,2	47,0

(a. a. O. S. 27.)

b) Sozialisierter Nutzviehbestand.
(In 1000 Stück.)

	1928	1929	1930	1931	1932
Rindvieh					
in Sovchozen	180,4	204,2	757,3	2 515,3	3 267,0
in Kolchozen	132,4	385,5	3 620,4	8 703,4	8 703,4(?)
Anteil d. sozialist. Sektors am gesamten Viehbestand	0,4	0,8	8,2	23,0	41,0
Schweine					
in Sovchozen	58,6	54,2	180,6	577,7	1 270,6
in Kolchozen	74,0	126,1	769,1	1 299,6	3 150,5
Anteil d. sozialist. Sektors am gesamten Viehbestand	0,5	0,9	7,1	24,0	44,0
Schafe					
in Sovchozen	746,9	1 202,6	2 754,3	3 417,0	4 959,3
in Kolchozen	223,7	694,8	5 650,3	10 277,0	?
Anteil d. sozialist. Sektors am gesamten Viehbestand	0,6	1,1	7,4	24,0	37,5

(a. a. O. S. 27.)

c) Bestand der Viehzuchtsovchoze.
(In 1000 Stück.)

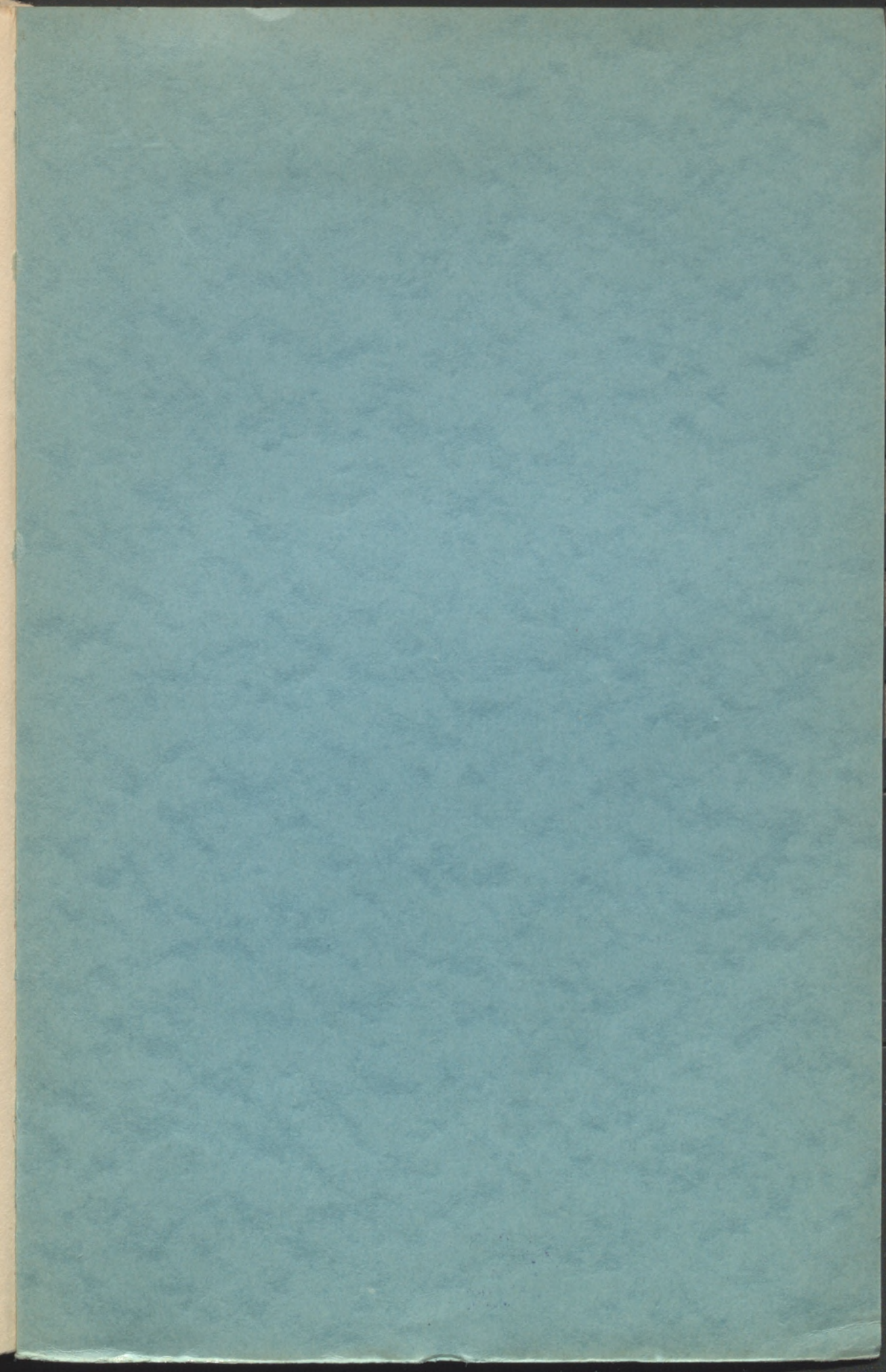
	Anzahl der Betriebe 1. 1. 33	Viehbestand			
		1. 7. 31	1. 1. 32	1. 7. 32	1. 1. 33
Skotowod					
(Fleischrindvieh)	450	1 516	2 095	2 016	1 780
davon Kühe	—	825	795	790	—
Maslotrust					
(Milchvieh)	330	138	384	402	360
davon Kühe	—	92	204	220	—
Swinowod					
(Schweine)	780	510	869	1 161	950
davon Sauen	—	244	315	320	—
Owzewod					
(Schafe)	196	3 649	4 653	6 017	4 417

(a. a. O. S. 30.)

d) Bestand der Kollektiv-Viehfarmen¹⁾.
(In 1000 Stück.)

	Anzahl der Betriebe 1. 1. 33	Viehbestand			
		1. 10. 31	1. 1. 32	Ende 1932 ²⁾	Plan für 1933 ²⁾
Rindviehfarmen	50 750 ²⁾	2 781	5 390	5 450	6 000
davon Kühe	—	—	—	1 850	2 500
Schweinefarmen	34 000 ²⁾	1 303	2 115	2 630	3 750
davon Sauen	—	—	—	810	1 120
Schaffarmen	8 090 ²⁾	1 479	4 204	5 564	6 200
davon Mutterschafe	—	—	—	3 793	4 232
Geflügelfarmen	10 200	2 182	5 741	—	—

¹⁾ a. a. O. S. 30. ²⁾ Abweichend von Dr. Schiller bzw. ergänzend nach neueren Angaben Soc. rekonstr. sel'sk. choz. Heft 2, Februar 1933, S. 82/83.



Biblioteka Zespołu
Katedr Geografii
U. M. K.
Toruń

II b/2

II b/2

Berichtigung.

S. 51, 7. Zeile von unten muß es heißen:

120,8 statt 10,8

S. 70, Tabelle 12, oben rechts muß es heißen:

4351 statt 351

